

REALISMUS & SUBSTANZ
SEPTEMBER 2006

INTERVENTION II

GRÜN WO HIN?

Interventionen zur Zukunft grüner Politik

Diagnose und Orientierung: Grüne Paradoxien

Nebeneinanderstellen oder Anordnen: Zwischen den Orten

Gerechtigkeit und Selbstbestimmung: Anstiftung zur Bildungsrevolution

3 Fragen – 23 Antworten: Call for Papers

REALISMUS & SUBSTANZ

SEPTEMBER 2006

INTERVENTION II

GRÜN WO HIN?

Interventionen zur Zukunft grüner Politik

Diagnose und Orientierung: Grüne Paradoxien

Nebeneinanderstellen oder Anordnen: Zwischen den Orten

Gerechtigkeit und Selbstbestimmung: Anstiftung zur Bildungsrevolution

3 Fragen – 23 Antworten: Call for Papers

Peter Siller, Ramona Pop, Tarek Al-Wazir, Klaus Müller, Grietje Bettin, Kai Gehring, Anna Lührmann, Manuela Rottmann, Sarah Sorge, Konstantin von Notz, Kerstin Andreae, Bastian Bergerhoff, Sebastian Bukow, Andreas Bühler, Olaf Bursian, Olaf Cunitz, Reiner Daams, Oliver Dalichow, Frieder Dittmar, Marek Dutschke, Christoph Egle, Anke Erdmann, David Fiedler, Jan Fries, Jan Fuhse, Ulrike Gauderer, Anna Godzik, Sabine Groß, Johannes Grün, Katja Günter, Robert Habeck, David Handwerker, Michael Hebenstreit, Nicole Hohmann, Daniel Holefleisch, Felix Holefleisch, Malte Hübner, Katja Husen, Dieter Janecek, Arndt Klocke, Rolf Lange, Aram Lintzel, Bene Lux, Volker Meisinger-Persch, Christian Neuner-Duttenhofer, Ralph Obermayer, Boris Palmer, Tim Rusche, Michael Schäfer, Michael Scharf-schwerdt, Stephan Schilling, Gregor Simon, Malte Spitz, Mathias Wagner, Wulfila Walter, Christian Weiss, Nike Wessel, Stefanie Wolpert u.a.

Herausgeber:
Realismus & Substanz
c/o Peter Siller
Dunckerstr. 27
10439 Berlin
Mail: peter.siller@gmx.de

www.realismus-und-substanz.de

Inhaltsübersicht

Vorwort	7
I. Grüne Paradoxien	
Diagnose und Orientierung auf unwegsamem Terrain	13
II. Zwischen den Orten	
Vom Nebeneinanderstellen und Anordnen grüner Politik	23
III. Anstiftung zur Bildungsrevolution	
Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft	41
IV. R & S – Call for Papers „Grüne Paradoxien“	
3 Fragen – 23 Antworten	89
Namensregister	123

Inhalt

Vorwort	7
----------------------	---

I. Grüne Paradoxien

Diagnose und Orientierung auf unwegsamem Terrain

1. Das Soziale und das Ökologische. Parteinahme aus welcher Perspektive? ..	13
2. Soziale Exklusion und prekäre Mittelschicht. Parteinahme für wen?	14
3. Die Gesellschaft und ihre Institutionen. Parteinahme von wo aus?	16
4. Jenseits der Mitte	17

II. Zwischen den Orten

Vom Nebeneinanderstellen und Anordnen grüner Politik

1. Von Inhalten und Macht	23
2. Von Hasen und Igelrn	24
3. Von neuen Zusammenhängen und neuen Widersprüchen	25
4. Von Straßen und Überholspuren	27
5. Von Neoliberalen und Retro-Linken	28
6. Von einer Politik der Anordnung	28
7. Von Anordnungen der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung	30
8. Von kalter und solidarischer Modernisierung	32
9. Von erneuerter Linker und skandinavischem Modell	32
10. Von eigenen Texten und Melodien	36

III. Anstiftung zur Bildungsrevolution

Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft

1. Gerechtigkeit – Die Bildungsinstitutionen neu denken	43
2. Bestandsaufnahme – Bildungsarmut ist vererbbar	45
3. Inklusion – Starker Start für alle Kinder	47
4. Kindergarten – Qualität von Anfang an	50
5. Schule – Integrativ, individuell und selbstständig	53
6. Hochschule – Offen, innovativ und selbstständig	62
7. Ausbildung – Chancengerecht und flexibel	71
8. Lernen – Heute und morgen	76
9. Finanzierung – Umsteuern für Bildung	78
10. Föderalismus – Bund und Länder für Bildung	80

Fazit: Anstiftung zur Bildungsrevolution – 10 Thesen	81
------------------------------------------------------------	----

IV. R & S – Call for Papers „Grüne Paradoxien“

3 Fragen – 23 Antworten

Tarek Al-Wazir	89
Sebastian Basedow	90
Bastian Bergerhoff	91

Grietje Bettin	93
Franziska Brantner / Tim Rusche	95
Sebastian Bukow	96
Reiner Daams	98
Frieder Dittmar	99
Christoph Egle	100
David Fiedler	102
Kai Gehring	103
Katrin Göring-Eckardt	104
Johannes Grün	106
Felix Holfleisch	107
Robert Habeck / Konstantin von Notz	108
Katja Husen	110
Anna Lührmann	112
Bene Lux	114
Boris Palmer	115
Ramona Pop	116
Peter Siller	117
Malte Spitz	119
Mathias Wagner	120
Namensregister	123

Vorwort

Liebe Leserinnen und Leser,
liebe Freundinnen und Freunde von Realismus und Substanz,

in der grünen Zukunftsdebatte, die mit dem Kongress vom 1. bis 3. September 2006 in Berlin eröffnet wird, geht es für die Grünen um viel. Nach sieben Jahren Regierungsverantwortung und einer spürbaren ideenpolitischen und konzeptionellen Verunsicherung gilt es nun, die entscheidenden Fragen nach der Ausrichtung grüner Politik und der zukünftigen Rolle der Grünen in der Parteienlandschaft zu stellen und offen zu diskutieren. Dafür ist der Zukunftskongress ein wichtiger Anfang. Die Grünen haben jetzt die Chance, die Rede von der „Ideenwerkstatt“ unter Beweis zu stellen. Problematisch wäre nicht Reibung, sondern die Abwesenheit derselben – sei es auf Grund von tagespolitischem Klein-Klein, sei es auf Grund mangelnder Einmischung. Diese zu erzeugen, auszuhalten und konstruktiv zu nutzen, ist eine der wichtigsten Aufgaben, vor der die Grünen stehen. Einmischung ist deshalb nicht nur erlaubt, sondern geboten – sei es in einem konkreten Themenfeld, sei es hinsichtlich der grundsätzlichen Ausrichtung.

Ausgangspunkt und Plattform der vorliegenden Intervention ist das bundesweite Netzwerk „Realismus & Substanz“, bestehend aus ca. 50 jüngeren Grünen, deren Ziel es ist, grundsatzprogrammatische Fragen zu stellen und zu diskutieren. Seit dem Beschluss des neuen Grundsatzprogramms wollen wir dazu beitragen, dass die drängende Frage nach Orientierung und Ausrichtung grüner Politik weiter bearbeitet wird. Realismus & Substanz diskutiert flügelübergreifend und oft auch jenseits der real existierenden Flügel. Das vorliegende Papier ist die zweite Positionsbestimmung und zugleich Zwischenbilanz des Fortgangs eines intensiven Diskussionsprozesses seit nunmehr über vier Jahren.

Vor zwei Jahren haben wir in einer ersten Intervention mit *Links neu* eine grundsatzprogrammatische Verortung formuliert und vor einem Jahr mit *Die neue soziale Frage beantworten* ein umfassendes Positionspapier vorgelegt. Dieses beschreibt die radikale Transformation des Sozialen in unserer Gesellschaft und entwickelt politische Antworten auf die daraus resultierenden Fragen. Beide Papiere lösten interessante Diskussionen und Auseinandersetzungen aus, die bis heute andauern.

Das Konzept *Links Neu. Grün als Orientierungsfarbe einer erneuerten Linken* enthält eine doppelte Zumutung: Es verpflichtet die Modernisierer, sich der Substanzfrage zu stellen, worin bei Reformvorschlägen der Ertrag für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung liegt. Und es verpflichtet traditionell Linke, sich der Veränderungsfrage zu stellen, die zwingend ist, um die gesellschaftlichen Herausforderungen zu beantworten. Diese doppelte Zumutung ist jedoch auch eine doppelte Chance. Denn sie bietet den Modernisierern die Möglichkeit, bestimmte Reformschritte plausibel zu erklären und damit ihr ideelles Vakuum zu füllen. Und sie bietet Teilen der traditionellen Linken die Chance, aus der Rolle der Bremser und Blockierer – und damit aus der Nische zunehmender gesellschaftlicher Irrelevanz – herauszukommen.

In dem Positionspapier *Die neue soziale Frage beantworten. Ein Sozialstaatsmodell für das Globalisierungszeitalter* ging es uns darum, dass die Grünen ihren wachen Blick auf die soziale Frage von Neuem unter Beweis stellen. Über 5 Millionen Menschen in der Bundesrepublik sind arbeitslos. Und hinter jeder einzelnen Zahl steht ein Schicksal, eine Biographie mit realen Sorgen, sozialer Ausgrenzung und Zukunftsängsten. Hinzu kommt eine mindestens genauso große Zahl von Verunsicherten. Die soziale Frage reicht inzwischen bis tief hinein in die Mittelschicht, bis tief in unser eigenes Milieu. Viele Kreative und Engagierte hangeln sich von Zeitvertrag zu Zeitvertrag, leben und leiden unter unsicheren Lebensverhältnissen. Die Grünen müssen darauf reagieren, dass sich die Bedingungen für die Verteilung von Wohlstand im Spätkapitalismus drastisch verändert haben. Sie müssen die Augen öffnen für den dramatischen gesellschaftlichen und globalen Wandel der letzten Jahrzehnte. Nicht nur auf Grund der ökonomischen Entgrenzung haben wir es mit einem objektiven wie subjektiven Bedeutungsverlust von Demokratie und Staatlichkeit zu tun, der eine Debatte zu Aufgabe und Orten des Politischen unabdingbar macht. Globalisierung, demographischer Wandel, Individualisierung, Digitalisierung, Migration und Klimawandel sind nur einige Stichpunkte dieser tiefgreifenden gesellschaftlichen Transformation. Im Zentrum unseres Vorschlags steht ein Gerechtigkeitsbegriff, der diese Veränderungen und neu gewonnenen Einsichten einbezieht. Gerechtigkeit heißt zuallererst Parteinahme für die Schwächeren. Gerechtigkeit zielt auf die Bekämpfung von Exklusion, von der eine zunehmende Zahl von Bürgerinnen und Bürgern bedroht ist. Gerechtigkeit heißt deshalb Teilhabe an den zentralen gesellschaftlichen Sphären von Selbstbestimmung und Anerkennung – Bildung, Arbeit und Demokratie. Und Gerechtigkeit muss sich der Ökologie annehmen, denn hier liegt ein Schlüssel zur Beantwortung der sozialen Frage der Zukunft. Auf dieser Grundlage haben wir konkrete und streitbare Vorschläge in zentralen Bereichen der neuen sozialen Frage – Bildung, Arbeit, Gesundheit, Lebensphasen, Wirtschafts- und Finanzpolitik – entwickelt.

In der hier vorliegenden Publikation *Grün wohin? Interventionen zur Zukunft grüner Politik* ist der Fortgang unseres Diskussionsprozesses dokumentiert. Die beiden aufeinander aufbauenden grundsatzprogrammatischen Papiere *Grüne Paradoxien* und *Zwischen den Orten* konzentrieren sich auf die grundlegenden inhaltlich-strategischen Fragen, vor denen die Grünen in der jetzigen Phase stehen. Dabei beschäftigen wir uns mit drei großen Paradoxien und plädieren für eine genauer beschriebene Politik der Anordnung statt des bloßen Nebeneinanderstellens. Im Zentrum der zweiten Intervention steht ein umfassendes Positionspapier *Anstiftung zur Bildungsrevolution*, das zum einen Anstöße zur Klärung grüner bildungspolitischer Positionen geben will und sich zum anderen der Anstrengung aussetzt, aus der Perspektive von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung Bildungsinstitutionen, Bildungsinstrumente und Bildungsfinanzierung in allen Lebensphasen in einem Gesamtkonzept zusammenzudenken. Am Ende der Publikation steht das Ergebnis eines *Call for Papers* zu den drei Fragen, die wir inhaltlich wie strategisch für zentral halten.

Mit Blick auf die Ausrichtung grüner Politik könnte man noch viel mehr Fragen und Details diskutieren und erörtern. Aus unserer Sicht kommt es aber darauf an, sich auf die zentralen Paradoxien zu konzentrieren und hier einen gemeinsamen Diskussionsfokus zu setzen. Schrebergarten-Mentalität, tagespolitisches Klein-Klein

und Funktionärshabitus werden den Grünen gerade in der jetzigen Phase noch mehr schaden, als sie es eh schon tun.

In dem Grundsatzpapier *Grüne Paradoxien. Diagnose und Orientierung auf unwegsamem Terrain* verorten wir drei Schlüsselfragen, denen sich die Grünen stellen müssen, wenn Sie an konzeptioneller Stärke und Überzeugungskraft gewinnen wollen.

Erstens: Aus welchem ideellen Zentrum heraus beschreiben die Grünen ihre Politik in den einzelnen Bereichen? Wo liegt die – metaphorisch formuliert – Herzkammer? Mit dem „erweiterten Gerechtigkeitsbegriff“ liegt hier ein gutes Angebot auf dem Tisch – die Alternative wäre eine Engführung auf Ökologie und Nachhaltigkeit.

Zweitens: Parteinahme für wen? Das grüne Wählermilieu ist in Hinblick auf Bildungsgrad und Einkommensniveau mehrheitlich eher am oberen Rand der Skala beheimatet. Das birgt einerseits die Chance einer bewussten Parteinahme für sozial Schwache und Gefährdete – andererseits aber auch die Gefahr, Klientelpartei zu werden.

Drittens: Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt? Lange war „Zivilgesellschaft“ für viele das Zauberwort, doch das Bewusstsein für die Bedeutung verfasster Demokratie, öffentlicher Institutionen und öffentlicher Güter steigt – und damit auch für ihren Erneuerungsbedarf. „Institution Matters!“ wäre eine Parole, die den Grünen gut steht. Auch hier ist ein hohes Maß an konzeptioneller Energie und Fantasie gefragt. An Stoff für die notwendigen Auseinandersetzungen um die grüne Zukunft wird es nicht mangeln.

Das Grundsatzpapier *Zwischen den Orten* konzentriert sich dann auf Form und Verfahren aktueller grüner Politik. Anstatt in der Auseinandersetzung eine gemeinsame, schlüssige Position zu suchen, steht am Ende zu oft das diffuse Unentschieden, das konturlose „Sowohl-als-auch“. Dies wiederum hat viel zu tun mit der historischen Heterogenität grüner Weltanschauungen, aber auch mit der gewachsenen Statik der Flügel und Machtzentren. An diesem Punkt ist Traditionalismus und Schönreden falsch. Auch wenn die Farbe Grün in der Mitte des Farbspektrums liegt und die grüne Fraktion derzeit in der Mitte des Parlaments eingekleidet ist, muss sich die Partei vor einer Philosophie des bloßen „Und“ hüten. Wer sich nicht entscheiden kann, erklärt die Welt gerne in Spannungsbögen, Zielkonflikten, Mitten und Balancen. Das Problem ist dabei in der Regel nicht, dass das „Und“ falsch wäre, sondern, dass es unzureichend ist, weil es einfach nur nebeneinander stellt, was angeordnet gehört. Als gerechtigkeitsorientierte, emanzipatorische Kraft mit einem starken Begriff von Demokratie und einem hohen Bewusstsein für die ökologische Frage haben die Grünen die Kraft zu einer eigenständigen Anordnung. Diese jetzt aufzubringen, ist die große Aufgabe der kommenden Jahre.

Mit dem Positionspapier *Anstiftung zur Bildungsrevolution. Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft* setzen wir unsere Arbeit zu zentralen Feldern grüner Politik fort. Obgleich die Forderung nach „mehr Bildung“ inzwischen zum Gemeinplatz geworden ist, warten wir bis heute auf eine engagierte öffentliche Debatte um die bildungspolitische Zukunft in Deutschland. Wenn wir hier von der Notwendigkeit einer Bildungsrevolution sprechen, meinen wir nicht nur die Dringlichkeit eines grundlegenden Wandels der Bildungsinstitutionen, sondern auch eine Überwindung der nach wie vor vorherrschenden Lethargie hin zu konkreten

Veränderungen. Neben „Arbeit“ ist „Bildung“ der zweite große Indikator für die Chancen eines Menschen in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir uns an dieser Stelle den Kopf zerbrechen, hier unsere konzeptionelle Energie einbringen, wie auch unsere Leidenschaft und Fantasie. Der gesellschaftliche Wohlstand insgesamt und damit auch die soziale Verteilungsmasse stehen mit dem Bildungsniveau in engem Zusammenhang – auch wenn es eine Übertreibung ist, dass „Bildung“ in der so genannten „Wissengesellschaft“ die einzige relevante Ressource gesellschaftlicher Anerkennung und ökonomischer Prosperität sei. Daneben ist Bildung jedoch bei weitem nicht nur ein ökonomisches Gut. Bildung ist Grundvoraussetzung für ein Leben in Selbstbestimmung und Freiheit. Mit der Bildung werden bereits in frühen Jahren die Chancen für das weitere Leben, für soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe maßgeblich gestellt. Bildung ist eine Waffe gegen Bevormundung und Paternalismus, für ein schöpferisches Leben und einen wachen Verstand. Die Stärkung der Individuen durch Bildung ist dabei auch eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie. In diesem Sinne wollen wir für eine abgestimmte Bildungsstrategie für alle Bildungsbereiche werben, die mit Blick auf die bundesrepublikanische Realität, wenn sie ernst gemeint ist, eine „Bildungsrevolution“ genannt werden muss. Wir müssen uns auf den Weg machen, den andere Länder bereits erfolgreich beschritten haben, und einen qualitativen Reformprozess vorantreiben. Dies wird ein langer Weg sein, der aus vielen einzelnen Schritten besteht. Wir glauben nicht daran, dass eine einzelne Maßnahme, eine punktuelle Reform die großen Mängel des heutigen Bildungssystems beseitigen kann. Zudem sind wir fest davon überzeugt, dass eine Bildungsrevolution von oben herab nicht funktionieren wird, sondern dass sie an vielen Orten stattfinden muss.

Die vorliegende Intervention ist gedacht als Stein des Anstoßes, als Aufforderung zu inhaltlicher Auseinandersetzung und öffentlicher Debatte. Wir laden Euch herzlich ein, Euch daran zu beteiligen. Wir hoffen auf eine rege Resonanz und eine interessante Diskussion, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind.

August 2006

Realismus & Substanz

I. Grüne Paradoxien

Diagnose und Orientierung auf unwegsamem Terrain

*„Unter der Schnellstraße
In ein Labyrinth von Gängen
War ich hineingeraten
Ob es mir gelänge
Mich hier zurecht zu finden“
Tocotronic, Unter der Schnellstraße*

Grüne Paradoxien

Diagnose und Orientierung auf unwegsamem Terrain

Bei aller Bedeutung von Wählerwanderungen und zielgruppengerechter Politikkommunikation: Die Kernfrage, *wofür* ein Individuum in einer Partei Politik macht, kann ihm keine noch so ausgetüftelte Wähleranalyse liefern. Wenn sich der parteipolitische Machimpuls von inhaltlicher Standortbestimmung und inhaltlicher Reflexion entkoppelt, verkümmert Politik zum hohldrehenden Machtgenerator.

Eine Erkenntnis besteht zudem darin, dass gesellschaftliche Dynamik so auch nicht entstehen kann und der Wähler möglicherweise am Ende die Rechnung präsentiert. Deshalb ist heute auch der kälteste Machtpolitiker auf der Suche nach Inhalten, am besten nach abstrakten „Werten“ und „Werte-Debatten“, um die inhaltliche Leere zu übertünchen. Doch das wird nicht reichen – so unsere These und Hoffnung. Erst derjenige, der wieder aus dem Ringen um gesellschaftliche Verhältnisse und politische Standpunkte Emphase und Charisma entwickelt, wird auch machtstrategisch die Nase vorn haben.

Wenn das stimmt, haben die Grünen jenseits der naturgemäßen Schwierigkeiten einer Umbruchsphase eine vergleichsweise gute Ausgangsposition. Der Erfahrungsfundus aus fast 20 Jahren inhaltlich engagierter Oppositionspolitik vor 1998 ist zumindest in den mittleren Bewusstseinsschichten vorhanden. Zudem haben die Grünen in der Regierungsverantwortung gezeigt, wie das ernsthafte, diskursive Verhandeln von Inhalten aussehen kann. Der erweiterte Gerechtigkeitsbegriff ermöglicht es, grüne Kernanliegen wie Ökologie, Selbstbestimmung, Gleichberechtigung, Nachhaltigkeit, Internationalität sowie demokratische Partizipation als soziale Fragen zu formulieren. Begriffe wie Umweltgerechtigkeit, soziale Teilhabe, Geschlechtergerechtigkeit, Generationengerechtigkeit oder gerechte Globalisierung waren die logische Konsequenz dieser Suche nach gesellschaftlichen Leitbegriffen. Gleichzeitig gab es eine gewisse Renaissance der Verteilungsfrage und eine damit verbundene Suche nach neuen Instrumenten, da deutlich wurde, dass sich keiner dieser Ansprüche ohne ein Umsteuern in steuer- und finanzpolitischen Fragen einlösen lässt. Dieser grüne Spin hat in der Tat das Zeug dazu, der oft leeren Phrase von der „modernen Linken“ Substanz zu verleihen. Das emanzipatorische, freiheitsorientierte Menschenbild sowie die Einsicht in die soziale Dramatik der ökologischen Frage unterscheiden die Grünen fundamental von der Linkspartei und deutlich von der SPD. Auch linker Nationalchauvinismus ist die grüne Sache nicht.

Die neuen sozialen Schiefen, die ökologische Herausforderung und die dramatischen gesellschaftlichen Transformationsprozesse wurden ernsthaft analysiert, erkannt und haben Eingang in die Programmatik gefunden.

Das ist der Stoff, der in vielen konkreten Fragen – von der Schulpolitik bis zur europäischen Mindeststeuer – eine tief greifende gesellschaftliche Diskussion hervorbringen muss und auch für die Erneuerung der Grünen selbst maßgeblich ist. Ein solcher Erneuerungsprozess kann innerparteilich aber nur gelingen, wenn wir einen klaren Blick für eigene Paradoxien bekommen, die inhaltliche Widersprüche und diffuse Bilder erzeugen und den Elan bremsen. Im Folgenden seien drei zentrale Konkurrenzen benannt, die eine gelungene Zukunftsdebatte aufgreifen muss: Die Konkurrenz von ökologischen und sozialen Lesarten gesellschaftlicher Probleme, die Konkurrenz von advokatorischer Politik und Milieu-Interessen und die Konkurrenz von Institutionspolitik und zivilgesellschaftlichen Ansätzen.

1. Das Soziale und das Ökologische. Parteinahme aus welcher Perspektive?

Das Schicksal der Grünen ist aus vielfachen Gründen mit der ökologischen Frage verknüpft. Von der Entstehungsgeschichte bis zur Namensgebung ist die grüne Partei mit dem Ökologie-Thema verbunden, und die Umfragen zur Kompetenzzuschreibung sprechen eine deutliche Sprache. Dies ist zum einen eine große Chance, birgt zugleich aber auch Probleme. Die daraus resultierende Herausforderung besteht deshalb in zweierlei Richtung: Zum einen geht es darum, die ökologische Frage neu zu beleben und ihre gesellschaftliche Dynamik zu verstärken. Zum anderen kommen die Grünen nicht umhin, einen konsequenten programmatischen Standpunkt zu formulieren, von dem aus sich neben der ökologischen Problematik andere gesellschaftliche Problemlagen gleichermaßen erfassen lassen. Die Grünen brauchen nicht nur eine Strategiedebatte, sondern auch eine Orientierungsdebatte über die Gründe und Ziele ökologischer Politik. Es wird uns nur gelingen, unsere Vorstellungen von ökologischer Politik zu präzisieren und attraktiv zu machen, wenn wir die allgemeine und diffuse Rede von „Werteorientierung“ konkretisieren und damit klar machen, welchen Werten und gesellschaftlichen Vorstellungen wir uns verbunden fühlen.

Ökologische Politik ist in den letzten Jahrzehnten zunehmend in eine spezialisierte Fach- und Verwaltungssprache abgerutscht, die zwar mitunter effizient ist, aber die Menschen nicht mehr erreicht. Daneben wurde an der Frage der normativen Begründung und Ausrichtung ökologischer Politik seit Anfang der achtziger Jahre kaum mehr gearbeitet. So wichtig die Analysen und Theorien der frühen Jahre – von Rudolf Bahro über Carl Amery bis Ernst Friedrich Schumacher – für die Entstehung der Ökologiebewegung gewesen sein mögen, aus heutiger Sicht taugen sie nicht mehr, um das Ökologische begreifbar zu machen. Indem sie den „Eigenwert der Natur“ zum zentralen Moment erhoben, isolierten sie die ökologische von der sozialen Frage und verstellten damit den Blick darauf, dass es sich bei der ökologischen Frage um eine Schlüsselfrage für Gerechtigkeit und Selbstbestimmung, für die sozialen Chancen und das soziale Zusammenleben der Zukunft handelt. Indem sie ökologische Politik in Frontstellung gegen den modernen Anspruch auf „Individualität“ und „Selbstbestimmung“ brachten, verbauten sie den Zusammenhang zwischen Ökologie und Freiheit als ein zentrales Moment moderner Identität.

Natürlich gibt es unterschiedliche individuelle Zugänge und Begründungen der ökologischen Frage, und diese Pluralität lässt sich auch nicht auflösen. Eine Partei wie die Grünen mit einem gesamtgesellschaftlichen Anspruch muss jedoch präzisieren, aus welcher normativen Perspektive sie an die ökologische Frage herangeht. Aus unserer Sicht kann die zentrale Begründung nur darin bestehen, dass durch den Klimawandel und den Raubbau an den natürlichen Ressourcen ein elementares Moment sozialer Teilhabe und individueller Entwicklungschancen in Frage gestellt wird. Darin liegt der eigentliche Grund dafür, dass die Grünen die Ökologie zu einer Grundperspektive ihrer Politik gemacht haben. Und hier liegt eine große Chance, die Menschen für ökologische Politik zu gewinnen – in ihrem Interesse und im Interesse ihrer Kindeskiner.

Umweltgerechtigkeit muss noch stärker zu einem Bezugspunkt grüner Politik werden. Das Eintreten für eine intakte Umwelt ist ein ganz zentraler Aspekt der Gerechtigkeitsdebatte, bereits hier und heute wie auch global und Generationen übergreifend. Wer sind heute die Betroffenen der ökologischen Entwicklung? Und wer wird in Zukunft in seinen Lebensgrundlagen und Lebenschancen betroffen sein? Welche Konzepte greifen tatsächlich zu Gunsten der in ihren Lebensperspektiven Beeinträchtigten? Wie und durch wen werden die Opfer von Klimawandel und Umweltzerstörung entschädigt? Wer versichert die Unversicherbaren? Wem gehören die Erträge aus den im Emissionshandel vergebenen Emissionsrechten? Und wer nimmt wie viel vom enger werdenden Emissionsbudget des Planeten in Anspruch? Wie werden die Kosten des Übergangs zu einer klimafreundlichen Energiewirtschaft gerecht verteilt? Über diese Fragen und weitere müssen wir sprechen, wenn wir die ökologische als soziale Frage vom Kopf auf die Füße stellen wollen. Es geht darum, die ökologische Frage in den Kontext einer gerechtigkeitsorientierten Programmatik zu stellen, diese konzeptionell und operativ umzusetzen und schließlich lebensweltlich zu konkretisieren.

Gerade im Klimawandel liegt eine Herausforderung, die längst als grundlegendes soziales Problem zu beschreiben ist. Die Signale, die in jüngster Zeit aus der Wissenschaft kommen, sind sehr besorgniserregend: Der Klimawandel schreitet drastischer voran als bislang angenommen, mit weitreichenden Folgen für die menschliche Zivilisation und deren soziale und emanzipatorische Errungenschaften. Dabei geht es um den Menschen, seine Freiheit und seine Lebensperspektiven.

Gleiches gilt für die Energiefrage und damit für eine Grundvoraussetzung sozialer Sicherheit und individueller Gestaltungsmöglichkeiten. Mit dem ökonomischen Aufstieg der Schwellenländer schießt der Ressourcenverbrauch weiter in die Höhe, und die Problematik, wie wir Energiesicherheit für jeden erreichen, ohne den Klimawandel weiter zu verschärfen, wird damit zu einer sozialen Frage ersten Ranges. Diese Überzeugung muss zur Grundlage eines Energieprogramms werden, in dem für Energieeinsparung, dezentrale Effizienztechnik und erneuerbare Energien viel, für neue Kohlekraftwerke und Energiemonopolisten aber nur noch sehr wenig Platz ist. Sie muss zur Grundlage eines Wirtschaftsprogramms werden, das Ressourceneffizienz und umweltverträgliche Arbeit fördert. Sie muss zur Grundlage eines Steuerprogramms werden, das Umweltfreundlichkeit belohnt und Ressourcenverschwendung zurückfährt. Und sie muss zur Grundlage eines neuen Technologieprogramms werden. Es geht um ökologische Energiepolitik im Namen von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung.

Auch auf dem Feld der Mobilität muss der grüne Anspruch nach Umweltverträglichkeit an das Streben nach Fortbewegung und kosmopolitischer Freiheit anknüpfen. Daraus muss ein Mobilitätskonzept vom Nahverkehrsbereich der Kommunen bis zum nationalen und internationalen Verkehrsnetz erwachsen und ein Verkehrsprogramm entstehen, in dem Mobilität möglich bleibt und zugleich der Kohlendioxid ausstoß drastisch zurückgeht.

Es sind oft gerade die ärmeren Länder mit vergleichsweise niedrigem eigenem Beitrag zur Umweltlast, die schon heute den größten sozialen Preis für Energiekrise und Klimawandel bezahlen. Diese Problematik wird aber nicht in der vermeintlichen „Peripherie“ stehen bleiben, sondern immer stärker auch in unserer Gesellschaft ankommen. Ökologische Politik aus der Sicht einer modernen, freiheitsorientierten Linken wird dabei, anders als oft unterstellt, ebenfalls über Grenzen sprechen und kann diese dabei besser begründen. Die Grenze der Freiheit des einen liegt in der Freiheit des anderen, die Grenze der Freiheit von heute liegt in der Möglichkeit zur Freiheit von morgen. Diese Einsicht hat in der freiheitsorientierten Gerechtigkeitstheorie eine lange Tradition, und es ist ein Verdienst der Grünen, dies im Rahmen des erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs auf die ökologische Frage zu beziehen.

Jenseits der philosophischen Frage von Anthropozentrismus und Ökozentrismus müssen sich die Grünen entscheiden, ob die Ökologie oder aber das sensible Ethos der sozialen Parteinahme Ausgangspunkt einer Bearbeitung weiterer grüner Fragen und Themen sein soll. Trotz der herausragenden Bedeutung der ökologischen Frage ist es kaum möglich, die gesellschaftlichen Schiefen und Herausforderungen der Gegenwart adäquat aus ökologischer Perspektive zu erfassen. Umgekehrt ist es aber sehr wohl möglich, die Ökologie als eine neue und zentrale Dimension der sozialen Frage zu begreifen, die die Grünen auf die Tagesordnung gesetzt haben. Dafür steht der Begriff der „environmental justice“ und sollte als „Umweltgerechtigkeit“ dringend in den politischen Wortschatz der Bundesrepublik adaptiert werden. Eine stärkere Besinnung der Grünen auf ihr soziales Ethos brächte einen doppelten Gewinn. Zum einen würde die konzeptionelle und auch die emotionale Zuständigkeit der Grünen in nicht-ökologischen Themenfeldern klarer, zum anderen entstünde für die ökologische Frage, als soziale Frage gestellt, erheblich mehr gesellschaftliche Dynamik und Breitenwirksamkeit.

2. Soziale Exklusion und prekäre Mittelschicht. Parteinahme für wen?

Eine zweite Paradoxie ist eher auf der strategischen Ebene anzusiedeln. Wie verträgt sich der grüne Anspruch einer Parteinahme für die sozial Marginalisierten und Benachteiligten mit einer Wählerschaft, die tendenziell aus der gebildeten und gut verdienenden Mittelschicht kommt und damit auch handfeste Interessen verbindet? Eine einfache Antwort würde lauten, dass unsere Wählerinnen und Wähler gerade auf Grund ihrer sozialen und ökonomischen Stärke eine advokatorische Politik wünschen und deshalb bewusst grün wählen. So einfach aber ist der Widerspruch nicht aufzulösen, da sich durchaus auch Widerstand aus der Mittelschicht regt, wenn zumindest scheinbar gegen die eigenen Interessen agiert wird, etwa in der Steuerpolitik, der Kinderpolitik oder der Frage der inneren Sicherheit. Zumindest außerhalb unserer engsten Stammwählerschaft kann nicht einfach von einem altruistischen Politikansatz ausgegangen werden. Alles andere wäre auch verwunderlich. Vielleicht

ist das auch ein Grund, warum die gehobene, verantwortungsbewusste Mittelschicht mitunter ihren moralischen Impuls gerne auf das Postmaterielle verlagert. Die Optik und auch die Glaubwürdigkeit der Grünen hängen aber daran, sich nicht als Interessen- und Klientelpartei zu begreifen und sich programmatisch nicht von den an eigenen Interessen orientierten Erwartungen ihrer Wählerinnen und Wähler enge zu lassen. Und deshalb bleibt ihr inhaltlich und strategisch nichts anderes übrig, als sich von der Klientel-Schere im Kopf zu befreien.

Gleichzeitig beruht das private und wirtschaftliche Engagement vieler Grüner gerade im ökologischen Bereich – etwa für erneuerbare Energien oder biologische Landwirtschaft – nicht nur auf einem Eigeninteresse, sondern deckt sich mit dem gesellschaftlichen Interesse an einer Bewahrung der Lebensgrundlagen. Die Tatsache, dass sich Eigeninteresse und Partei-Interesse berühren, ist also noch nicht per se ein kritikwürdiger Punkt, sondern erst dann, wenn sich ein Gemeinwohl-Bezug nicht herstellen lässt.

Die Chance der Grünen liegt darin, die Tatsache eines hohen Bildungs- und Einkommensschnitts nicht als Klientelauftrag misszuverstehen, sondern als Potential für eine solidarische Politik. Eine Politik der Parteinahme für Benachteiligte und Schwächere braucht eine belastbare sozioökonomische Mittelschicht mit dem Willen zu Solidarität und sozialer Integration. Das grüne Interesse muss es sein, dass dieses Wählermilieu nicht sukzessive seine solidarische und liberale Grundhaltung zugunsten eines konservativen Wertekorsetts aufgibt, das statt auf die Überwindung sozialer Exklusion auf Distinktion und Paternalismus setzt. Wahrscheinlich war es schon immer so, dass die sozial sensibelste Politik einen advokatorischen Zug hatte und von Bürgerinnen und Bürgern formuliert wurde, die nicht in dem Maß um existenzielle Bedürfnisse kämpfen mussten.

Hinzu kommt, dass die Frage nach sozialer Benachteiligung heute zu anderen Ergebnissen kommt, als die Klassen- und Schichtenanalyse früherer Jahrzehnte. Darauf sind wir in unserem Papier *Die neue soziale Frage beantworten* ausführlich eingegangen. Neben dem klassischen Teufelskreis von Einkommensarmut, Bildungsarmut und sozialer Exklusion lässt sich eine zunehmende soziale Unsicherheit auch in gesellschaftlichen Gruppen feststellen, die herkömmlich der „Mittelschicht“ zugeordnet werden. Prekäre Lebenslagen und soziale Ausgrenzung dringen immer tiefer in die Mittelschicht selbst ein, so dass die strikte Trennung zwischen denen auf der sicheren Seite und „den anderen“ ohnehin zunehmend fragwürdiger wird. Insofern betrifft die neue soziale Frage auch zahlreiche Menschen aus den grünen Milieus. Dies ist ein weiterer Grund, warum konzeptionelle Ausrichtung und inhaltliche Emphase jenseits von Klientelpolitik keinen unauflösbaren Widerspruch zu milieustrategischen Erwägungen bilden.

3. Die Gesellschaft und ihre Institutionen. Parteinahme von wo aus?

Jenseits der grundsatzprogrammatischen und strategischen Paradoxien liegt ein dritter Klärungsbedarf in der Frage des Staatsverständnisses grüner Politik. Jede Politik ist auf der Umsetzungsebene gezwungen, sich im Dreieck von Staat, Gesellschaft und Markt zu verorten. Unter dem Druck des neoliberalen Mainstreams stießen die Möglichkeiten staatlicher Regulierung auch bei Grünen und Sozialdemokraten zunehmend auf Skepsis. Während die einen zunehmend auf die selbstregulatorischen Kräfte des Marktes setzten, sahen die anderen in der Selbstregulation der

Zivilgesellschaft einen „dritten Weg“. Dass beides zu kurz greift, wird nicht erst seit den Interventionen von Michael Zürn, Erhard Eppler und anderen wieder deutlicher. Institution matters! Die Frage, wo demokratische Entscheidungen getroffen werden, unter welchen Regeln sie erfolgen und wer diese Entscheidungen umsetzt, kann weder eine Markt- noch eine Zivilgesellschaftsphilosophie beantworten. Unter Bedingungen zerfaserter Staatlichkeit kommt es vielmehr darauf an, die Gestaltungsmacht der demokratischen Institutionen wiederzugewinnen. Politische Meinungsbildungs- und Entscheidungsprozesse brauchen, wenn sie demokratisch verlaufen sollen, einen konkreten Adressaten, ein legitimes Handlungsobjekt und einen Garanten der Umsetzung gemeinsam getroffener Entscheidungen. Wo dieser Adressat unklar wird, muss zwangsläufig auch die politische Auseinandersetzung diffus werden. Wem sollte man seine Vorschläge noch vortragen? Gegen wen seine Forderungen richten? Nur wenn wir den Kampf um die demokratische Gestaltungsmacht von Institutionen gewinnen, geben wir der Demokratie eine Zukunft und können die Bürgerinnen und Bürger für politische Einmischung gewinnen.

Ohne gesellschaftliches Engagement im Vorfeld wird der Kampf um demokratische Institutionen freilich nicht zu gewinnen sein. Und zwar in einem doppelten Sinn: Demokratische Institutionen, in die kein gesellschaftliches Engagement einfließt, in denen sich kein Streit um das Gemeinwohl organisiert und keine Interessenrepräsentation stattfindet, trocknen von innen aus und werden zu kalten Bürokratien. Institutionen, die (noch) nicht demokratisch organisiert sind oder überhaupt erst noch erfunden werden müssen, können nur von außen durch gesellschaftlichen Einsatz in die Wirklichkeit geholt werden. Auf europäischer Ebene beispielsweise mangelt es schon an den Vorbedingungen: Bis heute gibt es nicht im Ansatz eine europäische oder auch nur transnationale Öffentlichkeit im Sinne europäischer Medien und echter europäischer Parteien.

Bei all dem kann den Grünen als noch relativ junge Partei mit einem guten Gedächtnis für die gesellschaftlichen Aufbrüche der letzten Jahrzehnte eine wichtige Rolle zukommen. Es ist an der Zeit, deutlich zu machen, dass die Institutionen des Nationalstaats arbeits-, steuer-, und bildungspolitisch erhebliche Gestaltungsmacht haben, wenn sie zu den notwendigen Transformationen bereit ist. Es ist mit Blick auf die Institutionenfrage an der Zeit, über den nationalen Tellerrand zu schauen, etwa nach Skandinavien, und es nicht bei Schlagworten zu belassen, sondern konkrete Ansätze zu beschreiben, die in der Bundesrepublik umsetzbar sind. Es wird höchste Zeit, den Kampf um die demokratische Verfasstheit Europas wieder aufzunehmen, den rechte und linke Nationalchauvinisten und europäische Output-Pragmatiker längst ad acta gelegt haben. Die Dringlichkeit einer grundlegenden Reform der bestehenden Institutionen muss in der Bundesrepublik erkannt und die nötigen Schritte hierfür unternommen werden. Dafür braucht es jene institutionelle Fantasie und konzeptionelle Quergeistigkeit, die am ehesten den Grünen zuzutrauen ist.

Vor diesem Hintergrund liegen dann die konkreten Politikfelder fast schon auf der Straße: Grundsicherung und Beteiligung am Produktivkapital; Rückgewinnung öffentlicher Güter und öffentlicher Daseinsvorsorge; Stärkung der Kommunen als politischer Ort; Arbeit der Zukunft statt Ende der Arbeit; Neue Schule als Modell gemeinsamen und individualisierten Lernens; Ökologische Innovationspolitik;

Erschließung qualitativer Dienstleistungen wie Bildung, Erziehung, Betreuung, Mobilität, Gesundheit oder Pflege; Effektive Erhöhung der steuerlichen Realerträge; Höhere Besteuerung von Einkommen aus Nicht-Arbeit; drastische Senkung der Lohnnebenkosten im unteren Einkommensbereich; getrennte Besteuerung von Privateinkommen und Unternehmensinkommen; Verteidigung von Rechtsstaatlichkeit und Bürgerrechten, Meinungs- und Pressefreiheit; Teilhabe an einer offenen Wissensgesellschaft; Kampf um die demokratische Verfasstheit Europas; Stärkung der nationalen Parlamente in Europa sowie des europäischen Parlaments; Lebendighalten der europäischen Verfassungsfrage; Konzeption europäischer Steuerpolitik; Visionäre und Antreiber der institutionellen Transformation von VN, WTO, IWF oder WIPO; und vieles mehr. An grünen Themen und Standpunkten wird es nicht mangeln.

4. Jenseits der Mitte

Auch wenn grün in der Mitte des Farbspektrums liegt und die Grünen in der Mitte des Parlaments eingekeilt sind, müssen sich die Grünen bei der Beantwortung dieser Paradoxien vor einer Philosophie des „Und“ hüten. Wer sich nicht entscheiden kann, erklärt die Welt gerne in Spannungsbögen, Zielkonflikten, Mitten und Balancen. Das Problem ist dabei in der Regel nicht, dass das „Und“ falsch wäre, sondern vielmehr, dass es unzureichend ist, weil es einfach nur nebeneinander stellt, was angeordnet gehört. Als gerechtigkeitsorientierte, emanzipatorische Kraft mit einem starken Begriff von Demokratie und einem hohen Bewusstsein für die ökologische Frage haben die Grünen die Kraft zu einer eigenständigen Anordnung. Diese jetzt aufzubringen ist die große Aufgabe der kommenden Jahre.

Peter Siller, Ramona Pop, Tarek Al-Wazir, Grietje Bettin, Kai Gehring, Anna Lührmann, Manuela Rottmann, Sarah Sorge, Konstantin von Notz, Kerstin Andreae, Bastian Bergerhoff, Sebastian Bukow, Andreas Bühler, Olaf Bursian, Olaf Cunitz, Reiner Daams, Oliver Dalichow, Frieder Dittmar, Marek Dutschke, Christoph Egle, Anke Erdmann, David Fiedler, Jan Fries, Jan Fuhse, Ulrike Gauderer, Anna Godzik, Sabine Groß, Johannes Grün, Katja Günter, Robert Habeck, David Handwerker, Michael Hebenstreit, Nicole Hohmann, Daniel Holefleisch, Felix Holefleisch, Malte Hübner, Katja Husen, Dieter Janecek, Arndt Klocke, Rolf Lange, Aram Lintzel, Bene Lux, Volker Meisinger-Persch, Christian Neuner-Duttenhofer, Ralph Obermaier, Boris Palmer, Tim Rusche, Michael Schäfer, Michael Scharfschwerdt, Stephan Schilling, Gregor Simon, Malte Spitz, Mathias Wagner, Wulfila Walter, Christian Weiss, Nike Wessel, Stefanie Wolpert u.a.

II. Zwischen den Orten

Vom Nebeneinanderstellen und Anordnen grüner Politik

*„Der Stau in deinem Schädel
Lenkt jetzt von allem ab
Was wolltest du hier oben
Gute Aussicht von dem Dach
Da unten liegt die Stadt
Da wolltest du immer sein
Doch wie du jetzt dahin kommst
Anlauf, Alter, Anlauf!
Das ist auch dein Zuhause
Lass die Deppen ordentlich schreien
Das ist auch dein Zuhause!“
Turbostaat, Drei Ecken ein Elvers*

Zwischen den Orten Vom Nebeneinanderstellen und Anordnen grüner Politik

Demokratie ohne Opposition ist nicht möglich. Und gerade eine Politik, die die Wählerinnen und Wähler fordert, hat nicht von jetzt auf gleich die Mehrheit auf ihrer Seite. Deshalb ist Opposition nicht – wie viele Konservative meinen – ein schlimmer Betriebsunfall, sondern eine Aufgabe, die durchaus Sinn machen und demokratischer Erneuerung Vorschub leisten kann. Gleichzeitig ist jede Opposition, die ihre Position nicht hartnäckig mit einem demokratischen Machtanspruch verbindet, zahnlos und unglaubwürdig, wirkt apathisch und selbstgerecht. Wer den Willen zur tatsächlichen Gestaltung nicht deutlich macht, kann es so ernst nicht meinen und braucht deshalb auf Mehrheiten nicht zu hoffen.

1. Von Inhalten und Macht

„Inhalte vor Macht“ meint sinnvoll interpretiert „Macht für Inhalte“, und damit natürlich auch, dass die Klärung der inhaltlichen Fragen notwendig voranzustellen ist. „Inhalte vor Macht“ kann dagegen nicht darüber hinwegtäuschen, dass Macht zumindest in der Demokratie immer und zwangsläufig einen Verlust an inhaltlicher Unverfälschtheit bedeutet. Ausschlaggebend muss demnach die komplexe Frage sein, ob man mit der Übernahme von Regierungsmacht mehr Inhalte durchgesetzt bekommt als durch den Verzicht auf Regierungsmacht, der ja bekanntlich auch ein Machtfaktor sein kann. Komplex ist diese Frage deshalb, weil sie sich nur unter Berücksichtigung mehrerer Prämissen ernsthaft beantworten lässt, von der es jede Einzelne in sich hat.

Eine Prämisse ist die empirische Frage, wie eigentlich der Wähler, das unbekannte Wesen, auf das Ergreifen bestimmter Machtoptionen reagiert. Ganz zu schweigen von der Frage, inwieweit Wählerverhalten für die Grundorientierung einer Partei wirklich relevant sein soll. Denn wenn Inhalte vor Macht gehen, inwieweit gehen dann Inhalte auch vor potenzielle Wählerwünsche? Ist die Tatsache, dass

im gut gebildeten Mittelstand bestimmte Interessen etwa hinsichtlich der Lebensqualität oder der Standardsicherung existieren, wirklich ein Argument dafür, dieses Milieu – entgegen inhaltlicher Überzeugungen – vorrangig zu bedienen? Ist beispielsweise die Zustimmung vieler gut ausgebildeter Mütter als Wählerinnen alleine schon ein Grund, ein Elterngeld nur mit dem Argument zu fordern: „Das ist unser Milieu!“? Die Antwort muss lauten: „Nein!“ Denn die vertretenen Überzeugungen und Ziele dürfen sich nicht nach Wähleranalysen richten. Sie müssen eigenen Überzeugungen entspringen, um glaubwürdig und authentisch Menschen für die Sache zu gewinnen. Die Kernfrage, *wofür* ein Individuum in einer Partei Politik macht, kann ihm keine noch so ausgetüftelte Wähleranalyse liefern.

Zur Relation von Inhalten und Macht gehört aber vor allem die anspruchsvolle Frage, an welche Inhalte genau man eigentlich denkt und welcher Wert ihnen beigemessen wird. Denn wenn es – wie oft im Leben – nicht um alles oder nichts, sondern um einen möglichst hohen *Grad* an Realisierung geht, dann muss man viel klarer benennen: Wo liegen die Prioritäten? Was ist der Kern unserer Sache? Es ist leicht in einem Restaurant „Einmal alles!“ zu bestellen, aber auf einer guten Speisekarte die richtige Entscheidung zu treffen, wenn man nur 8,10 Euro in der Tasche hat, das ist nicht ganz so leicht.

Grundlegend inhaltliche, also programmatische Debatten gehen logisch *vor* Macht, damit sie praktisch *in* Macht umgesetzt werden können. Und auf Grund dieses Apriori ist es gerechtfertigt, von der Notwendigkeit einer permanenten inhaltlichen, wenn nicht Revolution, so doch Reflexion auszugehen. Permanente inhaltliche Reflexion als gemeinschaftliche Aufgabe aber ist eine üble Quälerei. Nicht nur, dass sie Zeit raubt, sie kann sich auch *gegen einen selbst* richten. Sie kann eigene Unwissenheiten aufdecken und Gewissheiten ins Wanken oder zum Umsturz bringen. Und deshalb ist es für viele Politik-Profis so attraktiv, den zweiten Schritt vor dem ersten zu versuchen. Aber ohne diese Quälerei kann es keine inhaltlich überzeugende Politik geben.

Populäre politische Schlagworte wie „Modernisierung“, „Erneuerung“, „Nachhaltigkeit“, „Skandinavisches Modell“, „Linke“, „Neoliberalismus“, „Neokonservatismus“ etc. gehen leicht über die Lippen, und die dahinter stehenden Ideen und Konzepte werden dadurch allein nicht falsch. Der Punkt ist nur: Diese Worte allein ergeben noch *keinen* sinnvollen Inhalt. Zuvor müssen sie erarbeitet, interpretiert, neudefiniert und konkretisiert werden.

Inhaltliche Reflexion braucht Zeit zum Durchdenken und Diskutieren, zum Entwickeln und Prüfen. Diese Zeit aber fehlt oft gerade in der Politik – zum einen wegen der tatsächlichen Knappheit dieser Ressource, zum anderen, weil der Wettbewerb um die besten Inhalte einen machtpolitischen Druck erzeugt, dem sich die politischen Akteure nur ungern aussetzen.

2. Von Hasen und Igel

Viele Politiker haben nicht nur praktische, sondern auch rhetorische Methoden entwickelt, um eine Reflexion der eigenen politischen Inhalte im öffentlichen Raum zu erschweren. Eine beliebte Methode ist ein Hase-&-Igel-Spiel. Es besteht darin, jeweils abwechselnd zu wenig *und* zuviel Machtbewusstsein zu unterstellen. Eine politische Reflexion, die sich Zeit nimmt, mit sich ringt und etwas zu entwickeln sucht, gilt Verhinderern per se als verdächtig, weil sie nicht direkt zur Macht drängt.

Sobald sich eine solche Reflexion medial artikuliert, wird wiederum der Vorwurf der Machtgeilheit bemüht.

Und auch das Hase-und-Igel-Spiel zwischen Konkretisierung und Abstraktion ist bestens bekannt. Gibst Du dir Mühe genauer zu beschreiben, worum es geht, dann – so heißt es – ist das *unpolitisch*. Wenn Du aber versuchst, diesen Inhalt in klare Grundsätze und nachvollziehbare Richtungsbeschreibungen zu gießen, dann ist das – heute ein ganz schlimmer Vorwurf – *ideologisch*. Politik braucht aber nichts mehr als das glaubhafte Bemühen um eine klare Richtung. Wir brauchen zur eigenen Verständigung, und um andere zu gewinnen, eine neue Grundsätzlichkeit. Dabei wissen wir, dass dies nach den katastrophalen Erfahrungen im sog. „ideologischen Zeitalter“ nur zu erreichen ist, wenn wir uns gleichermaßen der Qual der Konkretisierung aussetzen. Ideologie darf nicht Ordnung auf Kosten des Weiterdenkens sein, die das Bestehende verklärt, ästhetisch überformt und dabei höchstmöglich konservativ ist. Es geht vielmehr um normative Grundsätze, die auf die gesellschaftliche Lage Bezug nehmen und realistische Veränderungsperspektiven vorgeben.

Gegen allen Argwohn sollte die Politik die Irritation der Entschleunigung verteidigen. Zeit braucht auch das Vertrauen, das in einem so umkämpften Terrain wie der Politik entstehen muss, um Dinge offen aussprechen und wieder verwerfen zu können, und somit einen inhaltlichen Prozess erst ermöglicht.

So wichtig es aber auch ist, Inhalte zu entwickeln, so sehr kommt es *dann* darauf an, sie mit einer öffentlichen Intervention zu verbinden. Intervention heißt hier nicht zuerst die Gewinnung von Mehrheiten, sondern im ersten Schritt das *Sichtbarmachen* eines Inhalts in Partei und Gesellschaft. Es geht also nicht, wie mitunter behauptet, um kulturelle Hegemonie, sondern zunächst um Sichtbarmachung, erst dann um Mehrheiten.

3. Von neuen Zusammenhängen und neuen Widersprüchen

In den letzten Monaten hat sich die politische Ausgangslage in Deutschland grundlegend gewandelt: Neuwahlen; Rot-Grün abgewählt; Schröder weg; Joschka Fischer weg; Große Koalition; Merkel Kanzlerin.

Während die SPD mit 34,3 Prozent (-4,3) und die CDU/CSU mit 35,2 (-3,3) die großen Wahlverlierer waren, legten Linkspartei (mit 8,7 Prozent (+4,7) wieder als Fraktion im Bundestag), und FDP (9,8 Prozent (+2,4) kräftig zu. Die Grünen blieben mit 8,1 Prozent (-0,5) relativ stabil. Sie verloren insgesamt 370.000 Stimmen. Die größte Gruppe von 240.000 Stimmen hat die Grünen vor allem im Westen zur Linkspartei hin verlassen. 180.000 frühere Grün-Wähler wanderten zu Union und FDP.

Dabei ist festzuhalten, dass die Grünen in ökologischen Fragen als ein hoch integrierter Laden wirken: Übereinstimmung aller Orten – vielleicht zu viel, wenn man sich die Ungeklärtheiten und Ungereimtheiten anschaut, die auf dem ökologischen Acker vergraben sind. Ähnliche Einmütigkeit herrscht hinsichtlich des Verbraucherschutzes. In der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik hingegen, also dort, wo in der Gesellschaft gerade die Musik am Lautesten spielt, wirken die Grünen mitunter wie zwei Parteien. Zum einen gibt es eine starke Gruppe, die sich für „Modernisierung“ und „Reformen“ einsetzt, der eine Politik der radikalen Haushaltskonsolidierung wichtig ist, die den Arbeitsmarkt deregulieren will, für die Steuererhöhungen nicht in Frage kommt, die sich als Interessensvertretung einer bürgerlichen Mittel-

schicht begreift, der Gutgebildeten oder gar „der Zukunft“. Daneben gibt es eine nicht minder starke Gruppe, die für „soziale Sicherheit“ und „gegen Sozialabbau“ kämpft, die eine Umverteilung von oben nach unten will, für die eine Lockerung von Tarifautonomie und Kündigungsschutz einen Anschlag auf den Sozialstaat darstellt, die einen übertriebenen Sparkurs für falsch hält und Kontakt zu den Globalisierungskritikern hält.

Das gilt mit Abstrichen auch für die Gesellschaftspolitik: Wir treffen auf solche, die für das Adoptionsrecht von Schwulen und Lesben, für die multikulturelle Gesellschaft und für die Legalisierung weicher Drogen kämpfen. Und wir treffen auf andere, die den „Werteverlust“ der pluralistischen Gesellschaften, die Auswüchse von Individualisierung und Emanzipation beklagen.

Diese Beschreibung unterschiedlicher Positionen ist nicht vollständig, nicht differenziert und will auch nicht kritisieren. Sie versucht vielmehr, vor Augen zu führen, wie unterschiedlich im Feld der Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik mitunter gedacht und empfunden wird.

Dass es innerhalb der Grünen fundamentale Unterschiede im politischen Selbstverständnis gibt, wundert nicht, wenn man nochmals überlegt, aus welcher unterschiedlichen Richtungen und Motivationen sich deren Gründer einst zusammengefunden haben. Da waren im Einzelnen erzkonservative Ökologen wie Herbert Gruhl oder Baldur Springmann (die ersten Bundesvorsitzenden), unbeirrbar Linksradikale wie Rainer Trampert und Thomas Ebermann (ebenfalls in führender Position), überzeugte Gesinnungsethiker und Pazifisten wie Petra Kelly, frustrierte Sozialdemokraten, denen die SPD unter Schmidt zu borniert war, Radikal-Liberale, die für die Rechte von Homosexuellen und gegen den § 218 kämpften usw. All diese Strömungen vereinigten sich rund um *die* Protest-Themen der achtziger Jahre und konnten wahrscheinlich nur gemeinsam zu der starken Kraft werden, die die Grünen wurden.

All diese „Geister“ begegnen uns bei den Grünen heute noch, wenn auch in anderer Gestalt, nämlich milder, erfahrener, abgeschliffener, oder auch in der Gestalt des Gegenteils, als Renegaten. Teilweise sind sie zu etwas Neuem verschmolzen, haben sich auf verschiedene Arten gekreuzt und vermehrt. Teilweise stehen sie sich aber auch bis heute feindlich gegenüber. „Verschmelzung“ meint hier das Entstehen von Positionen, in denen sich zwei Elemente als zusammengehörig kennen gelernt haben und gemeinsam eine neue Position ergeben: So etwa der Zusammenschluss von staatskeptischem, subsidiaritätsorientiertem Liberalismus und wertorientiertem Konservatismus, der bei den Grünen einmal „libertär“ genannt wurde. Oder die Verbindung von liberalem Individualismus und linker Gerechtigkeitsorientierung zu einer liberalen Linken bzw. linken Liberalen, die die Grundlage für Rot-Grün legte und in Joschka Fischer („Die Linke nach dem Sozialismus“) ihre stärkste Figur fand. Bei all diesen Verschmelzungen blieben aber Widersprüche, die sich nicht als Spannungsverhältnisse beschreiben und auch nicht als produktiv beschönigen lassen. Vielmehr stiften sie bis heute kognitive Dissonanzen und Verwirrung.

Auch die Ergebnisse der von Forsa für das Bundespresseamt zwischen dem 4.10.05 und dem 31.10.05 durchgeführte Umfrage zu den politischen Kompetenzen von SPD, Union und Grünen lassen sich als Indiz für die beschriebene Dissonanz heranziehen:

Umwelt- und Klimaschutz: SPD 8% / CDU/CSU 10% / B'90/Grüne 69%
 Stärkung des Verbraucherschutzes: SPD 24% / CDU/CSU 17% / B'90/Grüne 31%
 Förderung neuer Technologien: SPD 19% / CDU/CSU 36% / B'90/Grüne 14%
 Vertretung deutscher Interessen im Ausland: SPD 42% / CDU/CSU 28% / B'90/Grüne 9%
 Sicherung der Zukunft der Kinder und Familien: SPD 35% / CDU/CSU 31% / B'90/Grüne 6%
 Modernisierung des Gesundheitswesens: SPD 31% / CDU/CSU 28% / B'90/Grüne 5%
 Soziale Gerechtigkeit garantieren: SPD 45% / CDU/CSU 18% / B'90/Grüne 4%
 Gute schulische und berufliche Bildung sorgen: SPD 27% / CDU/CSU 40% / B'90/Grüne 4%
 Regelung der Zuwanderung von Ausländern: SPD 20% / CDU/CSU 48% / B'90/Grüne 4%
 Gerechte Verteilung der Steuerlast: SPD 35% / CDU/CSU 23% / B'90/Grüne 2%
 Langfristige Sicherung der Altersvorsorge: SPD 26% / CDU/CSU 28% / B'90/Grüne 2%
 Gewährleistung der inneren Sicherheit: SPD 34% / CDU/CSU 42% / B'90/Grüne 2%
 Bekämpfung der Arbeitslosigkeit: SPD 16% / CDU/CSU 41% / B'90/Grüne 1%
 Begrenzung der Staatsschulden: SPD 13% / CDU/CSU 40% / B'90/Grüne 1%
 Schaffung von Wirtschaftswachstum: SPD 18% / CDU/CSU 49% / B'90/Grüne 1%

Das ist zumindest als Indiz für die beschriebene Dissonanz zu werten. 69% Kompetenzzuschreibung in der Umweltpolitik, 31% in der Verbraucherpolitik, 2% bei einer gerechten Steuerpolitik, 1% bei der Arbeitslosigkeitsbekämpfung und 1% bei der Begrenzung der Staatsverschuldung.

4. Von Straßen und Überholspuren

Widersprüche treten in bestimmten Situationen deutlicher zu Tage als in anderen, zum Beispiel in der Opposition klarer als in der Regierung, weil die Bereitschaft zur Selbstdisziplin in der Opposition mangels Regierungsverantwortung niedrig ist. Dies führt dazu, dass die Protagonisten ihre Positionen offener darlegen und die Regierungs-Autosuggestion, das strategische Handeln sei deckungsgleich mit dem inhaltlich Gewollten, nachlässt. In einer solchen Situation sind die Grünen seit neuestem. Das Diskussionsklima wird offener, und damit kommt die Zeit zur Klärung und Neugewichtung.

Ein Bild: Die Grünen fahren unruhig im Mittelklasse-Wagen. Auf der Autobahn vor ihnen versperrt der schwarz-rote Laster die Fahrbahn. Man will überholen, hat auch die notwendigen PS, kann sich aber nicht einigen, ob man links oder rechts überholen soll. Zumal auf der rechten Seite die FDP die Straße mit ihrer 200PS-Dreckschleuder blockiert, auf der linken die PDS mit ihrer unkaputtbaren Rostbeule den Weg versperrt. Anstatt zu überholen, schert man also mal nach links aus, mal nach rechts, und landet immer wieder dahinter, zum eigenen Verdruss und zum Ärger der nachfolgenden Autofahrer.

Das Schräge an dem Bild: Die Autobahn hat in Wahrheit nicht drei Spuren, sondern mindestens 5. Mehr noch: Politik ist nicht zweidimensional, sondern ein Raum, Parteien also Flugzeuge. Das heißt, man kann nicht von zwei Seiten überholen, sondern auch oben, unten oder irgendwo auf den 360 Grad dazwischen. Und noch komplizierter: Der politische Raum lässt sich wahrscheinlich sinnvoll nur in mehr als 3 Dimensionen vorstellen, aber das würde das Bild vollends sprengen.

Richtig an dem Bild bleibt die banale aber wichtige Einsicht, dass man mit dem eigenen Gefährt *vorbei* muss. Was nicht geht, ist links *und* rechts vorbeifliegen, oben *und* unten. Was man tun kann, ist links-unten *oder* links-oben vorbeizufliegen,

rechts-unten *oder* rechts-oben vorbeizuziehen. Das heißt, man kann nur verträgliche Richtungen kombinieren, nicht aber entgegengesetzte.

Noch etwas an dem Bild ist schief: *Dass* man an dem Laster vorbei will, ist klar, aber kein Selbstzweck. Vielmehr will man vorbei, *weil* man bestimmte Güter in Form von Inhalten ins Ziel bringen will. Die Frage, *wie* man an dem bräsig-breiten Vordermann vorbei kommt, lässt sich also nicht unabhängig vom Transportgut beantworten. Es kommt zunächst darauf an, sich auf die Inhalte zu besinnen, die transportiert werden sollen. Danach fallen dann bestimmte Routen als zu holprig oder zu schmal raus. Und danach ist es dann auch unmöglich, zentrale Inhalte über Bord zu werfen, weil der ganze Zweck der Reise sonst sinnlos wäre.

5. Von Neoliberalen und Retro-Linken

Wenn es zuallererst auf die Inhalte ankommt, dann sind die inhaltlichen Varianten „neoliberal“ bzw. „neokonservativ“ und „traditionell links“, die hinter der Maskerade „schwarz-grün“ und „Rot-rot-grün“ Fasching spielen, für die grüne Orientierung nicht hilfreich.

Die CDU hat im Wahlkampf versucht, ein neoliberales Programm zu beschreiben. Insofern sollte man im vollen Ernst, zumindest der Union, dankbar sein, dass sie den Mut hatte, im Wahlkampf ein bestimmtes Richtungsangebot deutlich zu machen. Ein wichtiger Grund, warum Wahlkämpfe sinnvoll sind. Es ist konsequent und kein Zufall, wenn die Union die Steuerprogression abschaffen und die Kopfpauschale einführen will. Flat-Tax und Eigenvorsorge – ob man Geld hat oder nicht – sind konstitutive Elemente des angelsächsischen Modells, wie die politische Ökonomie schon lange zeigt.

Ebenso konsequent ist es, wenn die „Linkspartei“ die Europäische Verfassung ablehnt, den polnischen „Fremdarbeiter“ zum Feindbild der deutschen Arbeiterschaft erhebt und Reformen per se verdammt. Die „Linkspartei“ hat eine nationalistische, reformklamme und bewegungsstarre Linke beschrieben.

Zum inhaltlichen tritt ferner das strategische Argument: Immer, wenn die Grünen in eine dieser extremen Richtungen aufzubrechen suchen, sind die Gelben oder die Roten schon da. Dieses Rennen ist auch strategisch nicht zu gewinnen. Alter Spruch: *Da wählt man gleich das Original*. Andererseits ist nicht zu übersehen, dass Kräfte in unserer Partei in eine der beiden Richtungen ziehen, wie es besonders das Funkeln in manchen Augen zeigt, wenn über die eine oder andere Koalitionsvariante gesprochen wird. Eine *nüchterne* Öffnung in verschiedene Richtungen sieht anders aus. Hier fließt Herzblut, weil man gleichzeitig über Wirtschafts- und Gesellschaftsbilder spricht, und da sehen sich halt einige nah bei den Konservativen und manche nah bei den Linken traditioneller Couleur. Auf eine platte Richtungsentscheidung wird es bei den Grünen aber Gott sei Dank kaum hinauslaufen, da weder die Mitglieder noch die Wählerinnen und Wähler einen solchen Kurs mittragen würden.

6. Von einer Politik der Anordnung

Eine ernstzunehmender Option ist die Position, die man als Philosophie des „Und“ bezeichnen könnte. Vor dem Hintergrund von Parteienlandschaft und Kompetenzzuschreibungen gibt es die Versuchung, das ganze Gewicht auf die ökologischen Themen zu legen und in den anderen Bereiche Divergenzen mit Hilfe einer Philo-

sophie des „Zusammendenkens“, des „Sowohl als auch“ zu überbrücken. Diese Position ist auf den ersten Blick aus strategischen Gründen attraktiv, denn sie hält die unterschiedlichen Protagonisten beisammen und sorgt so für eine gewisse Ruhe. Weil dieses „Und“ ein offenkundige strategische Motivation hat, liegt es nahe, nach einer zusätzlichen inhaltlichen Rechtfertigung zu suchen. Worin könnte eine solche Philosophie des „Und“ liegen? Eine oft gehörte Antwort: „Wir wollen gerade keine Ideologie, sondern pragmatische Politik, die der Komplexität der modernen Welt gerecht wird. Wer nach einfachen Weltbildern sucht, soll in andere Parteien gehen.“ Sind die Grünen also die Schlaumeier der Nation? Das Problem ist nicht, dass das „Und“ falsch wäre, das Problem ist vielmehr, dass es unzureichend ist, weil es einfach nur nebeneinander stellt. Keine politische Weltanschauung in der Bundesrepublik würde bestreiten, dass all das so Aneinandergereihte wichtig ist. Der Konservative, der aus der Perspektive der Sicherheit denkt, hat seinen Begriff von Freiheit und Gerechtigkeit. Der Liberale, der aus der Sicht der Freiheit denkt, seinen von Gerechtigkeit und Sicherheit. Und der Linke, der aus der Sicht der Gerechtigkeit denkt, einen eigenen von Freiheit und Sicherheit. Bloß gehen diese Positionen *weiter*, indem sie diese Inhalte näher bestimmen und *zueinander in Beziehung setzen*, sie also in eine Anordnung bringen, und da gibt es bekanntlich viele Möglichkeiten.

Parteien haben per se nicht die Aufgabe, Partikularinteressen zu vertreten. Vielmehr geht es darum, unterschiedliche Interpretationen zu entwickeln und strittig zu stellen, wie eine gemeinsame, *verallgemeinerbare* Ordnung aussehen soll. Natürlich vermischen sich in der politischen Praxis Verallgemeinerung und Interessen – teilweise ganz unvermeidlich, teilweise bis ins Unerträgliche. Aber dennoch würde wohl jede Partei für sich in Anspruch nehmen, eine verallgemeinerbare Antwort zu geben. Parteien organisieren also den *Streit ums Gemeinwohl*. Es wäre deshalb fragwürdig, wenn Grüne versuchten, den Begriff des Gemeinwohls exklusiv zu reklamieren, während die anderen aus einer solchen Perspektive bloße Interessenspolitik betrieben. Zum einen haben die Grünen auch nur eine von mehreren möglichen Definitionen des Gemeinwohls anzubieten und sollten sich diesem Streit stellen, anstatt ihm durch die Behauptung eines Monopols begriffsstrategisch auszuweichen. Zum zweiten setzt eine sinnvolle Definition des Gemeinwohls die Kenntnis unterschiedlicher Interessen in einer Gesellschaft voraus. Interessen und Interessensartikulation sind nichts per se Böses, auch Lobbies nicht. Ihre Öffentlichkeit und ihre Organisation sind vielmehr eine unverzichtbare Vorstufe bei der Herstellung einer gerechten Ordnung, die man als „Gemeinwohl“ übersetzen könnte.

Für Klarheit und Unterscheidung jedenfalls hilft das „Und“ nur bedingt. Im grünen Grundsatzprogramm steht geschrieben: *„Wir haben als Partei der Ökologie linke Traditionen aufgenommen, wertkonservative und auch solche des Rechtsstaatsliberalismus.“* Im Wahlprogramm 2005 ist nachzulesen: *„Als die moderne, werteorientierte und emanzipative Kraft, die links und freiheitlich und wertkonservativ ist, geht es uns darum, den Gerechtigkeitshorizont zu erweitern und für die Ausgeschlossenen und Verunsicherten Partei zu ergreifen.“* Und im Beschluss vom Oldenburger Parteitag heißt es dann: *„Wir wollen mit unseren Inhalten in alle Richtungen wirken, in das linke Lager ebenso wie in das so genannte bürgerliche Lager. Wir können das, weil wir als GRÜNE die moderne, werteorientierte und emanzipative Kraft sind, die links, freiheitlich und solidarisch ist.“* Und schließlich, auch im Oldenburger Beschluss: *„Als Opposition wollen wir auch die Regierung stoßen, schieben und hinter uns herziehen in Richtung gesellschaftlich notwen-*

diger Reformen.“ Es darf zumindest bezweifelt werden, dass die vorangegangenen Beschreibungen dazu wirklich taugen.

Dabei hilft auch die vielbeschworene „Mitte“ nicht weiter. Eine Möglichkeit, das „Und“ in ein Programm umzuwandeln ist, könnte man ja in dem Gedanken der Balance – also der „Mitte“ – vermuten, denn Balance lässt sich bekanntlich nur in der Mitte herstellen. Die Berge von Literatur, etwa zur Mesotes-Lehre von Aristoteles, zeigen aber am Ende: Eine sinnvolle Interpretation der Mitte ist weitaus komplizierter, als es scheint. Weder ist damit die geometrische Mitte gemeint, also irgendetwas Ausrechenbares, noch eine wie auch immer geartete Mitte-Lage in der Gesellschaft. Die Suggestivkraft der „Mitte“ ist also beim genauen Hinsehen dahin. Vielmehr bleibt einem nichts anderes übrig, als die „Mitte“ irgendwie als das „Vernünftige“, das „Gerechte“ oder ähnliches zu übersetzen. Damit aber ist man nicht viel schlauer als zuvor.

Es geht also grundsätzlich um Anordnung und die konkurrierenden Anordnungsvorschläge aller Parteien. Bei einer solchen Anordnung ist das bloße „Und“ wahrscheinlich die aussageschwächste und damit auch konturloseste Antwort. In Wahrheit gibt es Unter- und Überordnungen, Spannungsverhältnisse, Konkretisierungen, Definitionen, Zielkonflikte, Mittel, Zwecke und weitere sinnvolle Kategorien, die aus dem konturlosen „Und“ eine präzisierte Aussage formen.

7. Von Anordnungen der Gerechtigkeit und der Selbstbestimmung

Wie ließe sich eine für die Grünen erforderliche Anordnung genauer beschreiben? Allgemein kann gesagt werden: Gerechtigkeit ist ein Grundsatz, Selbstbestimmung ist ein Wert, Demokratie ein Verfahren und Ökologie zunächst einmal der bloße, wenn auch wichtige Verweis auf die empirischen Zusammenhänge der Natur. Aus grüner Perspektive lässt sich als erste Präzisierung sagen: Gerechtigkeit ist *der* Grundsatz, Selbstbestimmung ist *der* Wert, Demokratie *das* Verfahren und Ökologie *der* Verweis auf die Faktizität natürlicher Grenzen.

Jetzt etwas konkreter: Im Zentrum grüner Politik stehen *Freiheit* und *Selbstbestimmung*. Das ist es, worum es für die Einzelnen letztlich geht. Nicht nur theoretische Freiheit, sondern faktische, nicht nur die, unter Brücken zu schlafen, sondern die Freiheit der tatsächlichen Wahl. Deshalb haben die Grünen auch ein besonderes Verhältnis zu Kunst und Kultur. Deshalb begrüßen sie Pluralismus und Differenz – nicht als Selbstzweck, wie es uns Ethnozentristen und Biologisten weiß machen wollen, sondern dort, wo sie als Freiheit ureigener Ausdruck des *Besonderen* des Menschen sind.

Hinzu kommt ein Zweites: Grüne Politik will Selbstbestimmung für alle, weil wir unsere eigene Freiheit auch im Anderen erkennen. Deshalb verteidigt sie in dieser Hinsicht einen Gedanken, der völlig aus der Mode gekommen scheint: *Gleichheit*. Nicht verstanden als Gütergleichheit, sondern verstanden als gleiche reale Verwirklichungschancen, verkürzt gesagt: *Gleiche Freiheit*. Diesen Grundsatz, diese Utopie sollten wir uns nicht nehmen lassen, auch wenn klar ist, dass sie sich nicht vollständig realisieren lässt. Deshalb heißt sie ja Utopie: Ohne Ort, Nirgendwo. Man kann den Grundsatz auch etwas bescheidener als „regulatives Ideal“ beschreiben.

Um bestimmte Punkte, die uns wichtig sind, zum Ausdruck bringen zu können, nennen wir die Grundanordnung *Gerechtigkeit*. Etwa um deutlich zu machen, dass

wir nicht den sozialistischen Gleichheitsgedanken bezogen auf Güter und Eigentum meinen. Es gibt weitere Gründe, es Gerechtigkeit zu nennen. Denn Gerechtigkeit kann auch auf Güterebene Ungleichheit verlangen und bezieht neue Gesichtspunkte ein, die mit dem klassischen Gleichheitsdiskurs nicht verbunden sind. Deshalb: Erweiterte Gerechtigkeit. Gerechtigkeit ist so verstanden kein Wert unter vielen, er ist *der* Grundsatz, wie Rainer Forst zurecht beschreibt, weil er schon eine bestimmte *Ordnung* der Freiheit vorschlägt, die Freiheit der Individuen *zueinander in Relation setzt*. Damit sind wir wieder bei der Anordnung. Gerechtigkeit ist also nichts, was man mit anderem lässig über ein „Und“ verbinden kann. Gerechtigkeit ist vielmehr eine notwendige Konkretisierung des „Und“ selbst. Das macht auch auf der politischen Marketing-Ebene einen entscheidenden Unterschied: „Gerechtigkeit und Selbstbestimmung“ oder „Gerechtigkeit *braucht* Selbstbestimmung“ / „Sicherheit und Wandel“ oder „Sicherheit *durch* Wandel“ / „Gerechtigkeit und Ökologie“ oder „Gerechtigkeit *durch* ökologische Verantwortung“. Dafür ließen sich viele Beispiele benennen. Natürlich sind Slogans mit drei Wörtern immer falsch, aber man kann zumindest deutlich machen, ob dahinter eine Vorstellung von Anordnung steht.

Wir glauben sodann, dass *Demokratie* das elementare und das alleinige Verfahren ist, durch das sich die Selbstbestimmungsansprüche der Einzelnen in eine Gerechtigkeitsordnung zusammenfügen lassen. Auch wenn sich Gerechtigkeit nicht auf prozedurale Bestimmungen reduzieren lässt, so ist Demokratie doch das grundlegende Verfahren, wenn wir über Gerechtigkeit als Freiheitsordnung sprechen. Denn wenn wir darüber verhandeln, was eine gerechte Güterverteilung im Einzelnen bedeutet, kommt es darauf an, dass alle im Spiel sind und die Spielregeln mit gestalten können. Partizipation als fundamentale Voraussetzung von Gerechtigkeit meint dabei nicht nur die politische Stellung der Individuen im engeren Sinne, es meint auch die sozioökonomische Stellung, die die Partizipationsmacht mitbestimmt. Es steht den Grünen vor dem Hintergrund von wachsenden Nichtwählerzahlen gut an, die Demokratiefrage als Gerechtigkeitsfrage stärker zu betonen. Den Fokus dieser Debatte sollte dabei die Ausrichtung und der Neuentwurf der politischen und weiteren öffentlichen Institutionen bilden. Hier ist der Ort, an dem rechtsstaatlicher und demokratischer Interessenausgleich stattfindet. Die herausragende Bedeutung von politischen und weiteren öffentlichen Institutionen für eine Demokratie schwächt keineswegs die Erforderlichkeit einer lebendigen Gesellschaft und gesellschaftlichen Engagements nicht. Sie setzt diese vielmehr voraus. Darüber darf jedoch nicht vergessen werden, dass die staatlichen Institutionen, vom Ortsbeirat bis zum Deutschen Bundestag, von den Rathäusern bis zur Bundesregierung, von den Amtsgerichten bis zum Bundesverfassungsgericht, aber auch von der Schule bis zum Arbeitsamt, die gesellschaftlichen Orte sind, an denen der Ausgleich von Interessen stattfindet. Dabei kommt es in Anbetracht des Verlusts an nationalstaatlicher Gestaltungsmacht immer stärker darauf an, Institutionen jenseits der Nationalstaaten in den parteipolitischen Anordnungsprozess mit einzubeziehen. Das betrifft insbesondere die Europäische Union und die Vereinten Nationen.

Die *Ökologie* als Blick auf die Naturzusammenhänge steht schließlich gleichwohl im Zentrum der Gerechtigkeitsfrage, weil hier faktisch eine der größten Gefahren für die gerechten Verwirklichungschancen der Menschen, ja für die Selbstbestimmung überhaupt liegen. Wir sind der Auffassung, dass es nicht nur inhaltlich rich-

tig ist, sondern strategisch sinnvoll, Ökologie in diesem Sinn *als soziale Frage* zu thematisieren. Indem wir die Brücke von der Ökologie zu Freiheit und Gerechtigkeit schlagen, anstatt beide Aspekte mit einem bloßen „Und“ stumm nebeneinander zu stellen, wird die Bedeutung der ökologischen Frage viel mehr Menschen verständlich. Natürlich bleiben auch hier Spannungsverhältnisse, aber diese sind genauer beschrieben, denn es geht eben nicht um „Freiheit versus Ökologie“, sondern zum Beispiel um die kleine Freiheit von heute versus die große Freiheit von morgen, bedingt durch die ökologische Situation. Die hier beschriebene Anordnung lässt sich als Grundorientierung einer erneuerten, freiheitsorientierten und ökologischen Linken beschreiben – im Bewusstsein der Schwierigkeiten dieser Begrifflichkeit, aber unter anderem um den Ausbruch aus der Illusion des „Und“ bzw. der „Mitte“ deutlich zu machen. Die möglichst genaue Beschreibung des Zusammenhangs zwischen Selbstbestimmung und Gerechtigkeit, die partizipativen Aspekte eines gerechten Verfahrens und die Bedeutung der Ökologie dafür ergeben einen Standpunkt, von dem aus der Blick auf alles Weitere erfolgen kann. Von einer *doppelten Zumutung* kann hierbei gesprochen werden, weil es die Modernisierer drastisch auf vergessene Maßstäbe und Ziele hinweist und die „traditionelle Linke“ unter einen erheblichen Modernisierungsdruck setzt. Soviel Grundsätzliches sollte sein, wenn man zum Konkreteren kommen will. Schließlich will man den Wald noch sehen bei all den Bäumen.

8. Von kalter und solidarischer Modernisierung

Mit Blick auf die aktuelle Debatte um die Sozial-, Wirtschafts- und Finanzpolitik ist vorneweg festzuhalten, dass die gängige Beschreibung einer Alternative zwischen Modernisierung und linker Besitzstandswahrung falsch ist, weil sie die entscheidende dritte Variante unter den Tisch fallen lässt. Aus der Perspektive von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung werden *zwei sehr unterschiedliche Wege der Modernisierung* deutlich: Einer mit dem Ziel der Gerechtigkeit, man kann ihn „Solidarische Modernisierung“ nennen, und einer mit dem unausgesprochenen Ziel der Besitzstandswahrung oben, wir nennen das „neoliberale, kalte Modernisierung“. Der Neoliberalismus hat uns glaubhaft machen wollen, es gebe *nur eine* Modernisierung, und diese müsse zwingend die Melodie der „Deregulierung und Steuerentlastung“ singen. Die „traditionelle Linke“ hat diese falsche Dichotomie ihrerseits verstärkt, in dem sie jede Modernisierung als „neoliberal“ gebrandmarkt hat. „Reform“ war dort per se ein Unwort, ohne die Notwendigkeit von Reformen gerade aus Gerechtigkeitsperspektive auch nur im Geringsten anzuerkennen.

Die Debatte zur Zukunft des Sozialstaats in der politischen Ökonomie zeigt aber immer deutlicher: Es gibt (mindestens) *zwei Ansätze für Modernisierung*. Zwei zentrale Stichworte dafür sind *skandinavisches Modell* und *angelsächsisches Modell*. Wer sich diese Modelle verdeutlicht, erkennt die klaren Unterschiede der Reformperspektiven. Diese all jenen zu vermitteln, die meinen, nur zwischen plumpen Modernisierern und Nicht-Modernisierern entscheiden zu müssen, ist ein erstes zwingendes Ziel.

9. Von erneuerter Linker und skandinavischem Modell

Aus der beschriebenen Sicht ist das so genannte *skandinavische Modell* in zentralen Punkten ein Impulsgeber für eine erneuerte, freiheitsorientierte und ökologische

Politik. Hier lässt sich viel finden und weiterentwickeln, hier ist viel konkretisiert und auch gesellschaftlich erprobt.

Es geht dabei keineswegs darum, das skandinavische Modell zu überhöhen oder gar zu glorifizieren. Nicht jeder Ansatz dieses Modells ist für unser System attraktiv, nicht jeder übertragbar. Entscheidend aber ist, dass dort einige zentrale Elemente richtig angeordnet sind. Es geht auch nicht um die Behauptung, die Bundesrepublik bzw. die kontinentaleuropäischen Staaten sollten das skandinavische Modell einfach blind übernehmen. Als gebe es einen Schalter, den man einfach umstellen könnte. Selbstverständlich hat jedes Land eine eigene gewachsene Struktur und eine eigene Sozialstaatstradition. Gesellschaftspolitische Modelle sind nicht einfach austauschbar. Schließlich unterscheiden sich auch die Sozialstaatsmodelle in den skandinavischen Ländern erheblich. Dänemark hat ganz andere Lösungen entwickelt als Schweden und Schweden wiederum andere als Norwegen. Es kommt deshalb darauf an, genau hinzuschauen und zu differenzieren.

Zudem lassen sich auch im angelsächsischen Modell emanzipatorische Elemente finden, die gegenüber einigen allzu paternalistischen Momenten in skandinavischen Modellen vorzugswürdig sind. Letztlich geht es darum, dass wir uns an bestimmte zentrale Elemente annähern, weil in diesen die Orientierung an Gerechtigkeit und Selbstbestimmung die notwendige Konkretisierung erfährt. Im Kern geht es um ein neues Arrangement, das öffentliche Güter, Steuer- sowie Sozialtransfers und Dienstleistungsgesellschaft produktiv verbindet und so eine strukturelle Antwort auf das Grundproblem der soziale Ausgrenzung und damit auch der Massenarbeitslosigkeit in Deutschland und Europa gibt.

Natürlich ist der skandinavische Sozialstaat auch *kein* Modell, sondern eine – in vielen Punkten kontingente – Praxis. Gleiches gilt für den kontinentaleuropäischen und den angelsächsischen Sozialstaat. Ein „Modell“ entsteht erst durch den Versuch einer Abstraktion, die erforderlich ist, um Dinge begreifen und dann übertragen zu können.

Wir sehen, wie im globalen Kapitalismus die soziale Kluft immer größer wird. Der Riss liegt nicht mehr nur zwischen den Ländern, sondern verlagert sich daneben *in* die Länder. Wir sehen, wie unter diesen Bedingungen die soziale Grundversicherung erodiert und die öffentlichen Güter vor die Hunde gehen. Wir sehen eine kontinentaleuropäische Massenarbeitslosigkeit, mit all ihrer individuellen und gesellschaftlichen Destruktionskraft. Wir sehen gigantisch anwachsende Schuldenberge und sich vertiefende gesellschaftliche Gräben.

Die neoliberale Antwort auf diese brennenden Probleme lautet Wachstum, das über Schaffung und Vertiefung extremer Ungerechtigkeit – insbesondere eine stark wachsende Zahl von *working poor* – generiert werden soll. Diese kontinentaleuropäische Praxis und das dahinter stehende Modell verspricht viel und hält wenig. Welchen Weg sollen Kontinentaleuropa und Deutschland also einschlagen? Was können wir vom skandinavischen Modell lernen, was übernehmen?

Erstens: Die Bundesrepublik braucht hohe Steuereinnahmen, denn sonst kann sie die Lohnnebenkosten nicht senken, nicht in öffentliche Güter investieren und schon gar nicht den Schuldenberg abschmelzen. Dafür muss sie Steuerschlupflöcher schließen, Steuerflucht bekämpfen, aber auch auf intelligente Weise die Steuern erhöhen. Hören wir also nicht auf die Steuersenkungs-Arien der Neoliberalen. Aber überlegen wir uns ein Steuermodell, durch das wir bewirken, was wir

erreichen wollen, nämlich höhere Realerträge und mehr qualitative Arbeit. Deshalb müssen wir verhindern, dass höhere Steuern die Steuerflucht dramatisch erhöhen und dass über Steuern der Faktor Arbeit wieder verteuert wird. Hohe Unternehmenssteuern fallen deshalb aus. Schwierig ist auch eine hohe Mehrwertsteuer, denn die haut auf die Konjunktur und erfasst vor allem den Dienstleistungsbereich, den wir ja gerade fördern wollen. Sinnvoll ist vielmehr die Erhöhung der privaten Einkommenssteuer in der Spitze. Dabei müssen – anders als in Skandinavien – auch die privaten Kapitalerträge einbezogen werden und nicht nur die gefährdeten Arbeitseinkommen. Das Steueraufkommen daraus sollte gezielt an die öffentlichen Güter und an die Lohnnebenkosten zurückgegeben werden. Wenn es stimmt, dass eine Millionärssteuer zwar gut wäre, aber das Volumen nicht bringt, dann muss das Geld auch aus der gehobenen Mittelschicht kommen. Keine solidarische Modernisierung ohne den Beitrag der gehobenen Mittelschicht.

Zweitens: Die Bundesrepublik muss einen qualitativ hochwertigen Dienstleistungssektor aufbauen, und zwar in den Bereichen von Bildung, Gesundheit, Freizeit, Mobilität sowie Infrastruktur. Hier liegt die Bundesrepublik im europäischen Vergleich weit zurück. Die eigentliche Bedeutung des Begriffs der Dienstleistung muss hier erweitert werden, denn es geht um gesellschaftliche Bereiche, die erst die Grundlagen für ein gelungenes Leben schaffen. Hier geht es also um keine „einfachen“ Dienstleistungen, sondern um die Frage von neuen oder neu erkannten gesellschaftlichen Bedürfnissen und Potentialen. Es geht um Wissen, um Kommunikation, um Hilfe, um Zuwendung, um Kinder und Alte. Hier muss investiert werden. Die Länder, in denen die Beschäftigungsquoten erheblich höher liegen als in Deutschland, haben ihre Erfolge durchweg in diesen Bereichen erzielt, die dem internationalen Wettbewerb weniger ausgesetzt sind. Dazu gehören das Gesundheitswesen einschließlich der Pflege- und Betreuungsdienste, Bildung und Weiterbildung, Unterhaltung, Freizeit, Sport und Tourismus, Instandhaltung und Instandsetzung, Einzelhandel, Restaurants, Hotels und so fort. Im Wesentlichen geht es also um personenbezogene, soziale Dienstleistungen, die lokal konsumiert und lokal erbracht werden. In den beschäftigungspolitisch besonders erfolgreichen Ländern verdankt dieser Bereich sein dynamisches Wachstum der Transformation unbezahlter Haus- und Familienarbeit in bezahlte Erwerbsarbeit. Sie ermöglicht hochqualifizierten Frauen die Verbindung von Mutterschaft und anspruchsvoller Berufstätigkeit und erzeugt zugleich die Nachfrage nach einfachen Dienstleistungen zu ihrer Entlastung und Unterstützung. In den skandinavischen Ländern ist diese Transformation in erster Linie durch eine Expansion öffentlicher Dienste erreicht worden. Auch daraus sollte die Bundesrepublik lernen, denn auf diese Weise werden qualitative Dienstleistungen für alle zugänglich, und nicht nur für die, die es sich leisten können. Der Grundgedanke ist faszinierend und überzeugend: Wir entfesseln den unterentwickelten Sektor qualitativer Dienstleistungen, indem wir ihn über eine starke Steuerfinanzierung in der öffentlichen Sphäre halten – und sind dadurch gleichzeitig in der Lage, soziale Exklusion zu vermeiden und die Qualität etwa von Gesundheit, Bildung oder Erziehung hochzuhalten. Wenn wir Steuereinnahmen in Dienstleistungen wie Bildung und Betreuung „auszahlen“, dann bedeutet das zum einen eine höhere Qualität der Grundsicherung im Bedarfsfall, zum anderen aber auch, dass deren monetäre Auszahlung kaum über der Sozialhilfe liegen kann.

Drittens: Bei der Schule haben die skandinavischen Länder gezeigt, wie alle profitieren können. Das Schulsystem zeichnet sich durch einen sehr viel höheren Lehrerschlüssel und bessere Lehrerqualifikationen aus sowie durch längeres gemeinsames Lernen der Schüler und individuelle Förderung. Die Bundesrepublik versperrt sich schon viel zu lange diesem zwingenden Paradigmenwechsel.

Viertens: Ein relevanter Anteil der Mehreinnahmen muss auf die Entlastung der Lohnnebenkosten verwendet werden. Und zwar nicht zur pauschalen Entlastung aller Einkommen, sondern zur Entlastung der unteren Einkommen, denn hier sind die qualitativen Dienstleistungen blockiert. Die Entlastung von Arbeitnehmerbeiträgen insbesondere in den unteren Lohngruppen käme der Inlandsnachfrage zugute, während die Senkung der Arbeitskosten bei den preisempfindlichen Dienstleistungen besonders hohe Beschäftigungseffekte erwarten lässt.

Fünftens: In Skandinavien sind die Löhne niedriger, dafür ist die Arbeit auf mehr Schultern verteilt. Arbeitszeit wird flexibler gehandhabt, mit Auszeiten, Job-Rotation etc., weil es einen großen Bedarf nach Arbeit gibt, aber auch einen großen Bedarf nach weniger Arbeit und mehr Zeit für Familie und Freizeit. „Arbeitszeitverkürzung bei Lohnverzicht“ war einst sogar eine Forderung von Lafontaine, als der offenkundig noch klare Momente hatte. Eine offene Debatte über neue Arbeitszeitmodelle ist überfällig.

Sechstens: Aus dieser Perspektive braucht die Bundesrepublik *mehr* von einer bestimmten Staatlichkeit im Sinne funktionierender öffentlicher Institutionen und nicht weniger. Mehr Staat für ein effektives Steuersystem, mehr Staat für öffentliche Güter, mehr Staat für soziale Grundsicherung. Kurzum: Mehr Staat für mehr Freiheit. Diesen positiven Zusammenhang gibt es. Er bedeutet natürlich in gewisser Hinsicht auch weniger Staat. Wichtig wäre in diesem Zusammenhang, eine Debatte nicht über den Rückbau des Staates und damit der institutionellen Demokratie zu führen, sondern darüber, auf welche Art und Weise Staat agiert und versucht, Legitimation herzustellen und seine Ziele zu verwirklichen. Dazu gehört auch eine grundlegende Diskussion über die Effekte von Markt und gesellschaftlicher Autonomie, und darüber, inwieweit sich demokratische Institutionen bestimmte Effekte zu Nutzen machen können. Der Staat ist kein Auslaufmodell und die *Institutionen-Frage* von wachsender Bedeutung. Viel wird davon abhängen, ob es uns gelingt, vorhandene Institutionen weiter zu entwickeln, zu erneuern und zu stärken. Dabei gilt: Je größer der Radius der Betroffenen im Zuge von internationaler und generationenübergreifender Perspektive ist, desto *wichtiger* werden Institutionen, wenn wir Demokratie und Gerechtigkeit als Grundgedanken durchhalten wollen.

Noch viele Ausführungen wären an dieser Stelle notwendig: Vom Sozialstaat im Globalisierungszeitalter, vom Zusammenhang zwischen Verteilung und Teilhabe, von der Klimazerstörung und der Energiefrage, von der Einbeziehung von Einkommen aus Nicht-Arbeit, sozialer Ausgrenzung und neuer Armut, von Infrastrukturwandel und schrumpfenden Städten, von Globalisierung, Postindustrialismus, Wissen, Individualisierung, demographischem Wandel, Erbschaftssteuer, Bildungsgerechtigkeit, Wachstum, Europäischer Sozialpolitik, Gerechtigkeit und Sicherheit und vielem mehr. Über eine solche oder eine vergleichbare Aufladung wäre eine „erneuerte Linke“ kein Beitrag zur müßigen Selbstbespiegelung „der“ Linken und auch kein Beitrag zur unerträglichen Selbstbeweihräucherung, sondern ein *Angebot an die Gesellschaft*.

10. Von eigenen Texten und Melodien

Die Wahlanalyse einer „linken Mehrheit“ in Deutschland mag zwar zutreffen, hilft aber in keiner Weise weiter. Es zeigt nur, wie unbrauchbar die Linke *in Teilen* ist. Wenn es stimmt, dass die Linke Veränderungselan braucht, vom skandinavischen Modell lernen muss, statt es zu ignorieren, die Ökologie einbeziehen muss, statt sie vor der Tür zu lassen, die Grenzen öffnen muss, statt Nationalismus zu hegen, dann fällt ein erheblicher Teil der Linken als politische Partner aus. Namentlich: die „Linkspartei“. Aus Sicht einer erneuerten, freiheitsorientierten und ökologischen Linken ist die Linkspartei bestenfalls so attraktiv wie CDU/CSU. Kämpfen müssen wir um die Mehrheit für die Politik einer solidarischen Modernisierung. Und diese Mehrheit gibt es im Moment nicht.

Wer diesen Ansatz bewusst missverstehen und schlecht machen will, kann natürlich behaupten, es ginge uns um „die“ Linke oder um „linke Politik“ per se. Nichts liegt aber ferner. Es geht vielmehr um jene Teilmenge in der Gesellschaft, die Gerechtigkeit auf Freiheit bezieht, die Selbstbestimmung und Emanzipation will, die lebendige Demokratie, eine lebendige, plurale Gesellschaft, Bürgerrechte und Rechtsstaat will, und die den Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Agenda ganz oben hat. Es wäre absurd, all das „der“ Linken zuzuschreiben, nach Lenin und Stalin, Polpot und Mao, Ulbricht und Honecker. Auf der anderen Seite ist es nach wie vor so, dass der Gedanke gleicher Achtung, sozialer Gerechtigkeit und der Chance zur Freiheitsverwirklichung von den Bürgerinnen und Bürgern noch am ehesten unter das Dach dieses Begriffs sortiert wird, auch wenn es reinregnet. Solange diese Zuordnung so läuft und die begriffsstrategische Alternative dazu Schweigen ist, kommen wir nicht umhin, uns auf diesen Begriff möglichst differenziert zu beziehen. Den Wohnort muss man dann auch aussprechen, am besten unter Angabe des genauen Appartements.

Aus inhaltlicher Sicht ist der nächste Nachbar der Grünen die SPD. Eine Liebesbeziehung ist aufgrund erheblicher Differenzen ausgeschlossen. Ob es aber zur Wohngemeinschaft in einer Koalition kommt, hängt auch von der Frage ab, ob man einen gemeinsamen Mietvertrag bekommt, ob die Mietpreise stimmen und ob das Klima erträglich ist. Koalitionen sind übrigens immer nur zur Miete und im Moment fehlt es schon am Mietvertrag, weil keine gemeinsame Mehrheit vorhanden ist. Aus strategischer Sicht können je nach Lage auch andere, unleidigere Mitmieter in Betracht kommen. Das nennt man dann „Zweck-WG“ und kommt nur in Frage, wenn die Vorteile eindeutig überwiegen – im Moment auf Bundesebene also gar nicht, weil die Preise vollkommen versalzen sind und jeweils die halbe grüne Familie ausziehen würde. Krach gibt's in einer WG übrigens immer und zwangsläufig. Ob es nicht besser ist, unter Brücken zu schlafen, als Westerwelle in die Wohnung zu lassen, ist dagegen eine mehr als berechtigte Frage.

Der vorstehend umrissene grüne Weg ist ausdrücklich *nicht* Vorschlag zur „Neuerfindung“ der Partei. Weder ist es so, dass die Grünen sich derzeit auf das Profil einer freiheitsorientierten und ökologischen, kurz: erneuerten Linken verständigt haben. Noch lässt sich das „erfinden“. Als sollte und könnte man den Schalter einfach umstellen. Vielmehr geht es uns um einen *Prozess*, der versucht, die Menschen mitzunehmen, der die Anknüpfungspunkte in ihnen selbst sucht, der bestimmte Traditionslinien verstärkt und andere abschwächt, der das Ganze als diskursive Bewegung gestaltet und gleichzeitig ein Ziel vor Augen hat und sichtbar vertritt.

Die vorgeschlagene Ausrichtung ist keine Absage an Strömungen und Allianzen, denn nur wenn sich die beschriebenen inhaltlichen Grundoptionen in Strömungen niederschlagen, kann es zu einem Klärungsprozess kommen. Diese Sicht erteilt jedoch dem Flügel-Gedanken, so wie wir ihn seit zwei Jahrzehnten kennen, eine Absage, weil er nicht in der Lage ist, die entscheidenden programmatischen Unterschiede angemessen zu erfassen. Die realen Flügel muten mitunter an, als würde man die Weltlage heute immer noch als Ost-West-Konflikt analysieren. Die Veteranen sitzen ordenbehangen am Tisch und erzählen sich Geschichten vom Krieg. Das heißt übrigens nicht, dass diese Flügel falsch waren. Heute aber tragen sie inhaltlich nicht mehr. Die Flügel-Metapher ist ohnehin unpassend. Denn Flügel gibt es in der Regel nur zwei, und als Metapher haben sie damit eine dichotomische Struktur. Diese Darstellung wäre aber mit Blick auf die Realität programmatisch relevanter Grundpositionen eine grobe Verkürzung. Wenn es stimmt, dass einer modernen Linken Linkstraditionalismus genauso fremd ist wie Neokonservatismus oder pures Modernisierertum, dann haben wir auf jeden Fall vier Flügel. Von den Zentristen ganz abgesehen. Da aber kein Vogel vier Flügel hat, sollte man die Flügel-Metapher in den Köpfen zurückdrängen. Wenn man sagt, die Grünen brauchen neue, inhaltssadäquate Strömungen, Zusammenhänge und Formationen, dann sollte damit auch nicht ein Monstrum mit 10 Flügeln gemeint sein, sondern einer verträgliche Anzahl, die die entscheidenden Grundorientierungen widerspiegelt.

Wenn wir also sagen, man sollte die Verstärker hochdrehen, vielleicht noch ein Wort zu „Live-Rock 'n Roll“ und der „Playback-Generation“: Rock'n'Roll, das klingt nach wie vor gut. Aber ist Rockismus wirklich eine ernsthafte Empfehlung, nach all den Debatten um den Club, wo nicht einer schwitzt, sondern alle, wo nicht einer auf der Bühne steht, sondern alle? Die Jungen müssen ihre eigenen Texte singen, auf eigenen Instrumenten spielen. Und sie sollten die Bühne tiefer legen und mehr Leute auf die Bühne holen. So plug in! Get on the stage! And play it loud!

Peter Siller, Ramona Pop, Tarek Al-Wazir, Klaus Müller, Grietje Bettin, Kai Gehring, Anna Lührmann, Manuela Rottmann, Sarah Sorge, Konstantin von Notz, Kerstin Andreae, Bastian Bergerhoff, Sebastian Bukow, Andreas Bühler, Olaf Bursian, Olaf Cunitz, Reiner Daams, Oliver Dalichow, Frieder Dittmar, Marek Dutschke, Christoph Egle, Anke Erdmann, David Fiedler, Jan Fries, Jan Fuhse, Ulrike Gauderer, Anna Godzik, Sabine Groß, Johannes Grün, Katja Günter, Robert Habeck, David Handwerker, Michael Hebenstreit, Nicole Hohmann, Daniel Holefleisch, Felix Holefleisch, Malte Hübner, Katja Husen, Dieter Janecek, Arndt Klocke, Rolf Lange, Aram Lintzel, Bene Lux, Volker Meisinger-Persch, Christian Neuner-Duttenhofer, Ralph Obermauer, Boris Palmer, Tim Rusche, Michael Schäfer, Michael Scharfschwerdt, Stephan Schilling, Gregor Simon, Malte Spitz, Mathias Wagner, Wulfila Walter, Christian Weiss, Nike Wessel, Stefanie Wolpert u.a.

Anstiftung zur Bildungsrevolution

Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft

Anstiftung zur Bildungsrevolution

Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft

Inhalt

1. Gerechtigkeit – Die Bildungsinstitutionen neu denken
2. Bestandsaufnahme – Bildungsarmut ist vererbbar
3. Inklusion – Starker Start für alle Kinder
4. Kindergarten – Qualität von Anfang an
5. Schule – Integrativ, individuell und selbstständig
6. Hochschule – Offen, innovativ und selbstständig
7. Ausbildung – Chancengerecht und flexibel
8. Lernen – Heute und morgen
9. Finanzierung – Umsteuern für Bildung
10. Föderalismus – Bund und Länder für Bildung

Fazit: Anstiftung zur Bildungsrevolution – 14 Thesen

„Alter Mann liebt Frieden
Junge Frau liebt Tanz
Und ein Junge fegt den Flur weil er das am besten
kann
Seine Hände greifen nach einem Blatt Papier
Und er liest im Ausguss dann was er verpassen
wird
Wollen wir das?
Wollen wir das?“
Beatsteaks/Turbostaat, *Frieda und die Bomben*

Anstiftung zur Bildungsrevolution Gerechtigkeit und Selbstbestimmung in der Wissensgesellschaft

Ogleich die Forderung nach „mehr Bildung“ inzwischen zum Gemeinplatz geworden ist, warten wir bis heute vergeblich auf die dafür erforderliche breit und engagiert geführte öffentliche Debatte um die bildungspolitische Zukunft in Deutschland. Wenn wir hier von der Notwendigkeit einer Bildungsrevolution sprechen, meinen wir nicht nur die Dringlichkeit eines grundlegenden Wandels der Bildungsinstitutionen, sondern auch die einer Überwindung der Lethargie gegenüber einem Thema, in dem sich entscheidet, ob ein Leben in Gerechtigkeit und Selbstbestimmung möglich ist oder nicht. Die sozialen Krisensymptome unserer Zeit – soziale Ausgrenzung, prekäre Lebenslagen, Armut und Abstiegsängste – lassen sich nur überwinden, wenn wir in der Bildungspolitik zu neuen Antworten kommen. Neben „Arbeit“ ist „Bildung“ der zweite große Indikator für die Chancen eines Menschen in unserer Gesellschaft. Deshalb müssen wir uns an dieser Stelle den Kopf zerbrechen, hier konzeptionelle Energie, Leidenschaft und Fantasie einbringen.

In einer Weiterentwicklung der Gedanken, die wir in den Positionspapieren *Links Neu* und *Die Neue Soziale Frage Beantworten* entwickelt haben, wollen wir im vorliegenden Papier beschreiben, welche Rolle grüne Bildungspolitik für eine Politik der Selbstbestimmung und Gerechtigkeit spielen muss und welche gesellschaftlichen Veränderungen wir im bildungspolitischen Bereich für notwendig halten.

Mit dem Papier *Links Neu* haben wir Anforderungen an eine moderne, freiheitsorientierte und ökologische Linke formuliert. Dabei steht eine Neufassung des Gerechtigkeitsbegriffs im Zentrum, in das Selbstbestimmung, Demokratie und Ökologie eingebracht werden. Der von uns vorgeschlagene „erweiterte Gerechtigkeitsbegriff“ ist davon geleitet, die soziale Frage mit offenem Blick auf die radikalen gesellschaftlichen Veränderungen neu zu stellen. Die Frage der internationalen Gerechtigkeit ist mit diesem Begriff ebenso aufgerufen wie die Frage der Generationengerechtigkeit, die Frage der Umweltgerechtigkeit ebenso wie die der Geschlechtergerechtigkeit. Gerechtigkeit in einem emanzipatorischen Sinn heißt nicht nur die fürsorgliche Zuwendung von Almosen, sondern die Schaffung von realen Zugängen zu den zentralen gesellschaftlichen Gütern für alle. Als Zentralkategorien sozialer Chancen haben wir „Bildung“ und „Arbeit“ beschrieben, die beide tiefgreifende Reflexion, neue konzeptionelle Antworten und harte gesellschaftliche Auseinandersetzung ver-

langen. Diese neue Gerechtigkeitsdiskussion mit Leben zu füllen, sie auf verschiedene Politikfelder herunterzubrechen und die Inhalte grüner Politik auf diese neuen Gerechtigkeitsanforderungen abzuklopfen, haben wir uns als Diskussionskreis „Realismus & Substanz“ zur Aufgabe gemacht. Unsere Gesellschaft, aber auch die grüne Partei braucht neue konzeptionelle Entwürfe, und sie braucht deshalb inhaltliche Auseinandersetzung, intellektuelle Herausforderung und produktive Reibung. Statt blindem Pragmatismus und nostalgischem Traditionalismus wollen wir eine breite, offene, lebendige und kontroverse Debatte um die Zukunft unserer Gesellschaft.

Mit dem Papier *Die neue soziale Frage beantworten* sind wir den ersten Schritt gegangen, unseren Anspruch an eine erneuerte, freiheitsorientierte und ökologische Linke zu konkretisieren, indem wir die Anforderungen an einen gerechtigkeitsorientierten und emanzipativen Sozialstaat formuliert haben.

Mit dem vorliegenden Papier wollen wir nun die vorgeschlagenen Perspektive grüner Politik auf die Bildungspolitik konkretisieren. In Bezug auf *Gerechtigkeit* und *Selbstbestimmung* ist eine grundlegende Transformation des Bildungssystems von herausragender Bedeutung. Bildung ist *die* soziale Frage des 21. Jahrhunderts. Sie ist die Schlüsselfrage für gesellschaftliche Solidarität und eine gerechte Ordnung der Zukunft. Die reale Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und ökonomische Teilhabe hängt untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen.

Der gesellschaftliche Wohlstand insgesamt und damit auch die soziale Verteilungsmasse stehen mit dem Bildungsniveau in engem Zusammenhang – auch wenn es eine Übertreibung ist, dass „Bildung“ in der so genannten „Wissensgesellschaft“ die einzige relevante Ressource gesellschaftlicher Anerkennung und ökonomischer Prosperität sei.

Dabei ist Bildung jedoch bei weitem nicht nur ein ökonomisches Gut. Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein Leben in Selbstbestimmung und Freiheit. Mit der Bildung werden bereits in frühen Jahren die Weichen für das weitere Leben, für soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe maßgeblich gestellt. Bildung ist eine Waffe gegen Bevormundung und Paternalismus, für ein schöpferisches Leben und einen wachen Verstand. Die Stärkung der Individuen durch Bildung ist damit auch eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie.

Ausgangspunkt unserer Analyse ist die fehlende Chancen- und Zukunftsgerechtigkeit des bestehenden Schulsystems. In den letzten Jahren haben insbesondere die internationale Vergleichsstudie PISA, aber auch weitere Studien in einem erschreckenden Maße gezeigt, wie extrem in Deutschland die Chance auf einen guten Bildungsabschluss von der Herkunftsfamilie abhängt. Ähnlich sieht es an den Hochschulen aus. Das deutsche Bildungssystem hat gleich auf mehreren Ebenen versagt. Es ist das chancenungerechteste aller Industrienationen. Es ist im internationalen Vergleich teurer, bringt aber weniger gute Leistungen hervor und führt zu einer nicht hinnehmbar hohen Quote von Abbrecherinnen und Abbrechern auf den verschiedenen Bildungsebenen.

Neben der verpassten Bildungsgerechtigkeit gibt es andere wichtige gesellschaftliche Entwicklungen, auf die unser Bildungssystem noch keine adäquaten Antworten gefunden hat. Dazu gehören Migration, Berufstätigkeit beider Elternteile sowie eine steigende Zahl von Schülerinnen und Schülern mit allein erziehendem Elternteil oder aus so genannten Patchwork-Familien. Zudem ist unser Bildungssystem

offensichtlich schlechter als andere in der Lage, vorhandene Defizite und Talente von Kindern zu erkennen und mit der natürlichen Heterogenität von Lerngruppen umzugehen. Die vorhandenen Diagnose- und Förderinstrumente reichen nicht aus, um Benachteiligungen der Kinder schon früh zu erkennen und ggf. gegenzulenken.

Die beiden dringlichsten Herausforderungen einer guten Bildungsreform bestehen in der Erhöhung der realen Zugangschancen zu sowie in der Verbesserung der Qualität von Bildung auf allen Ebenen. Der Bildungsgrad ist nicht nur mehr und mehr Indikator für die sozialen Aufstiegschancen und das Abstiegsrisiko des Einzelnen, sondern auch Voraussetzung für ökonomischen Fortschritt und das Entstehen neuer qualitativer Arbeitsplätze. Eine Erhöhung des Bildungsgrads der Bevölkerung ist also auch arbeitspolitisch gesehen eine der gesellschaftlich wichtigsten Aufgaben in Deutschland.

Die zwei wesentlichen Ziele einer Bildungsreform sind, die soziale Schieflage bei der Zugangsgerechtigkeit zu Bildung massiv abzubauen und die Qualität der Bildung auf allen Ebenen deutlich zu verbessern. Beides, Zugangsgerechtigkeit und Qualität, müssen – beginnend bei der frühkindlichen Bildung bis hin zum lebensbegleitenden Lernen – neu gestaltet werden. In diesem Sinne fordern wir eine abgestimmte Bildungsstrategie für alle Bildungsbereiche. Wir müssen uns auf den Weg machen, den andere Länder bereits erfolgreich beschritten haben und einen qualitativen Reformprozess vorantreiben. Wir stehen damit am Anfang eines längeren Weges der aus vielen wichtigen Schritten besteht. Wir glauben nicht daran, dass eine einzelne Maßnahme oder eine punktuelle Reform die großen Mängel des heutigen Bildungssystems beseitigen kann. Zudem sind wir fest davon überzeugt, dass eine Bildungsrevolution von oben herab nicht funktionieren kann. Sie muss an vielen Orten stattfinden. Und sie kann durchaus unterschiedliche Schwerpunkte setzen. Aber sie muss jetzt beginnen.

1. Bildungsgerechtigkeit – Die Bildungsinstitutionen neu denken

Wir wehren uns gegen eine Privatisierung gesellschaftlicher Probleme und die Abwälzung sozialer Risiken auf die Einzelnen. Deshalb meinen wir mit „Bildungsrevolution“ nicht den Abbau öffentlicher Bildungsinstitutionen, sondern deren Stärkung und Belebung. Die Parole „Institution matters!“ im Sinne einer Verteidigung von Demokratie und öffentlichen Gütern ist in der Bildungsdebatte von besonderer Bedeutung. Eine solche Stärkung wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir die Bildungsinstitutionen mit Ausdauer und Fantasie transformieren. Wir müssen die Mechanismen der Ausgrenzung und Segregation durch neue Bildungsstrukturen und Bildungsformen institutionell durchbrechen. Wir müssen die Ressourcen der einzelnen Bildungseinrichtungen stärken und sie zugleich für verschiedene Akteure, neue Ideen und externes Engagement öffnen. Die herrschende Polarität der Debatte zwischen der Verteidigung des Status Quo einerseits und einer – ökonomisch oder zivilgesellschaftlich begründeten – Privatisierung von Bildung andererseits führt in die Irre. Die entscheidende Frage lautet vielmehr wie wir Bildung als öffentliches Gut in öffentlichen Institutionen verteidigen können und gleichzeitig eine Transformation der öffentlichen Bildungsinstitutionen hinbekommen, die mehr Gerechtigkeit, mehr Partizipation und mehr Qualität sichert. Wir brauchen eine neue Debatte über die Struktur öffentlicher Bildungsinstitutionen.

Nur eine Stärkung und Öffnung der Bildungsinstitutionen kann zu einer sub-

stanzialen Verbesserung des Systems führen. Während neokonservative Kreise auf eine Ausdünnung der staatlichen Leistung gerade für die gesellschaftlich Schwachen setzen, und der altlinke Ansatz einer etatistischen Ausgleichspolitik an seine Grenzen gestoßen ist, müssen die Grünen adäquate Antworten auf die neuen und alten Herausforderungen des Bildungssystems entwickeln.

Die Debatte um Förderung von ‚Eliten‘ und ‚Spitzenforschung‘ verdeckt die grundlegenden Probleme in der deutschen Bildungslandschaft. Der Glaube, man könne mit der staatlichen Förderung von Eliteuniversitäten und Eliteschulen einen nachhaltigen Innovationsschub erreichen, bleibt so lange eine Illusion, wie man keine Initiative zur Verbesserung der Bildungssituation in der Breite ergreift. Für die Weiterentwicklung der Gesellschaft sowie die Rolle Deutschlands im internationalen Wettbewerb sind auch mehr und besser ausgebildete Hochschulabsolventinnen und -absolventen nötig. Eine ‚Hochschulkarriere‘ beginnt jedoch nicht erst mit dem Abitur, sondern deutlich früher. Um eine Steigerung der Studierendenzahlen und eine qualitativ bessere Ausbildung zu erreichen, muss daher sehr viel früher angesetzt werden. Der Staat steht hier generell in der Pflicht, besonders gegenüber denjenigen, die zu hohen Leistungen in der Lage wären, bisher aber aus verschiedenen Gründen durch das Bildungsraster gefallen sind.

Während in den übrigen Wirtschaftsnationen in den letzten zehn Jahren ein kontinuierlicher Anstieg des Bildungsniveaus zu verzeichnen ist, stagniert dieses in Deutschland und ist teilweise sogar rückläufig. Der Grund für diese Entwicklung kann nicht nur im Bildungssystem selbst gefunden werden. Die Bereitschaft, Bildung als eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe wahrzunehmen, scheint in Deutschland deutlich geringer ausgeprägt als in vergleichbaren Ländern.

Eine Kultur der gesellschaftlichen Beteiligung im Bildungsbereich steckt in Deutschland noch in den Kinderschuhen. Von konservativer Seite wird immer wieder ein Bildungskanon gefordert, der Bildungsinhalte bis ins letzte Detail vorschreiben will. Ein starrer Bildungskanon verkennt jedoch, dass man mit statischen Bildungs- und Lehrplänen den Anforderungen einer immer komplexer und dynamischer werdenden Wissenslandschaft nicht gerecht werden kann. Vor allem die zwingend notwendige individuelle Förderung von Kindern wird durch feste Lehrpläne deutlich erschwert. Eine sinnvolle Kompetenzzuschreibung an Bildungsinstitutionen und vorgeordnete staatliche Instanzen ist seit langem überfällig. Wir treten für ein Bildungssystem ein, in dem die Betroffenen, Lehrende wie Lernende, selbst erarbeiten können, welche Methoden mit Blick auf die gegebene Situation zu den besten Lernerfolgen führen. Die Aufgabe vorgeordneter Behörden sollte sich hier allein auf die Vorgabe von Standards und Lernzielen beschränken. Für ein hohes Bildungsniveau kommt es weniger darauf an, dass jeder dasselbe wissen muss, als vielmehr darauf, mit verschiedenen Bildungsinhalten sinnvoll umgehen und Gelerntes anwenden zu können. Nicht in der Kontrolle von genauen Inhalten und Methoden liegt die Hauptaufgabe des Staates, sondern in der Unterstützung und Bereitstellung der nötigen Mittel und Strukturen für die Bildungsförderung sowie in der Kontrolle und Verbesserung der Ergebnisse.

Nicht nur die Bildungseinrichtungen, sondern auch die Lernenden und Lehrenden müssen lernen, mit dieser neuen Freiheit umzugehen. Die Möglichkeit zur Mitgestaltung und Mitbestimmung erfordert ein deutlich höheres Interesse an den Bildungseinrichtungen selbst.

2. Bestandsaufnahme – Bildungsarmut ist vererbbar

Auch die veröffentlichten Ergebnisse der zweiten PISA-Studie zeigen in eklatanter Weise, wie ungerecht das deutsche Bildungssystem ist. In keinem vergleichbaren Land der OECD ist der Bildungsabschluss so sehr von der sozialen Herkunft abhängig wie in Deutschland. In Deutschland hat ein Kind mit wohlhabenden Eltern eine viermal größere Chance einen höheren Abschluss zu erreichen, als ein Kind aus armem Elternhaus. In Bayern, das im bundesdeutschen Vergleich die besten PISA-Leistungen erbrachte, ist diese Selektion noch extremer. Hier haben Kinder aus den oberen Schichten eine siebenmal bessere Chance das Abitur zu erreichen als ihre Altersgenossen aus weniger begüterten Verhältnissen. Dieser Zustand ist nicht weiter hinnehmbar und macht die extreme Dringlichkeit eines bildungspolitischen Umdenkens und Handelns deutlich.

Die Bildungsreform der 70er Jahre war mit dem Anspruch angetreten, die bestehende Chancenungerechtigkeit zu beenden und mehr Kinder aus einkommensarmen Schichten in die Gymnasien und an die Hochschulen zu holen. Trotz kurzfristiger Erfolge haben die damaligen Reformen es offensichtlich nicht geschafft, diesen Zielen gerecht zu werden. *Gesamtschule* und *BAföG* hießen die zwei wesentlichen Antworten – beides Ansätze, die heute zumindest modernisiert gehören. Die Gesamtschule war die Antwort auf das selektive dreigliedrige Schulsystem. Heute wissen wir, dass die Gesamtschule ihre Potenziale als zusätzliche Säule im mehrgliedrigen Schulsystem nicht entfalten konnte. Zum einen konnte sie vielfach nicht mit denen arbeiten, die eine Gymnasialempfehlung hatten. Ängste der Eltern, ihre Kinder könnten auf einer Gesamtschule eher nach unten gezogen werden, waren zu groß – so dass an den Gesamtschulen tatsächlich mehrheitlich Kinder im Haupt- und Realschulzweig sowie solche mit Problemen und Auffälligkeiten unterrichtet wurden. Zum anderen ist eine Gesamtschule, egal ob integriert oder kooperativ, nicht zuletzt wegen unsinniger Vorgaben der Kultusministerkonferenz auch nichts Anderes als ein Abbild des dreigliedrigen Schulsystems im Kleinen – nur eben an einer Schule und aufgeteilt in die einzelnen Unterrichtsfächer.

Das BAföG war und ist seit der Modernisierung durch die rot-grüne Bundesregierung ein Erfolg, wenn man die Zahlen der Empfängerinnen und Empfänger betrachtet. Beobachtet man allerdings die Zahl der Hochschulabsolventinnen und –absolventen aus bildungsferneren bzw. einkommensärmeren Schichten, ist festzustellen, dass der Prozentuale Anteil in den 70-er Jahren zunächst erfreulich angestiegen ist, bis heute aber nur einen sehr geringen Teil der Studierenden ausmacht. Eine HIS-Studie zu den Studienanfängerinnen und –anfängern in den Wintersemestern 2003/2004 und 2004/2005 kam zu dem Ergebnis, dass sich der Anteil der Studierenden aus bildungsfernen Schichten im Vergleich zu 2000/2001 zwar von 13% auf 17% erhöht hat, dass Kinder von Akademikerinnen und Akademikern weiterhin aber mit 52% überrepräsentiert sind. Für die Hochschulen trifft in erhöhtem Maße das zu, was schon in den Schulen stattfindet: Der Status wird über die Generationen weitergegeben. Nicht nur Bildungsarmut, sondern auch ein hoher Bildungsabschluss ist in Deutschland vererbbar.

Ein Grund dafür ist sicher, dass die Selektion im deutschen Bildungssystem schon sehr viel früher beginnt als in anderen Ländern und dass es hierzulande in den frühen Bildungsjahren an Förderinstrumenten fehlt. Hinzu kommt, dass die in Deutschland vorherrschende Grundüberzeugung, wonach homogene Lerngruppen

und ein leistungsdifferenziertes Schulwesen exzellente Leistungen der Schülerinnen und Schüler garantieren, nach den Erkenntnissen der internationalen Vergleichsstudien und dem sich daraus ergebenden bildungspolitischen Diskurs nicht mehr haltbar sind. Im Gegenteil: Seit PISA und anderen Bildungsstudien wissen wir, dass Schülerinnen und Schüler immer wieder falsch sortiert werden. Wir wissen auch, dass heterogene Lerngruppen die Lernfortschritte aller Schülerinnen und Schüler erhöhen und zu besseren Ergebnissen sowohl in der Spitze als auch in der Breite führen. Die bestehenden Instrumente und Methoden zur Diagnose des Lernerfolgs versagen weitgehend – zum Einen, weil grundsätzlich bei Kindern von 10 Jahren nie mit Sicherheit prognostiziert werden kann, welche Lernentwicklung sie tatsächlich noch vor sich haben, und zum Anderen weil unsere Lehrerinnen und Lehrer in ihrer Ausbildung offensichtlich nur ungenügend lernen, den Wissensstand und das Entwicklungspotential ihrer Schülerinnen und Schüler richtig einzuschätzen.

Gerade in den letzten drei Jahren scheint die Schere zwischen Arm und Reich im Bereich der Bildungschancen noch weiter auseinander gegangen zu sein. Dies liegt vor allem daran, dass bildungsnahe Elternhäuser erhebliche private Mittel und Anstrengungen aufgebracht haben, um ihren Kindern eine bessere Bildung zu ermöglichen. Der PISA-Schock hat also durchaus Wirkungen auf das Verhalten von Müttern und Vätern gehabt. Dies gilt jedoch nur für den Teil der Eltern, die sich ohnehin sehr stark um den Bildungserfolg ihrer Kinder kümmern. Somit kommt es zu einer weiteren Verfestigung der bestehenden Strukturen.

Die PISA-Misere brachte zwar eine breite bildungspolitische Debatte, aber nur sehr wenige bildungspolitische Konsequenzen. Immerhin stellte die rot-grüne Bundesregierung „als Reaktion auf PISA“ Mittel für den Ausbau der Kinderbetreuung (TAG) und für den Ausbau von Ganztagschulen (IZBB) zur Verfügung. Diese Initiative wurde aber leider von vielen unionsregierten Ländern blockiert und konterkariert.

In Hessen beispielsweise werden die Mittel zu einem Großteil für die nötigen baulichen Maßnahmen zur Verkürzung der Gymnasialzeit von 9 auf 8 Jahre verwendet, ein Programm, das eigentlich vom Land selbst finanziert werden müsste und dass als Antwort auf PISA ungeeignet ist, da es, so wie es umgesetzt wird, wegen der strukturellen Abkoppelung des Gymnasiums von allen anderen Schulformen zu einer noch stärkeren Undurchlässigkeit zwischen den einzelnen Schulformen führt. Die Mittel, die als Antwort auf die Chancenungleichheit in Deutschland gedacht waren, kommen in Hessen also zu einem großen Teil nur den besseren Schülerinnen und Schülern zu Gute. Dies belegt auch die unangemessen hohe Förderung einer einzigen Schule für Hochbegabte, während sonst an Förderung gespart wird. Die Konservativen wollen die optimale Förderung von Schülerinnen und Schülern, aber eben nur für einige wenige Privilegierte. Auch andere unionsgeführte Bundesländer antworten auf den PISA-Schock mit einer verstärkten Abschottung der einzelnen Schultypen voneinander und einer ausschließlich verbal propagierten Aufwertung der Hauptschule. Verliererinnen und Verlierer dieser falschen Politik sind erneut die Kinder aus bildungsfernen Schichten, hierunter besonders viele mit Migrationshintergrund.

Dass unter den Bildungsverlierern viele junge Menschen mit Migrationshintergrund sind, liegt auch, aber nicht nur, an schlechteren Sprachfertigkeiten. Denn

viele Kinder der zweiten oder dritten Zuwanderergeneration sprechen durchaus deutsch. Es fehlt aber an sozialen und gesellschaftlichen Voraussetzungen für einen guten Bildungserfolg, nämlich an gesellschaftlicher Anerkennung und einem Zugehörigkeitsgefühl. Das deutsche Bildungssystem ist offenbar nicht in der Lage, sich auf die Auswirkungen der Migration, also auf die Mehrsprachigkeit der Kinder und die Multikulturalität, die Multireligiosität und die Heterogenität der Klassen einzustellen und andere Sprachen und Kulturen auch als Bereicherung für die Kinder und Gesellschaft anzuerkennen. So ist beispielsweise die Tatsache, dass es die Möglichkeit von bilingualen Abiturprüfungen in deutsch-englisch oder deutsch-französisch, nicht aber in deutsch-türkisch gibt, letztlich ein Armutszeugnis für unsere Gesellschaft.

Dass unser Bildungssystem offensichtlich nicht in der Lage ist, auf die sich perpetuierende Bildungsarmut einzugehen und Instrumente zur Förderung und Integration von Kindern aus bildungsfernen Schichten zu etablieren, ist eine Art verdeckter Diskriminierung, nicht nur von Migrantinnen und Migranten.

Um die Vererbbarkeit von Bildungsarmut und die Exklusion von Teilhabe zu durchbrechen, müssen sich allerdings nicht nur die Bildungseinrichtungen reformieren, sondern auch andere relevante gesellschaftliche Bereiche. Auch die Teilhabe an Kultur, an politischer Mitbestimmung und selbstverständlich am Arbeitsmarkt muss darauf abgeklopft werden, inwieweit sie bestehende Verhältnisse perpetuiert und welche Veränderungen stattfinden müssen, um eine gerechte Teilhabe und echte Chancengerechtigkeit zu gewährleisten.

Aufgabe dieses Papiers ist aber zunächst, Vorschläge für Veränderungen im Bildungsbereich zu machen. In unserer Analyse zieht sich die Vererbbarkeit der ungerechten Bildungsverhältnisse durch das gesamte Bildungsangebot der Bundesrepublik: Angefangen bei der vorschulischen Bildung, die bislang nicht ausreichend in der Lage ist, Defizite und Potenziale der Kinder zu erkennen und ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen, über ein Schulsystem, das selektiert, statt zu fördern, bis hin zum erschwerten Hochschulzugang für Menschen aus bildungsfernen Schichten. Daher wollen wir mit dem Papier ein integriertes Konzept vorlegen für den Weg hin zu qualitativer Verbesserung, mehr Förderung und zu einer besseren Verzahnung aller Bildungsbereiche.

3. Inklusion – Starker Start für alle Kinder

Immer mehr Kinder sind von Armut betroffen und auf die Versorgung durch Sozialhilfe angewiesen. Diese ‚Armutskarrieren‘ werden vielfach vererbt. Wichtig für die bildungspolitische Debatte ist hier, dass die Abhängigkeit von Sozialhilfe und Bildungsarmut oder -ferne keinen unmittelbaren Zusammenhang haben müssen. So sind Familien mit Migrationshintergrund aber auch deutsche Familien zwar oft von sozialer Armut und von ‚Bildungsarmut‘ gleichzeitig betroffen. Aber auch immer mehr Alleinerziehende geraten trotz guter (Aus-)Bildung eben gerade durch ihre Situation als Alleinerziehende in die soziale Armutsfalle.

Ob aus Zeitmangel, Desinteresse oder Unwissenheit der Eltern, es wird in den Familien zu wenig vorgelesen, gesungen, gemalt, gespielt oder sich auch einfach nur miteinander unterhalten – stattdessen verbringen heute gerade kleinere Kinder zu viel Zeit vor dem Fernseher und mit Videospiele. Nicht nur in Familien mit finanziellen Problemen steigt die Überforderung, mit den eigenen Kindern und

ihren Problemen umzugehen. Gleichzeitig werden in Schulen und Kommunen aufgrund leerer öffentlicher Kassen Fördermaßnahmen im Bereich der Familienbildung sowie Erziehungs- und psychosoziale Beratungsangebote reduziert.

Wenn aber die Analyse stimmt, dass in Deutschland schon viel zu früh entschieden wird, welches Kind eine Chance auf einen guten Bildungsabschluss hat und welches nicht, heißt das für eine gerechte Bildungspolitik, dass gerade die Förderstrukturen vor dieser Weichenstellung deutlich verbessert werden müssen. Wir müssen also das deutsche Bildungssystem vom Kopf auf die Füße stellen.

In diesem Zusammenhang wird oft die Frage formuliert, warum Kindergärten Geld kosten, ein Studium aber weiter kostenfrei bleiben soll. Diese Frage müssen wir beantworten. Zudem wollen wir die Frage beantworten, was sich genau bereits in den Kindergärten ändern muss, damit sie der Forderung nach mehr Qualität und damit nach besserer frühkindlicher Bildung gerecht werden können. Die wichtigste Frage im Sinne einer Gerechtigkeit von Anfang an aber ist, wie die Kinder, die es am nötigsten haben, schon deutlich vor dem Schuleintritt gefördert werden können. Denn diese Kinder werden auch nach Ausbau und Qualitätsverbesserung der Kinderbetreuung, wahrscheinlich sogar bei einer Kostenfreiheit von Kindergärten, im Zweifel nicht erreicht werden. Und genau zu dieser Fragestellung geben die Grünen, ebenso wie die anderen Parteien, unserer Meinung nach bisher nur eine unzureichende Antwort.

Denn eine von Emanzipation und Selbstbestimmung geprägte Bildungspolitik ist zwar unser Ziel, kann aber bei der Frage, wie wir alle Kinder frühzeitig fördern können, nicht länger oberste Prämisse unserer Politik sein. Denn wenn wir keine Kinder in unserem Bildungssystem zurücklassen wollen, muss das gerade auch für diejenigen Kinder gelten, die ohne einen frühzeitigen staatlichen Eingriff um ihre Chancen im Bildungssystem gebracht werden.

Wir wollen keinen Pflichtkindergarten, weil unserer Meinung nach alternative Kinderbetreuungsmöglichkeiten wie die Tagespflege aber auch die frühkindliche Erziehung durch die Eltern oder durch andere Familienmitglieder und auch andere alternative Betreuungsformen weiter möglich sein müssen. Gerade die Pluralität und die Individualität und auch das Zulassen neuer Ideen in der Kinderbetreuung halten wir für außerordentlich wichtig.

Die Betreuungsquote hat sich in den letzten Jahren durch den langsamen aber stetigen Ausbau von Betreuungsangeboten und sicher auch durch die Diskussion über die Relevanz von frühkindlicher Bildung erhöht. In Städten und Ballungsräumen ist die Betreuungsquote höher, im ländlichen Raum nach wie vor niedriger. Durch den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren hat aber im Prinzip jedes Kind Anspruch auf einen Kindergartenplatz, – wenn die Eltern dies wünschen. Im letzten Bundestagswahlprogramm haben die Grünen formuliert, den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz für Kinder ab dem ersten Lebensjahr ausweiten zu wollen. Diese Forderung ist richtig und auch für uns selbstverständlich.

Gleichzeitig merken wir aber, dass es immer mehr Eltern gibt, die damit überfordert sind, ihren Bildungsauftrag wahrzunehmen und ihre Kinder zu fördern, die aber alleine mit dem Ausbau und sogar mit der Kostenfreiheit von Angeboten nicht zu erreichen sind. Und wir wissen, dass insbesondere viele Migrantenfamilien von dem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz bewusst keinen Gebrauch

machen. Um die Chancen dieser Kinder auf Bildung, auf ein Ausbrechen aus der (Bildungs-)Armut, zu verbessern, darf die Gesellschaft hier nicht mehr unter Berufung auf die Freiheit der Eltern weggucken. Gegenwärtig findet die erste verpflichtende staatliche Kontrolle im Alter von 5 bzw. 6 Jahren statt, wenn die Kinder schulpflichtig werden. Es wird geprüft, wie ein Kind in Bezug auf sein Sozialverhalten und Sprachvermögen entwickelt ist und ob es ihm gesundheitlich und sozial gut geht. Diese wichtige Kontrolle erfolgt deutlich zu spät.

Im Sinne des Anspruchs, den die Grünen in ihrem Bundestagswahlprogramm 2005 mit den Fragen formuliert haben (*„Wer ist drinnen und wer draußen? Und wie holen wir die Ausgeschlossenen wieder herein?“*) und im Sinne einer Chancengerechtigkeit, die mit der Geburt beginnt, muss gerade den Kindern, die ohne Förderung schon frühzeitig Gefahr laufen, aus dem Bildungssystem heraus zu fallen, ein Angebot gemacht werden.

Wir wollen hierbei keinen paternalistischen Staat und nicht die ‚Hoheit über die Kinderbetten‘. Aber wir wollen, dass alle Kinder zu freien, selbständigen Menschen erzogen werden und dass jeder Mensch seinen Lebensstil entwickeln und leben kann. Wir wollen also die soziale und emanzipatorische Chance von Bildung für alle Menschen ermöglichen.

Um dies zu erreichen, müssen wir bereits in den frühen Entwicklungsphasen von Kindern Kontrollmechanismen einführen, ob diese auch gesund aufwachsen und altersgemäß gefördert werden. Wir fordern daher einen Entwicklungstest für alle Kinder im Alter von drei Jahren, der analog des Schuleingangstest verpflichtend für alle Kinder erfolgt und in Kooperation mit den Kindergärten und unter Einbindung der Jugendhilfe durchgeführt werden soll. Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten müssen hier eine Förderempfehlung erhalten, die auch einen verpflichtenden Kindergartenbesuch zur Folge haben kann. Im Sinne einer Verbesserung der Startchancen für alle Kinder ist ein so gravierender Eingriff unserer Meinung nach nötig.

Eine der zentralen Frage der Bildungsdebatte stellt sich mit Blick auf Bürgerinnen und Bürger mit Migrationshintergrund. Fast ein Drittel aller Kinder und Jugendlichen in Westdeutschland kommt aus Familien mit Migrationshintergrund. Fast jeder fünfte Jugendliche mit ausländischem Pass verlässt die Schule ohne Abschluss – gegenüber jedem zwölften deutschen Jugendlichen. Fast jedes zweite ausländische Kind besucht die Hauptschule – gegenüber jedem fünften Deutschen. In Sonder- bzw. Förderschulen, etwa für so genannte lernbehinderte oder verhaltensauffällige Kinder, sind die Kinder mit Migrationshintergrund in der Regel in der Mehrheit. Während jeder vierte deutsche Schüler bzw. Schülerin die Schullaufbahn mit dem Abitur abschließt, gilt das nur für jeden zehnten Ausländer bzw. Ausländerin.

Laut dem Institut der Deutschen Wirtschaft sind Migrantinnen und Migranten in der Bundesrepublik fast doppelt so oft arbeitslos wie Deutsche. Im Jahresdurchschnitt 2005 betrug ihre Arbeitslosenquote, bezogen auf die sozialversicherungspflichtigen Beschäftigten, 25,5%. Jeder dritte in Deutschland lebende erwerbstätige Türke ist laut IW arbeitslos gemeldet.

Die Politik hat jahrzehntelang ignoriert, dass Deutschland ein Einwanderungsland ist. Diese ideologisch motivierte Ignoranz zeitigt inzwischen gravierend negative Folgen auf allen Bildungsebenen. Die Situation ist schon jetzt dramatisch.

Damit sich diese verheerende Entwicklung negativer ‚Bildungskarrieren‘ der Kinder von Migrantinnen und Migranten nicht weiter verfestigt, müssen alle Bildungsebenen vom Kindergarten bis zur beruflichen Bildung und Weiterbildung verpflichtet werden, Instrumente zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit, insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund zu entwickeln.

Die soziale Ausgrenzung von Kindern und Jugendlichen ist dabei nicht generell ein Problem von Migrantinnen und Migranten, sondern von sozialen Schichten, denen aber überproportional viele Menschen mit Migrationshintergrund angehören. Daher kann sich ein Konzept zur Chancengerechtigkeit von insbesondere Migrantinnen und Migranten und deren Kindern nicht nur mit dem Bildungserwerb beschäftigen, sondern es muss die soziale Frage aufgreifen. Denn das drängende Problem der Exklusion größerer Bevölkerungsgruppen lässt sich durch Bildung allein nicht lösen. Wenn Kinder und Jugendliche bereits früh im Leben die Erfahrung machen, dass sie doch nie dazu gehören werden, egal wie gut sie sind und egal wie sehr sie sich anstrengen, wenn also soziale Aufstiegsaussichten fehlen, wirkt sich das verheerend auf Motivation und Leistung aus.

Das Bild von Migration ist in Deutschland nach wie vor negativ geprägt. Es gibt im Verhältnis viel zu wenige Vorbilder in Kindergärten, Schulen und Behörden, aber auch in allen anderen Berufen wie beispielsweise den Medien, der Justiz, der Polizei und in der Politik für junge Menschen mit Migrationshintergrund.. Wir plädieren daher erneut dafür, Migration in Deutschland endlich als Normalität anzuerkennen und wir appellieren an die Verantwortlichen, vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in den Berufen mit Vorbildfunktion einzustellen.

Die oben genannten Zahlen sind so dramatisch, dass die Förderung von Chancengleichheit für Kinder mit Migrationshintergrund ein ganz zentraler Schwerpunkt der Bildungspolitik der nächsten Jahre werden muss. Ohne diese Schwerpunktsetzung ist mehr Bildungsgerechtigkeit nicht zu erreichen.

4. Kindergarten – Qualität von Anfang an

Alle Kinder werden als ‚Entdecker geboren‘ lautet ein Kernsatz der Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler, die sich mit frühkindlicher Bildung beschäftigen. Die frühe Kindheit gilt mittlerweile als das goldene Zeitalter des Lernens‘. Bereits in den ersten Lebensjahren werden die Grundlagen für alle nachfolgenden Bildungsprozesse gelegt: Kinder lernen miteinander und voneinander soziales Verhalten, sie entwickeln ihre körperliche Geschicklichkeit, sie bilden ihr Sprachvermögen aus, die sinnliche Wahrnehmungsfähigkeit wird eingeübt und Phantasie sowie Denken entwickelt. Es gibt also quasi ein Bildungsfenster, das im Vorschulalter noch weit offen ist, sich aber später zunehmend schließt. Dieses Bildungsfenster müssen wir nutzen, um allen Kindern noch vor der Schule Basiskompetenzen und positive Lernerfahrungen zu vermitteln. Kindertagesstätten werden damit zum Fundament unseres Bildungssystems.

Gerade weil diese ersten Jahre so wichtig sind und gerade weil zumeist bereits vor der Schule die Weichen für die weitere Bildungskarriere von Kindern gestellt werden, muss eine chancengerechte Bildung schon vor der Schule ansetzen. Denn im Besonderen solche Kinder, die die Neugier aufs Lernen nicht im Elternhaus mitbekommen und zu Hause keine hinreichende Unterstützung erfahren, profitieren von frühzeitiger adäquater Förderung. Dies gilt in besonderem Maße für die

Sprachentwicklung. Diese ist für alle Kinder – ob mit oder ohne Migrationshintergrund – von fundamentaler Bedeutung und der Grundstein für eine erfolgreiche Bildungsbiographie.

Auch weil wir von einer qualitativen Verbesserung aller Bildungsstufen und generell des Bildungsstands der Bevölkerung reden, müssen wir bereits im Kindergarten mit einer qualitativen besseren Bildung für alle Kinder anfangen. Zur Qualitätsentwicklung gehört es, den Dreiklang von Bildung, Betreuung und Erziehung in Kindertagesstätten zu stärken. Eine Prioritätensetzung allein zugunsten der Qualität ist im Bereich Kinderbetreuung allerdings außerordentlich schwierig. Es gibt zwar einen Rechtsanspruch auf einen Halbtags-Kindergartenplatz für Kinder ab drei Jahren, aber zu wenige Ganztagsbetreuungsplätze und zu wenige Betreuungsplätze für Kinder unter drei Jahren.

Die grüne Forderung nach einem Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz ab dem ersten Lebensjahr ist ein erster wichtiger Schritt. Hinzukommen muss eine bedarfsdeckende ganztägige Betreuungsgarantie in Kindertageseinrichtungen und Grundschulen sowie die Kostenfreiheit der Kinderbetreuung für gering verdienende Eltern.

Empfehlung 1: Stärkung der elterlichen Erziehungskompetenz

Eltern sind die wichtigsten Bezugspersonen für ihre Kinder und müssen daher in ihrer Erziehungskompetenz gestärkt werden. Hierfür bedarf es einer engeren Vernetzung von Kinderbetreuungseinrichtungen mit Jugendhilfe, Erziehungs- und Familienberatung sowie der medizinischen Prävention und Hilfe. Darüber hinaus sind spezielle Angebote erforderlich, beispielsweise geeignete Informationsformen in Erziehungsfragen für Familien mit Migrationshintergrund oder zum Umgang mit zweisprachiger Erziehung. Unser Ziel ist es, Kindertageseinrichtungen in Kooperation mit den Grundschulen zu Kinder- und Familienzentren zu entwickeln. So kann auch das Inseldasein fachspezifischer Angebotsstrukturen beendet und integrierte Konzepte zum Wohle der Kinder und zur Unterstützung der Eltern aus einer Hand ermöglicht werden. Wir orientieren uns bei dieser Vorstellung an Vorbildern aus dem angelsächsischen Raum, wo Kinder- und Familienzentren („Early Excellence Centers“ und „Childrens Centers“) Anlaufstellen für Familien im Stadtteil sind, die die Erziehungskompetenz der Eltern stärken.

Empfehlung 2: Einführen von Qualitätsstandards

Um den Bildungsauftrag der Kinderbetreuungseinrichtungen zu konkretisieren, wurden inzwischen in fast allen Bundesländern Bildungspläne und Bildungsempfehlungen auf den Weg gebracht. Darin wird beispielsweise die Notwendigkeit interkultureller Erziehung und die Integration behinderter Kinder festgeschrieben. Das ist ein Weg in die richtige Richtung. Um diese Empfehlungen handhabbar zu machen, müssen die Bildungspläne aber in konkrete Bildungsvereinbarungen übergehen, in denen einzelne Qualitätsstandards, Aus- und Fortbildung des Personals sowie Entwicklung und Verwendung der finanziellen Ressourcen festgeschrieben werden. Zudem muss immer wieder überprüft werden, ob die gesetzten Qualitätsstandards auch eingehalten werden.

Die Qualitätsstandards basieren auf Bildungs- und Erziehungszielen, die die Stärkung der Basiskompetenzen von Kindern betreffen, so zum Beispiel Verantwor-

tungsübernahme, Kooperationsfähigkeit, Kreativität sowie Umgang mit individuellen Unterschieden und kultureller Vielfalt. Sie sollen angestrebte, grundlegende Kompetenzen für alle Kinder in sprachlich-kommunikativen, in logisch-mathematischen, in naturwissenschaftlich-technischen, in künstlerisch-musikalischen, sowie in sozialen, interkulturellen und interreligiösen und auch in motorischen und instrumentellen bzw. methodischen Bereichen messbar machen.

Das pädagogische Personal benötigt hierfür genug Spielraum, um jedes Kind individuell beobachten und beurteilen zu können. Die Dokumentation der Entwicklungsschritte der Kinder soll hierbei zu einem wichtigen Baustein der individuellen Förderung werden. Sie soll als diagnostisches Instrument dazu beitragen, das Potenzial von Kindern erkennen und fördern zu können, und dabei explizit nicht nur auf individuelle Defizite abstellen. Kinder müssen auch in dem gestärkt werden, was sie gut können. Wichtig ist: Frühkindliche Bildung heißt nicht Verschulung. Insbesondere kleine Kinder lernen durch Neugier und brauchen eine Welt, die sie spielerisch lernen und forschen lässt. Sie brauchen allerdings auch Erwachsene, die erkennen, wann sie Anregung brauchen und die dazu in der Lage sind, die passenden Angebote zu machen. Die Erzieherinnen und Erzieher der Zukunft müssen daher auch die Möglichkeit haben, sich gemeinsam mit den Eltern Hilfe und Beratung von außen (Sprachförderung, Logopädie, Familientherapie etc.) zu holen bzw. in multi-professionellen Teams die unterschiedlichen Kompetenzen zu entwickeln, die in ihrem Arbeitsfeld benötigt werden.

Empfehlung 3: Bessere Verzahnung von Kindergärten und Grundschulen

Bislang ist eine Zusammenarbeit von Kindergärten und Grundschulen wenig institutionalisiert und hängt vom persönlichen Engagement Einzelner ab. Damit den Kindern der Übergang von der einen in die andere Einrichtung möglichst ohne bildungsbiographische Brüche gelingt, muss sich dies ändern. Die Zusammenarbeit von Erzieherinnen und Erziehern mit Grundschullehrerinnen und Grundschullehrern muss institutionalisiert und u.a. durch gemeinsame Fortbildungsangebote verbessert werden. Darüber hinaus soll der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule durch gemeinsame Projekte, Kennenlertage, Schuleingangsfeiern etc. erleichtert werden. Um die Kinder künftig individuell von der einen in die andere Einrichtung übergeben zu können, muss auch das Wissen über besonderen Förderungsbedarf von der Erzieherin oder dem Erzieher an die Grundschullehrerin oder den Grundschullehrer weitergegeben werden. Auf diese Weise wird Kontinuität gewährleistet, und Stärken und Schwächen jedes Kindes brauchen nicht immer wieder neu entdeckt werden.

Empfehlung 4: Mehr Qualität in der Aus- und Weiterbildung von Erzieherinnen und Erziehern

Um die erforderliche Qualitätsverbesserung und Stärkung der frühkindlichen Bildung zu erreichen, müssen die Erzieherinnen und Erzieher der Zukunft in die Lage versetzt werden, die Entwicklung der Kinder systematisch zu beobachten, Lern- und Entwicklungsstände zu diagnostizieren sowie Bildungsprozesse zu begleiten und gezielt zu fördern. Zudem gehört es zu ihrer Aufgabe, Eltern pädagogisch qualifiziert zu beraten und in ihrer Erziehungskompetenz zu unterstützen. Ferner sollen sie an der Qualitätsentwicklung ihrer eigenen Einrichtung aktiv mitwirken und mit

anderen Kindergärten und Beratungsstellen im Sinne der nachhaltigen Stärkung frühkindlicher Bildung kooperieren.

Wir halten es daher für notwendig, die Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern stufenweise auf Fachhochschulniveau anzuheben und dabei auch neue und stärker bildungsbezogene Inhalte in die Ausbildung zu integrieren. In den vorschulischen Einrichtungen soll perspektivisch ein Personal-Mix erreicht werden. Personen mit unterschiedlicher Ausbildung sorgen dann für Betreuung, Bildung und Erziehung – so, wie es auch für die Schulen mit Ganztagsangeboten sinnvoll ist.

Um im Bereich der frühen Bildung zügige Qualitätsverbesserungen zu erreichen, spielt die Fortbildung eine wichtige Rolle. Inhaltlich sollen im Rahmen der Fortbildungsprogramme insbesondere Kompetenzbereiche abgedeckt werden, die in der Ausbildung von Erzieherinnen und Erziehern bislang nur eine untergeordnete Rolle gespielt haben – so etwa die Fähigkeit zur differenzierten individuellen Förderung, zum Umgang mit leistungs-, alters- und herkunftsbezogener Heterogenität, integrative und interkulturelle Kompetenz, ausgebaute entwicklungspsychologische und diagnostische Kenntnisse, Fähigkeit zur Sprachförderung, zur motivierenden Leseförderung, zur Bildungsberatung für Eltern etc..

Sowohl in der Ausbildung als auch im Fortbildungsbereich macht es Sinn, die Ausbildung der Erzieherinnen und Erzieher mit der Ausbildung der Grundschullehrerinnen und Grundschullehrer zu verzahnen.

5. Schule – Integrativ, individuell und selbstständig

Die neuesten PISA-Ergebnisse haben die bisherigen Erkenntnisse über die gravierenden Defizite des deutschen Schulsystems erneut bestätigt. Für ein Kind deutscher Akademikerinnen und Akademiker besteht eine viermal höhere Chance, das Gymnasium zu besuchen, als für den Nachwuchs eines Facharbeiters oder einer Facharbeiterin. Der Anteil der Kinder, die bei der PISA-Studie nicht einmal die Lesekompetenzstufe eins erreichen, liegt in Deutschland insgesamt bei 9,3%, bei den hier geborenen Türcinnen und Türken bei über 50%. Das heißt, diese Jugendlichen können nicht lesen und selbst einfache Texte des alltäglichen Lebens nicht verstehen – und das im Alter von 15 Jahren, zu einem Zeitpunkt also, an dem sie oft schon zehn Jahre Schule hinter sich haben und bald ins Berufsleben entlassen werden. Ähnlich schlechte Ergebnisse erreichen diese Schülerinnen und Schüler in Mathematik und bei Aufgaben im Bereich des Problemlösens. Diese Ergebnisse allein machen in erschreckendem Maße klar, wie unzureichend das deutsche Schulsystem heute seiner Aufgabe gerecht wird, junge Menschen auszubilden und auf Lehre, Studium und Beruf vorzubereiten.

Aus dem Datenreport 2004 geht hervor, dass Jugendliche mit Migrationshintergrund ein deutlich niedrigeres Niveau an Schulabschlüssen erreichen als ihre deutschen Mitschülerinnen und Mitschüler. Von den Migrantinnen und Migranten verließen 19,5% die allgemein bildenden Schulen ohne Abschluss gegenüber 8,2% der deutschen Schülerinnen und Schüler. 10,9% der Jugendlichen mit Migrationshintergrund erwarben die Hochschul- bzw. Fachhochschulreife, bei den Deutschen waren es immerhin 26,4%.

Diese Ergebnisse aber auch andere Untersuchungen belegen, dass zu der Gruppe der von guter Bildung Ausgeschlossenen überproportional viele Kinder mit Migrationshintergrund und solche aus niedrigeren sozialen Schichten gehören, dass also

die schulischen Erfolgchancen letztlich elternhausabhängig sind. Dabei ist zudem alarmierend, wie hoch der Anteil derjenigen jungen Menschen ist, bei denen die Schule bei der Vermittlung der absoluten Grundvoraussetzungen versagt. Dies ist ein massives Gerechtigkeitsproblem und damit ein bildungspolitischer Skandal. Denn das derzeitige deutsche Schulsystem privilegiert Privilegierte und benachteiligt Benachteiligte.

Vor diesem Hintergrund und der sich abzeichnenden Vertiefung dieser strukturellen Probleme ist es erschreckend, mit welcher Schwerfälligkeit nach Reformen gesucht wird, wie penetrant das Beharrungsvermögen derjenigen ist, die glauben, vom Status Quo zu profitieren, und wie sprachlos die Politik dieser eklatanten Bildungsungerechtigkeit bisher begegnet.

Auch das deutsche Bildungssystem muss dringend auf die Herausforderungen der Globalisierung reagieren, denn die Zukunft Deutschlands liegt in wissensbasierter Arbeit. Wir können es uns nicht erlauben, ein Schulsystem einfach hinzunehmen, das es versäumt, einer großen Zahl junger Menschen die grundlegenden Kulturtechniken zu vermitteln, und sie damit jeder fairen Startchance beraubt. Eine so große Zahl an Bildungsverliererinnen und Bildungsverlierern kann sich Deutschland nicht leisten. Wenn die Grundlage für ein gelungenes Leben durch unser Schulsystem einem erheblichen Teil der Gesellschaft dauerhaft und systematisch verstellt ist, sich diese soziale Ungleichheit schichtabhängig reproduziert und über Generationen hinweg *vererbt* und damit den Zugang zu Arbeit und Partizipation für breite Schichten der Bevölkerung blockiert, dann besteht ein gefährliches, unsere Gesellschaft im Kern bedrohendes Problem. Die Gestaltung eines gerechteren Bildungssystems wird damit zur wichtigsten Antwort auf die Frage, wie die zunehmende Spaltung unserer Gesellschaft überwunden werden kann.

Unser Ziel muss es also sein, die Rahmenbedingungen dafür zu schaffen, dass kein Kind *zurückgelassen* wird und dafür, dass die große Risikogruppe von Jugendlichen, die derzeit die Schule ohne Abschluss und mit mangelnden Kompetenzen verlässt, massiv verringert wird. Eine Antwort auf diese gesamtgesellschaftliche Herausforderung lautet: „Motivation statt Selektion“ – und zwar insbesondere in den frühen Bildungsjahren und für diejenigen, deren Chancen auf einen guten Start besonders gering sind.

Wir müssen so vielen Kindern wie möglich eine qualitativ bessere Ausbildung ermöglichen. Denn wir brauchen angesichts der wachsenden Herausforderungen der Wissensgesellschaft und aufgrund der demographischen Entwicklung in unserem Land immer besser ausgebildete Arbeitskräfte. Eine erfolgreiche und gute Ausbildung wird immer mehr zwingende Voraussetzung für Chancen auf dem Arbeitsmarkt. Zudem bestätigen zahlreiche Studien sowie der internationale Vergleich, dass wir zunehmend Abiturientinnen und Abiturienten benötigen. Für ein international konkurrenzfähiges Schulsystem brauchen wir also eine Bildungsreform, die sich zu dem Ziel bekennt, auf breiter Basis individuell zu fördern, statt auszugrenzen, insgesamt den modernen Herausforderungen der Wissensvermittlung auf allen Ebenen gerecht wird und eine höhere Abiturientenquote ohne qualitative Einbußen erreicht.

Die Analyse der PISA-Untersuchungen offenbart aber noch weitere Mängel unseres Schulsystems. Dieses ist offensichtlich kaum in der Lage, vorhandene Talente und Defizite von Kindern zu erkennen und mit den Herausforderungen heteroge-

ner Lerngruppen, speziell den Anforderungen, die durch Migration und Mehrsprachigkeit entstehen, sachgerecht umzugehen. Unser Schulsystem ist aufgrund der frühen Selektion von Kindern in verschiedene Schulformen und durch den Mangel an Förderstrukturen nicht fähig, Talente und Defizite von Kindern zu erkennen und entsprechend zu fördern bzw. gegenzulenken. Lehrerinnen und Lehrer haben oft überhaupt nicht die Möglichkeit, einzelne Kinder kreativ und individuell zu betreuen, sondern reagieren auf Lernschwierigkeiten häufig einfach mit Nichtversetzung der Kinder oder mit Querversetzung in die nächstniedrige Schulform. Dabei hat sich das Wiederholen von Klassen als absolut ineffizient erwiesen. Die Kinder steigern ihre Leistung in den schwachen Fächern nicht, sondern leiden unter dem sozialen Verlust. Die finanziellen Mittel, die jährlich für das Sitzenbleiben aufgewendet werden, wären sehr viel klüger in individuelle Förderung investiert.

Die Lösung für einen Teil der angesprochenen Probleme muss, wie bereits erläutert, zwingend schon im Bereich der frühkindlichen Bildung, vor dem Schulbesuch der Betroffenen, angegangen werden, etwa durch frühstmögliche Förderung von Kindern mit Sprachdefiziten sowie die Beratung ihrer Eltern. Aber auch die Schule muss sich von Grund auf reformieren, um den alten und neuen Herausforderungen heute gerecht zu werden.

Wir wollen, dass die Schulen der Zukunft alle Schülerinnen und Schüler zu besseren Lernleistungen führen als heute. Der Abbau der überproportionalen Benachteiligung von Schülerinnen und Schülern aus zugewanderten und einkommensschwachen Familien ist dabei eine der Kernaufgaben. Eine andere ist das Entdecken und frühzeitige Fördern von Begabungen und Talenten Einzelner. Daher plädieren wir für eine neue Schule, in der die Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer jeweiligen Begabung und ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit bestmöglich gefördert werden. Diese muss ein Ort sein, an dem in Talente investiert und nicht wegen vermeintlicher Defizite aussortiert wird. Die neue Schule setzt Vertrauen in jedes Kind und verfolgt damit ein ehrgeiziges Ziel: Schnellstarter und Spätentwickler sollen einen möglichst hohen Bildungsabschluss erreichen. Die Vermittlung der Fähigkeit, selbständig zu lernen, sich neues Wissen anzueignen, sich mit einer ständig veränderten Welt auseinander zu setzen, steht dabei im Zentrum dieses Weges hin zur *Neuen Schule*, zu einem besseren, modernen und gerechten deutschen Schulsystem.

Diese Neuen Schulen müssen selbständiger und flexibler werden. Daher treten wir für eine autonome und demokratische Verwaltung der einzelnen Schulen ein, an der Eltern, Schülerinnen und Schüler mit den Lehrkräften gestaltend teilhaben. Die Schule der Zukunft soll sich dabei weitgehend selbst steuern, ihre Ergebnisse überprüfen lassen und über diese Rechenschaft ablegen, um dann als Institution Verantwortung für das Erreichen der Bildungsziele innerhalb ihrer demokratischen Selbstverwaltung, aber auch gegenüber der Schulaufsicht Verantwortung zu übernehmen.

Empfehlung 1: Flexible Eingangsphase in der Grundschule

Echte Kooperationen zwischen Kindergärten und Grundschulen gibt es derzeit nur sporadisch und die aufnehmende Bildungsinstitution weiß über die neuen Kinder oft nur sehr wenig. Auch werden viele Kinder zu spät eingeschult, vom Schulbesuch zurückgestellt oder wegen Entwicklungsverzögerungen in Vorklassen geschickt.

Diese Brüche in der Bildungsbiographie müssen – wie bereits erläutert – verhindert werden.

Durch die schrittweise Einführung einer flexiblen Eingangsphase an Grundschulen, in der die Inhalte der ersten beiden Schuljahre, orientiert an den Möglichkeiten des einzelnen Kindes in einem, zwei oder bei entsprechendem Förderungsbedarf auch in drei Jahren vermittelt werden können, und durch den Verzicht auf Rückstellungen vom Schulbesuch kann eine *kindgerechte* Schule entstehen, die von Anfang an individuelles Lernen fördert. So wird der Übergang vom Kindergarten in die Grundschule erleichtert, Vorklassen können entfallen und alle Kinder spätestens mit sechs Jahren eingeschult werden. In der flexiblen Eingangsphase werden die Kinder statt des ersten und zweiten Grundschuljahrs bis zu drei Jahre lang gemeinsam in altersgemischten Gruppen unterrichtet. Die flexible Eingangsstufe kommt nicht nur begabten Kindern zugute, die die Schuleingangsstufe in einem Jahr durchlaufen können, sie wirkt sich auch positiv auf entwicklungsverzögerte Kinder aus, die bei der gleichen Lehrkraft und in der vertrauten Kindergruppe ein drittes Jahr lernen können, ohne dass dies auf die Schulbesuchszeit angerechnet wird. Somit kann jedem Kind die Chance eröffnet werden, seinen Lernvoraussetzungen, seinem Leistungsvermögen und seinem Lerntempo entsprechend gefördert zu werden.

Wichtig ist neben der individuellen Förderung der Kinder eine Neuorganisation des Unterrichts. Dabei müssen Kleingruppenarbeiten gestärkt und zunehmend Möglichkeiten geschaffen werden, den Kindern binnendifferenzierte Aufgaben zu geben, ihnen also entsprechend ihrer Fähigkeiten auch innerhalb einer Gruppe Aufgaben unterschiedlichen Schwierigkeitsgrades zu stellen. Hierfür muss sich auch die Art der Stoffvermittlung ändern. Lehrerinnen und Lehrer müssen das selbständige Arbeiten der Schülerinnen und Schüler von Anfang an einüben. Hierfür sind gezielte Fortbildungen sowie grundlegend neue Ansätze in der Ausbildung der Lehrkräfte unabdingbar.

Empfehlung 2: Für eine neue Lernkultur

Aufbauend auf der Idee der flexiblen Eingangsphase muss generell in der Schule eine neue Lernkultur entwickelt werden, die sich an dem selbständigen Lernen und Erarbeiten von Inhalten und an schülerzentriertem fächerübergreifendem (Projekt-) Unterricht orientiert. Kooperative Unterrichtsmethoden, also eine aktive Beteiligung aller Schülerinnen und Schüler am Unterrichtsgeschehen, fördern die Teamfähigkeit und soziale Kompetenz der Kinder, steigern das Interesse an den Unterrichtsinhalten und vertiefen deren Verständnis. Modellversuche haben gezeigt: Schülerinnen und Schüler unterstützen sich auf diese Weise wechselseitig beim Lernen, wobei dieser Effekt mit wachsender Erfahrung in Gruppenarbeiten zunimmt. Die Schülerinnen und Schüler konzentrieren sich besser und sehr viel weniger Kinder schalten oder lenken sich gegenseitig ab. Einzig bei der Vermittlung des Wissens an die anderen Kinder gab es in den Modellversuchen Defizite. Die Vermittlungskompetenz lässt sich aber durch mehr Erfahrung mit der neuen Unterrichtsmethode und durch ein geübtes gegenseitiges Fragestellen verbessern. Wichtig ist die Verwendung neuen Lernmaterials, das auf die Fertigkeiten und Vorkenntnisse der Schülerinnen und Schüler abgestimmt ist und so die selbständige Arbeit ermöglicht.

Lehrerinnen und Lehrern kommt durch die neue Lernkultur eine veränderte Rolle zu. Neben der sorgfältigen und aufwändigen Unterrichtsvorbereitung haben sie die Aufgabe, die Kleingruppen bei sozialen, inhaltlichen und organisatorischen Schwierigkeiten zu unterstützen und gegebenenfalls zu helfen, wenn die Arbeit ins Stocken gerät. Fachinhaltlich sollten sie dabei nur lenkend eingreifen, um die Kinder bei der selbständigen Bearbeitung von Problemen und der Entdeckung von Lösungswege nicht zu stören. Formen des Gruppenunterrichts, die diese Prinzipien berücksichtigen, können aufgrund der aktiven Beschäftigung aller Schülerinnen und Schüler mit dem Lernmaterial zu besseren Lernergebnissen führen als der herkömmliche Frontalunterricht. Pädagoginnen und Pädagogen werden auf diese Weise zu Lernberatern und -begleitern für Lernprozesse.

Nicht nur in der Grundschule, sondern auch in den weiterführenden Schulen benötigen Kinder individuelle Förderung und Unterstützung. In den Schulen der Zukunft werden daher sozial- und sonderpädagogische Fachkräfte und Unterrichtsassistentinnen und -assistenten gebraucht, damit eine spezifische Förderung erfolgen kann. Im Gruppenunterricht können auch Modelle ausprobiert werden, in denen die besseren Schülerinnen und Schüler eine Mentorenfunktion für die schwächeren einnehmen. Hiervon werden alle Kinder profitieren.

Bessere Leistungen sind nicht durch Selektion, sondern nur durch eine andere Lernkultur zu erreichen, die die Verschiedenheit der Lernenden wertschätzt und zu nutzen versteht. Das entmutigende und weitgehend wirkungslose Sitzenbleiben sowie der erzwungene Schulwechsel werden dadurch verhindert und überflüssig gemacht. Wir müssen weg von Schulen, die über die *falschen* Schülerinnen und Schüler klagen, hin zu Schulen, die *richtig* für ihre Schülerinnen und Schüler sind. Kinder müssen spüren, dass sie in ihrer Schule gewollt sind und unterstützt werden.

Insbesondere in den Grundschulen sollen Lernentwicklungsberichte statt Zensuren Kindern und Eltern differenziert über die Lernfortschritte Auskunft geben. Jedes Kind kann und will lernen und es gilt, diese Motivation zu erhalten. Lehrerinnen und Lehrer können zukünftig stärker zu Anwälten für den Lernerfolg ihrer Schülerinnen und Schüler werden, wenn sie deren Bildungspotentiale ausschöpfen. Ein neues Rollenverständnis der Lehrkräfte sieht die Unterstützung und Beratung der Lernenden und die Begleitung ihrer Lernprozesse als Hauptaufgabe an. Lehrerinnen und Lehrer sollen darauf durch eine andere Ausbildung und Fortbildung vorbereitet werden. Aber auch Eltern und Kinder müssen ihren Beitrag zur Steigerung des Lernerfolges leisten. Dieses Zusammenwirken kann nur in einem Klima wachsen, dass die Bedeutung von Bildung positiv unterstreicht und Schülerinnen und Schüler nach dem Motto *Lernen lohnt sich* zu einer Kultur des Sich-Anstrenge-Wollens motiviert.

Es kann in Zukunft nicht mehr allein darum gehen, mit welchen Inhalten sich die Schülerinnen und Schüler befassen, sondern auch darum, inwieweit sie das Gelernte auf andere Themen übertragen und anwenden können, welche Problemlösungsstrategien, Handlungskonzepte und -fähigkeiten ihnen an die Hand gegeben werden.

Empfehlung 3: Für selbständige Schulen

Eine neue Lernkultur, eine verbesserte individuelle Förderung der Kinder und eine gesteigerte Qualität des Unterrichts sind unserer Meinung nach in selbständigen, eigenverantwortlichen Schulen am besten umzusetzen. Sie haben die Freiheit, eine neue Lernkultur zu entwickeln und zu organisieren. Selbständige Schulen können sich viel besser und schneller auf individuelle und auch neue Anforderungen ein- und umstellen

Den Schulen der Zukunft soll selbst überlassen bleiben, auf welchem Weg sie vorgegebene Bildungsziele erreichen wollen. Festgelegte Wochenstundenpläne, starre Fächer und Lehrpläne schränken die Kreativität der Kinder, der Lehrerinnen und Lehrer und der Schulen unnötig ein. Schulleitungen sollen dabei für die Qualitätsentwicklung der gesamten Schule verantwortlich sein.

An Schulen sollen künftig verstärkt Menschen mit verschiedenen Berufen arbeiten. Sozialpädagogische und psychologische Fachkräfte sollen die Schule in ihrem Erziehungsauftrag unterstützen, Sonderpädagogen mit den Fachlehrerinnen und -lehrern die Verantwortung für die Integration behinderter Kinder übernehmen. Multiprofessionelle Fachkräfte aus anderen beruflichen Bereichen sowie Vereine und Jugendhilfe können die Bildungs- und Freizeitangebote der Schule sinnvoll ergänzen.

Wir wollen, dass Schulen in Zukunft selbständig über ihren Personaleinsatz, über die Unterrichtsgestaltung und über die Verwendung ihrer Finanzmittel entscheiden können. Die einzelne Schule kann selbst am besten beurteilen, ob eher eine neue Lehrkraft, eine zusätzliche Sozialpädagogin oder bspw. ein Schreiner oder eine Gärtnerin für die Nachmittagsbetreuung gebraucht wird.

In einer selbständig organisierten Schule kann auch das Fortbildungsangebot für einzelne Lehrerinnen und Lehrer oder das gesamte Schulpersonal optimal auf die Bedürfnisse der Schülerschaft abgestimmt werden. Verbunden mit dieser neuen Freiheit ist die Verpflichtung, die Entscheidungen für die Allgemeinheit transparent zu machen und Lehrkräfte, Eltern sowie Schülerinnen und Schüler angemessen zu beteiligen.

Empfehlung 4: Für Bildungsstandards, Vergleichbarkeit und Evaluation

Um die Qualität aller Schulen zu gewährleisten, setzen wir auf nationale schulformübergreifende Mindest-Bildungsstandards mit darüber hinausreichenden Kompetenzstufen. Lehrerinnen und Lehrer erhalten auf diese Weise eine Orientierung für ihren Unterricht und eine Messlatte für die Überprüfung von Lernerfolgen. Bildungsstandards ermöglichen auch einen transparenten Vergleich der einzelnen Leistungen von Schülerinnen und Schülern sowie der Schulqualität insgesamt.

Die Überprüfung von Lernerfolgen dient in der Schule der Zukunft nicht zur Selektion, sondern dazu, die Grundlage für individuelle Förderstrategien zu schaffen und die Schulen insgesamt anzuregen, ihre Qualität zu verbessern. Diese Formen der Leistungsrückmeldung werden nicht mehr dazu verwendet, Kinder auszusortieren, sondern dienen vielmehr dazu, deren Leistungsbereitschaft und Motivation zu fördern, indem sie Schülerinnen und Schüler dabei unterstützen, ihre eigenen Neigungen zu erkennen und ihre Fähigkeiten zu entfalten. So sollen die Kinder lernen, ihre eigenen Leistungen realistischer einzuschätzen und Strategien zur Leistungsverbesserung zu entwickeln. Kinder, die Gefahr laufen, die Mindest-

standards nicht zu erreichen, müssen noch stärker individuell gefördert werden. Für die Leistungsmessung müssen die Schulen die Verantwortung übernehmen. Auf diese Weise werden wir unserem Anspruch gerecht, die Schulen fit für die Kinder zu machen.

Die Schulen sollen künftig ihre Qualität überprüfen und Rechenschaft ablegen, ob und wie sie die individuelle Förderung der Kinder erreichen. Sie sollen unabhängig extern evaluiert werden, um Qualitätssiegel zu erhalten, und sich auch mittels interner Evaluierung Klarheit über die Wirksamkeit ihrer Arbeit und über das Erreichen ihrer Ziele zu verschaffen. Dabei müssen künftig auch verantwortungsvolle Methoden entwickelt werden, die Meinung der Schülerinnen und Schüler zu einzelnen Lehrkräften und Fächern einzuholen. Die Evaluationsergebnisse dienen zur weiteren Verbesserung der Unterrichtsqualität.

Schulen, die den pädagogischen Weg und die Organisationsform ihres Unterrichts selbst bestimmen, sollen die Lernerfolge ihrer Schülerinnen und Schüler am Ende auch durch z.T. zentrale Prüfungen feststellen.

Empfehlung 5: Für ein längeres gemeinsames Lernen

Im internationalen PISA-Vergleich fiel auf, dass insbesondere die Länder gut abschnitten, in denen die Zeit des gemeinsamen Lernens länger währt als in Deutschland. In den meisten dieser erfolgreicheren Länder dauert sie bis zum Ende der Sekundarstufe I. Die Ergebnisse der IGLU-Studie legen nahe, dass die größten Probleme in deutschen Schulen in der gegliederten Sekundarstufe I beginnen. IGLU erhärtet damit die These, dass ein längeres gemeinsames Lernen auch bei uns zur Problemlösung entscheidend beitragen kann. Die Verlängerung der Zeit gemeinsamen Lernens in Verbindung mit einer Veränderung der Unterrichtskultur und individueller Förderung ist offensichtlich ein wichtiger Baustein für die Modernisierung unseres Schulwesens.

Dieser Ansatz, durch längeres gemeinsames Lernen bessere Bildung zu vermitteln und soziale Ungerechtigkeiten abzubauen, wird inzwischen von vielen Fachleuten geteilt, die sich mit der Weiterentwicklung des deutschen Schulsystems beschäftigen (Baden-Württembergische Handwerkskammer, Bertelsmann-Stiftung, Mc-Kinsey-Stiftung, Verband Bildung und Erziehung, GEW, die Kommunalen Spitzenverbände in NRW).

Die beschriebene neue Lernkultur kann sich nach unserer Überzeugung am besten in einer Schule entfalten, die auf Förderung und nicht auf Auslese ausgerichtet ist. Begabtenförderung und die Förderung von Benachteiligten schließen sich dabei nicht aus, sondern bedingen einander. Wer Spitzenleistungen will, muss alle Schülerinnen und Schüler nach ihren individuellen Möglichkeiten fördern. Auch der positive Einfluss herausragender Schülerinnen und Schüler auf solche mit unterdurchschnittlichen Leistungen darf nicht unterschätzt werden. Klasseninterne Nachhilfe und gruppendynamisches Lernen entwickeln erst an solchen Schulen ihr volles Potential, an denen Starke und Schwache gemeinsam lernen.

Der Gegenentwurf zu diesem Ansatz und die heutige Praxis, junge Menschen nach vermeintlichem Leistungsvermögen im Alter von zehn Jahren zu klassifizieren und auf fünf verschiedenen Schultypen abgeschottet voneinander zu verwalten, hat offensichtlich versagt. Wir wollen daher dieses falsche Prinzip der Selektion überwinden. Nur eine selbständige, demokratisch geführte und für den Lernerfolg der

ihr anvertrauten Kinder eigenverantwortliche Schule kann die Herausforderung meistern, alle ihre Schülerinnen und Schüler individuell und optimal zu fördern. Nur eine Schule, die sich gemeinsam und im Austausch mit anderen Schulen im Rahmen regionaler Bildungsverantwortung auf den Weg zu einer *lernenden Schule* macht, wird es schaffen, die Qualität und die Lernkultur zu entwickeln, die den Erfolg der skandinavischen Schulen heute ausmacht. Ein Schulsystem, dessen unterschiedliche Gliederungen noch auf das Ständesystem vergangener Jahrhunderte zurückzuführen sind, und das wissenschaftlich nachweisbar äußerst ungenügende Ergebnisse erzielt, hat heute vor den Herausforderungen einer Informations- und Wissensgesellschaft, der Globalisierung und der demographischen Entwicklung ausgedient.

Für den Weg von einer zwei-, drei-, vier- und fünfgliedrigen Schulstruktur, wie wir sie in Deutschland vorfinden, zu einer gemeinsamen Schule der Vielfalt und der Bildungsgerechtigkeit, gibt es keine Patentrezepte. Und wir wissen auch: Das längere gemeinsamen Lernen allein ist nicht das Allheilmittel für unser marodes Bildungssystem. Die alleinige Fokussierung auf einen Streit über die *Systemfrage*, wie er in den großen schulpolitischen Debatten der 60er und 70er Jahre geführt wurde, wäre für ein Gelingen der Schule der Zukunft kontraproduktiv. Denn PISA und IGLU machen deutlich, dass der entscheidende Faktor für gelingende leistungsfähige Schulen eine grundlegend veränderte Unterrichtskultur ist, die sich durch mehr ausprobierendes, forschendes Lernen der Schülerinnen und Schüler auszeichnet, verbunden mit individueller Förderung. Angesichts der sonstigen wissenschaftlichen Zurückhaltung fällt auf, wie deutlich auch das PISA-Konsortium betont, dass die Strukturierung des Unterrichts, die methodisch-didaktischen Veränderungen und vor allem die Entwicklung der Fähigkeit, mit Heterogenität umzugehen, notwendige Bedingungen für eine Verbesserung des deutschen Bildungssystems sind.

Die oftmals überschene, aber mitentscheidende Voraussetzung für den Erfolg des gemeinsamen Lernens bis Klasse neun in Finnland ist der gesellschaftlicher Konsens über diese Frage. Nach langen Debatten über die richtige Organisationsform von Schule haben sich die Finnen parteiübergreifend für das gemeinsame Lernen entschieden. Anschließend war die Wahl dieses Weges nicht mehr Gegenstand von bildungspolitischen Auseinandersetzungen oder gar Wahlkämpfen. Von dieser Situation sind wir in Deutschland leider weit entfernt. Wir sind davon überzeugt, dass ein längeres gemeinsames Lernen auch in unserem Land der Schlüssel zu mehr Bildungschancen für alle wäre. Deshalb werden wir für dieses Konzept streiten. Gleichzeitig sind wir jedoch der Überzeugung, dass sich Strukturveränderungen an den Schulen nicht von oben verordnen lassen. Nur Veränderungen, die von den Beteiligten selbst getragen und gelebt werden, können nachhaltige Erfolge erzielen. Flächendeckende Zwangsbeglückungen sind mit uns ebenso wenig zu machen wie das starre Festhalten an dem offensichtlich gescheiterten dreigliedrigen Schulsystem. Wir wollen Schulen unterstützen und ermutigen, die für sie und ihre Schülerinnen und Schüler richtigen Veränderungen auf den Weg zu bringen, und dabei von PISA-Siegerländern wie Finnland lernen. Wir sind davon überzeugt, auf diese Weise positive Modellbeispiele schaffen zu können, die auch in Deutschland den Weg zu einem gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit längeren gemeinsamen Lernens ebnen werden.

Eine Veränderung des Schulsystems muss dabei nicht vom einen auf den anderen Tag passieren, sondern soll sich entwickeln. Schulen können sich freiwillig entscheiden, das Konzept der neuen Schule und des gemeinsamen Lernens umzusetzen. Gestärkt auch mit zusätzlichen finanziellen Fördermitteln werden diese Schulen, ihren neuen Gestaltungsspielraum wahrnehmend, eine enorme Attraktivität für Schülerinnen und Schüler sowie deren Eltern entwickeln.

Diesen Weg hin zu einem flexibleren, vielseitigeren, gerechteren und schließlich erfolgreicherem Schulsystem wollen wir mit aller Kraft anstoßen und fördern.

Empfehlung 6: Für den Ausbau von Ganztagschulen

Für eine verbesserte Vereinbarkeit von Familie und Beruf ist der massive Ausbau von Ganztagschulen dringend notwendig. Um den Kindern gerade in der frühen Lernphase so viel Raum zum Lernen und so viel individuelle Förderung wie möglich zu bieten, soll der Ausbau von Grundschulen zu Ganztagschulen absolute Priorität haben.

Verstärkte Nachmittagsangebote sind sicher ein erster Schritt in die richtige Richtung. Unser Anspruch an eine neue Lernkultur und an mehr Raum zum Lernen und Entdecken geht aber weiter. Langfristig gesehen kann nur eine echte Ganztagschule, in der das qualifizierte Lernen ausgedehnt werden kann und in der pädagogisch abgestimmter Projektunterricht stattfindet, diesem Anspruch gerecht werden.

Ähnlich wie im Kindergarten wollen wir, dass sich die Schulen dem Stadtteil bzw. der Gemeinde öffnen. Schulen sollen bei Kultur- und Freizeitangeboten mit den verschiedenen Jugendverbänden und Hilfsdiensten und auch mit der Jugendhilfe zusammenarbeiten.

Gerade bei Schülerinnen und Schülern mit Migrationshintergrund hat sich gezeigt, dass insbesondere die Sommerferien ein Auseinanderdriften der Leistungen weiter verstärken. Während Kinder aus bildungsnahen Schichten in den Ferien mindestens ihren Wissensstand halten, wenn nicht sogar verbessern, fallen Kinder mit Migrationshintergrund in den Ferien häufig hinter ihren ursprünglichen Wissensstand zurück. Um dieser dramatischen Entwicklung zu begegnen, müssen Ferien begleitende Sommercamps und andere Bildungsangebote ausgebaut werden und sich als ein Förderinstrument neben vielen anderen etablieren.

Zudem erschweren die Ferienregelungen in Schulen mehr noch als in vorschulischen Einrichtungen die Vereinbarkeit von Familie und Beruf für die Eltern. Auch hier sollten die Schulen gemeinsam mit den Kommunen und den Jugendhilfsträgern Ferienbetreuungsangebote möglich machen.

Empfehlung 7: Für eine veränderte Lehrerrolle

Wichtige Voraussetzung für das Gelingen der Schule der Zukunft ist die Akzeptanz eines neuen Lehrerleitbildes und einer verbesserten Lehrerbildung. Denn mit einer neuen Lernkultur stehen Lehrerinnen und Lehrer vor veränderten Aufgaben. Gleichzeitig verlangt der Ausbau von Ganztagschulen eine verstärkte Präsenz der Lehrkräfte in den Schulen selbst und führt somit zu einer zunehmenden Verlagerung des Arbeitsschwerpunktes.

Wir wollen, dass sich Lehrerinnen und Lehrer ihrer Verantwortung für die Lernprozesse ihrer Schülerinnen und Schüler bewusst sind, diese wahrnehmen und ihre

Arbeit in Kooperation untereinander sowie im Austausch mit dem übrigen Schulpersonal, dem kommunalen Umfeld sowie den Eltern aktiv gestalten.

Die wachsende Bedeutung von Teamarbeit und die Forderung nach einer auf Heterogenität und Förderung des forschenden Lernens angelegten Unterrichtspraxis verlangen eine entsprechende Aus- und Weiterbildung der Lehrkräfte. Bisher gelingt der professionelle Umgang mit Heterogenität und individueller Förderung im deutschen Schulsystem nur in Ausnahmefällen. Vielen Lehrerinnen und Lehrern ist der gute Wille nicht abzusprechen, aber der Umgang mit heterogenen Lerngruppen scheint im Rahmen der bisherigen Ausbildung nicht hinreichende Berücksichtigung zu finden.

Wir fordern daher eine Abkehr von der schulformabhängigen Lehrerbildung. Wir brauchen für alle Lehrerinnen und Lehrer eine gemeinsame Ausbildungsphase, in der entscheidende Grundlagen wie Lerntheorien, Diagnostik sowie Grundlagen der Didaktik vermittelt werden. Außerdem bedarf es Studienabschlüssen, die den Wechsel zwischen den verschiedenen Schularten und damit deren Aufhebung erleichtern. Durch eine Reform des Dienstrechtes wollen wir das an Schulformen orientierte Lehramt und das Berufsbeamtentum überwinden.

6. Hochschule – Offen, innovativ und selbständig

Auch in den Hochschulen hat sich die Vererbbarkeit von Bildungschancen extrem zementiert. Kinder aus bildungsfernen Schichten haben im Vergleich zu Kindern von Akademikern trotz gleicher Begabung und Potenziale wesentlich geringere Chancen auf Hochschulzugang und -abschluss: Nur 21 Prozent der Kinder von Vätern mit Hauptschulabschluss nehmen ein Hochschulstudium auf, während dies 84 Prozent der Kinder von Vätern mit Hochschulreife tun. Der unterproportionale Anteil von Studierenden aus bildungsfernen Schichten hat hierbei vielschichtige Gründe. Zum einen liegen sie im bestehenden Schulsystem, das, wie ausgeführt, zu früh selektiert und Begabungen dadurch oft gar nicht erst erkennt. Zum anderen liegen Erklärungsansätze in den hohen Opportunitätskosten für die Aufnahme eines Studiums, im Hochschulzugang selbst sowie in den inneren Strukturen der Hochschulen.

Wir müssen daher unser Hochschulsystem für grundlegende Veränderungen öffnen, um endlich Chancen- und Teilhabegerechtigkeit zu verwirklichen. Dazu brauchen wir mehr Hochqualifizierte. Wissenspotenziale und Talente dürfen nicht länger brach liegen.

Gleichzeitig wachsen mit zunehmender Entwicklung hin zu einer Wissensgesellschaft die Anforderungen an ein modernes Wissenschaftssystem. In Zukunft wird Bildung – noch mehr als bisher – über den persönlichen wie beruflichen Erfolg entscheiden. Und in Zukunft wird das lebenslange Lernen, also Phasen der Fort- und Weiterqualifikation nach der Erstausbildung, eine immer wichtigere Rolle spielen. Da Bildung damit mehr und mehr zur wichtigsten Zukunftsressource wird, muss die chancengerechte Teilhabe an Bildung in den Mittelpunkt der Diskussion über notwendige Bildungsreformen auch im Hochschulbereich gerückt werden.

Hohe Bildungsbeteiligung ist ein Motor für individuelles Fortkommen, für Innovationen, für gesellschaftlichen und wissenschaftlichen Fortschritt sowie für eine nachhaltige wirtschaftliche Entwicklung im Sinne der *Lissabon-Strategie*. Forschung und Innovation, aber auch der Bildungsgrad der Einzelnen entscheiden damit über

den künftigen Wohlstand in unserem Land. Wir können und wollen den Kampf um die „billigsten“ Köpfe gegen andere Länder nicht gewinnen. Umso wichtiger ist der Kampf um die klügsten Köpfe. In unserer hoch industrialisierten Wissensgesellschaft brauchen wir den Tüftlergeist genauso wie die kulturelle Reflexion und einen geschärften Sinn für gesellschaftliche Zusammenhänge. Dies muss sich in einer breiten Fächervielfalt entsprechend widerspiegeln.

Aus diesen Gründen ist nicht nur der Hochschulzugang, sondern auch die Organisation von Wissenschaft und Forschung, also Hochschulbildung generell, eine zentrale Gerechtigkeitsfrage. Denn von einem guten Bildungsgrad der Bevölkerung profitieren alle Mitglieder der Gesellschaft: einige, weil sie selbst an ihm teilhaben, andere, weil sie von den Entwicklungen, die von Hochschulen hervorgebracht werden, profitieren.

Hier geht es neben dem individuellen Bildungserfolg auch um den Innovationsgewinn für die Gesellschaft und nicht zuletzt um die Konkurrenzfähigkeit der Wirtschaft. Daneben sind die Reflexion gesellschaftlicher Entwicklungen und die Kritikfähigkeit ihrer Mitglieder betroffen. Um diesem weiten Wirkzusammenhang gerecht zu werden, müssen die Hochschulen sowohl nach innen wirken und ihre Studierenden zu kritikfähigen Bürgerinnen und Bürgern ausbilden, als auch nach außen, um Impulse in die Gesellschaft weiterzugeben. Dies ist eine demokratische Notwendigkeit. Damit kommt den Hochschulen im Bildungssystem eine besondere Aufgabe zu.

Besondere Relevanz hat zum einen die Freiheit des Zugangs zu Hochschulen und zum anderen die Freiheit der Lehre, des Studiums und der Forschung. Die eine bedingt die andere: Eine Freiheit der Lehre und Forschung nutzt nur dann, wenn alle – in Abhängigkeit von ihrer Kompetenz, nicht aber von ihrer finanziellen Ressourcenausstattung – freien Zugang zu Hochschulbildung und -forschung haben. Nur wer Freiraum hat, Neues zu denken, wer relativ unabhängig von zeitlichen oder finanziellen Restriktionen Wissenschaft betreiben, sich also auf unbekanntes Terrain vorwagen kann, ist in der Lage, sowohl kritische Analysen als auch innovative Produkte zu entwickeln. Dazu gehört auch, dass Hochschulen selbstständig agieren und mit anderen nationalen und internationalen Hochschulen in einen Wettbewerb um die besten Ideen und Köpfe treten können.

Trotz ihrer gesellschaftlichen Schlüsselfunktion sind Hochschulen aber weiter notorisch unterfinanziert: steigenden Studierendenzahlen stehen sinkende Mittel pro Studierenden gegenüber. Hinzu kommt eine relative Unbeweglichkeit der Strukturen in den Hochschulen. Die Auswirkungen sind bekannt: schlechte Studienbedingungen, geringe Priorität der Lehre, kaum Beratung und Begleitung von Studierenden, lange Entscheidungswege bei Personal- und Sachentscheidungen sowie Ineffizienz bei den Ausgaben.

Um eine deutliche Qualitätsverbesserung zu erreichen, müssen die Autonomie der Hochschulen und die damit verbundenen Umsteuerungsprozesse weitergeführt, verbessert und beschleunigt werden. Die Anpassungen an internationale Standards, wie beispielsweise die Einführung der Bachelor- und Masterstudiengänge (Stichwort: Bologna-Prozess), aber auch bessere Bedingungen für den wissenschaftlichen Nachwuchs müssen umgesetzt werden. Daneben muss die Finanzierung der Hochschulen, durch eine deutliche Finanzpriorität der staatlichen Ausgaben für den Bildungsbereich, durch effizientere Mittelverteilung in der

cengerechtigkeit geht es bei den Reformen im Hochschulbereich ganz wesentlich um eine qualitative Verbesserung der Ausbildung. Unsere Vorstellungen haben wir in folgenden Empfehlungen zusammengefasst:

Empfehlung 1: Mehr Studienberechtigte – Kapazitäten ausbauen

Die derzeitigen Hochschulkapazitäten verhindern die notwendige Steigerung von Bildungsbeteiligung. Seit der Öffnung der Hochschulen in den 70er Jahren hat sich die Anzahl der Studierenden nahezu verdoppelt. Die finanzielle Ausstattung der Hochschulen hat mit dieser Entwicklung aber bei weitem nicht Schritt gehalten. Dies schafft einen Modernisierungstau, der sich durch die zu erwartende zahlenmäßige Zunahme der Schulabsolventinnen und -absolventen mit Studieninteresse weiter verschärfen wird. Nach Prognosen der Kultusministerkonferenz ist in den kommenden 5 Jahren mit einem Anstieg der Studienberechtigten um über 20 Prozent zu rechnen. Unter der Voraussetzung ausreichender Kapazitäten würden die Absolvierendenzahlen bis 2019 um bis zu 53 Prozent ansteigen. Ein solcher Anstieg an Studienberechtigten ist eine einmalige Chance, die Jahrgangsquoten im Bereich der tertiären Bildung auf das Niveau vergleichbarer Industrienationen anzuheben und auf diese Weise gesellschaftliche Teilhabe und Innovationskraft zu steigern. Dies setzt aber voraus, dass die Hochschulen in die Lage versetzt werden müssen, in den kommenden Jahren bis zu 65.000 Studienanfängerinnen und -anfänger pro Jahr zusätzlich aufzunehmen. Umso unverständlicher ist es, dass einzelne Bundesländer gegenwärtig ihre Studienplatzkapazitäten reduzieren. Damit verschlechtern sich die Chancen für Studierwillige, einen Studienplatz zu finden und ein Studium aufzunehmen. Die Länder und ihre Hochschulen stehen in der Verantwortung, ein ausreichendes Angebot an Kapazitäten bereitzustellen. Nur so können Bildungsbeteiligung und Teilhabegerechtigkeit erhöht, einem Mangel an hochqualifizierten Fachkräften entgegengewirkt und somit letztlich verhindert werden, dass sich die angespannte Lage auf dem Ausbildungsmarkt durch Verdrängungseffekte weiter verschärft. Wir empfehlen daher, einen gerechten und innovativen Lastenausgleich zwischen Bundesländern mit hohen und solchen mit niedrigen Ausbildungsleistungen zu schaffen.

Zudem ist es wichtig, die Personalkapazitäten der Hochschulen an die zunehmende Zahl Studierwilliger anzupassen. Es gilt daher, einen Großteil künftig frei werdender Professorenstellen vorzeitig zu besetzen, um für den Zeitraum deutlich höherer Studierendenzahlen eine bessere Personalabdeckung zu ermöglichen.

Empfehlung 2: Hochschulzugang öffnen

Wir benötigen langfristig mehr Akademikerinnen und Akademiker in Deutschland, weil durch Innovation und Fortschritt immer mehr Berufe nur von Hochqualifizierten ausgeübt werden können. Dazu ist ein Schulsystem notwendig, das mehr Schülerinnen und Schüler zum Abitur führt. Zudem müssen wir es qualifizierten Menschen ermöglichen, auch über andere Wege, zum Beispiel mit einer Berufsausbildung und einer fachspezifischen Aufnahmeprüfung, an Hochschulbildung teilzuhaben. Diese Öffnung der Hochschulen ist nicht nur dringend notwendig, sondern ergibt sich auch unmittelbar aus der Logik des modular aufeinander aufbauenden lebenslangen Lernens.

Die Wissensgesellschaft stellt den Einzelnen ständig vor neue Herausforderun-

Hochschule und letztendlich auch durch neue Ideen bei externen Finanzierungsquellen sowie der Eigenbeteiligung der von einer akademischen Ausbildung profitierenden Gesellschaftsgruppen verbessert werden.

Wer, wie CDU/CSU, auf die neuen Herausforderungen mit einer Ökonomisierung der Hochschulen reagiert, geht den falschen Weg. Hochschulen sind keine Privateinrichtungen, sondern sichern die kulturelle und gesellschaftliche Weiterentwicklung. Eine allein ökonomische Ausrichtung von Forschung und Lehrinhalten gefährdet die Freiheit der Wissenschaft. Die Verringerung der Vielfalt des wissenschaftlichen Angebots wäre die direkte Folge eines Ökonomisierungsdrucks. Zudem ist das Verhältnis zwischen Studierenden und Professorenschaft keines von Kunde zu Dienstleister, denn wissenschaftliches Arbeiten setzt gemeinsames aktives Engagement von Lehrenden und Lernenden voraus und kann nicht einfach gekauft werden.

Das Urteil des Bundesverfassungsgerichts im Januar 2005 hat den Weg für Studiengebühren in den Ländern frei gemacht. In Folge dessen führen mittlerweile sechs unionsregierte Länder allgemeine Studiengebühren ein, die Studierende ab dem ersten Semester belasten. Die vorliegenden Modelle verschärfen die soziale Selektion, weil sie Studienberechtigte aus bildungsfernen und sozial prekären Schichten vom Studium abschrecken und das „burden sharing“ weiter zuungunsten der privaten Haushalte verschieben. Damit wird das Ziel, die Studierenden- und Absolventenquote mindestens auf europäisches Niveau anzuheben, gefährdet. Verschiedene länderspezifische Gebühren-, Darlehens- und Ausfallfondsmodelle sowie Ausnahmeregelungen erschweren zudem die Mobilität der Studierenden: Ein Studienplatzwechsel innerhalb Deutschlands könnte schwieriger werden als ins europäische Ausland. Auf Landesebene erfordert die Einführung allgemeiner Gebühren daher eine differenzierte Kritik an den jeweiligen Modellen. Die Bundesebene hat daneben die Aufgabe, die Einführung von Studiengebühren kritisch zu begleiten. Dabei geht es vor allem darum, dass die Gleichwertigkeit der Lebensverhältnisse, das Prinzip der freien Berufswahl und die Mobilität der Studierenden nicht gefährdet werden. Zu prüfen ist auch, ob die Gebührenmodelle der Länder die Auflage des Bundesverfassungsgerichtes erfüllen, Studiengebühren sozialverträglich auszugestalten. Verschiedene Klageverfahren und ausstehende Rechtsgutachten werden in diesem Bereich noch länger für Rechtsunsicherheit sorgen.

Es darf nicht sein, dass Menschen aus sozialen und finanziellen Gründen vom Studieren ausgeschlossen werden. Im Gegenteil: Wir wollen mehr jungen Menschen unabhängig von ihrer Herkunft die Studienmöglichkeit eröffnen. Daher müssen wir Lösungen entwickeln, um die negativen Auswirkungen von Studiengebühren auf Studierende abzufedern und ein neues und stimmiges Konzept der Bildungsfinanzierung auszugestalten. Eine integrierte Reform der frühkindlichen Bildung und der Schule ist unserer Meinung nach eine der wichtigsten Voraussetzungen dafür, die Zahl der Studienberechtigten weiter zu erhöhen. Wir wollen, dass Kinder ihren Forschergeist und Wissensdurst entdecken und dass Menschen nicht nach ihrer Herkunft, sondern nach ihren Potenzialen und Leistungen beurteilt werden. Dafür muss sich auch in den Hochschulen einiges verändern. Die oft verkrusteten Strukturen müssen aufgebrochen werden, damit mehr Menschen erfolgreich ein Studium absolvieren können. Neben der Verwirklichung von mehr Chan-

gen. Stichworte wie *Lebensbegleitendes Lernen* sind nur Chiffren dafür, dass wir ein Bildungssystem brauchen, das die Menschen auf die Herausforderungen immer neuer Erkenntnisse und Entwicklungen vorbereitet und ihren vielfältigen Lebenswegen und Lernbiographien gerecht wird. Dabei reicht es nicht aus, bestehende Techniken oder Wissenskanons zu vermitteln. Der Hochschule als Ort eigenständigen Lernens kommt dabei eine besondere Stellung zu. Hochschulbildung wird zur Voraussetzung für die Teilhabe an der Wissensgesellschaft überhaupt.

Zur unstreitig notwendigen Erhöhung des Akademisierungsgrades der Bevölkerung müssen die Hochschulen künftig enger mit dem Weiterbildungssektor kooperieren und sich für lebenslanges Lernen stärker öffnen. Fort- und Weiterbildungsangebote an den Hochschulen müssen daher deutlich ausgebaut werden. Das ist auch für die Durchlässigkeit im Bildungssystem unerlässlich.

Die Hochschulen müssen Auswahlverfahren entwickeln, die transparent und objektivierbar sind. Zudem muss, beispielsweise bei Zugangstests oder Auswahlgesprächen, Chancengerechtigkeit gewährleistet sein. Wenn sichergestellt ist, dass Zugangskriterien keine diskriminierenden Faktoren enthalten, können sie sogar ein Beitrag zu mehr Chancengerechtigkeit sein, indem etwa nicht mehr nur die Abiturnote, sondern auch Praktika, gesellschaftliches Engagement oder besondere Talente in die Bewertung eingehen.

Empfehlung 3: Verbesserte Mobilität

Die Einführung der mit dem Bologna-Prozess beschlossenen Bachelor- und Masterabschlüsse bieten große Chancen, mehr Menschen zu einer Hochschulausbildung zu motivieren. Zum einen wird die Hemmschwelle für die Aufnahme eines Hochschulstudiums gesenkt, indem mehr Menschen mit einem geringeren Aufwand einen ersten Hochschulabschluss erreichen können. Zum anderen können Studienabschnitte voneinander getrennt und somit Lebenswege und Lernbiographien flexibilisiert werden. Der Master kann direkt im Anschluss an den Bachelor, aber auch später – etwa nach dem Erwerb praktischer Berufserfahrungen – absolviert werden. Damit ermöglicht der Master auch Menschen, die in der Mitte ihres Lebens stehen, eine Rückkehr an die Hochschule.

Die Umstellung auf Bachelor- und Masterabschlüsse trägt auch dazu bei, die sozialen Trennlinien zwischen Akademikerinnen und Akademikern einerseits und Nichtakademikerinnen und -akademikern andererseits zu verringern. Durch modularisierte und aufeinander aufbauende Wege, sich Wissen anzueignen, können zukünftig auch Menschen ohne Abitur über einen Bachelor und einen Master im Rahmen des lebenslangen Lernens zu einer akademischen Ausbildung gelangen – beispielsweise durch die Öffnung der Hochschulen für Meisterinnen und Meister oder die Weiterbildung über Berufsakademien. In Zukunft wird es also mehr Wege zu einer akademischen Ausbildung geben. Diese Öffnung, die weg von der gestaffelten Bildungspyramide führt, begrüßen wir ausdrücklich.

Gegenwärtig ist allerdings ein Trend zu sehr stark verschulden Bachelor-Studiengängen zu verzeichnen. Diese Entwicklung führt in die falsche Richtung. In der Wissensgesellschaft müssen Menschen in erster Linie Techniken erlernen, die es ihnen ermöglichen, sich Neues eigenständig anzueignen, Bekanntes zu verarbeiten und Wissen mündlich wie schriftlich zu präsentieren. Dies gelingt nicht über die verschulte Vermittlung und das Abfragen von kanonisiertem Wissen in Vorlesungen

mit Klausuren, sondern verlangt eigenständiges Forschen sowie das Präsentieren von Erlerntem und selbst Entwickeltem.

Wir teilen die Kritik am Bologna-Prozess da, wo die Umsetzung des Prozesses von den Landesregierungen und auch in den Hochschulen ungenügend vorbereitet wurde und nicht ausreichend begleitet wird. Dennoch sind wir von der Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse überzeugt, weil durch die Internationalisierung der Bildungssysteme die Mobilität von Lehrenden wie Lernenden erleichtert und gleichzeitig die Transparenz bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und Studienleistungen erhöht wird. Auf diese Weise wird der Zugang zu Bildung und Weiterbildung weiter geöffnet.

Die neue gestufte Studienstruktur soll die Vielfalt der Studienangebote und Qualifizierungswege erhöhen. Daher darf es im Regelfall nicht beim Bachelorabschluss bleiben. Dieser soll vielmehr neue Wahlmöglichkeiten eröffnen. Die Zahl der Bachelor-Studienplätze muss zwar weiter erhöht werden. Aber auch die Zahl der Studierenden, die zukünftig einen Master-Abschluss machen, darf nicht hinter der Zahl der heutigen Studienabschlüsse zurückfallen. Dazu muss vor allem der Übergang von Bachelor- zu Masterstudiengängen verbessert werden. Denn wenn in Zukunft nur noch diejenigen einen Masterabschluss machen, die eine wissenschaftliche Karriere anstreben, oder wenn der Masterzugang durch hohe Kosten oder sonstige hohe Zugangshürden erschwert wird, droht der vielfach beschworene Qualitätsabfall der Hochschulausbildung tatsächlich.

Unsere vorrangigen Ziele im Bologna-Prozess bleiben weiterhin die Erhöhung der Mobilität von Studierenden sowie die Verbesserung der internationalen Vergleichbarkeit von Studienleistungen. Die tatsächliche Vergleichbarkeit von Studienleistungen gilt es mittels eines allgemein anerkannten Punktesystem (ECTS) herzustellen. Im Zuge einer kontinuierlichen Evaluation des Bologna-Prozesses müssen zudem der ungehinderte und gebührenfreie Zugang zu konsekutiven Master-Studiengängen gewährleistet, das Akkreditierungssystem vereinfacht, und eine individuelle Studiengestaltung ermöglicht werden, die Phasen von Kindererziehung und Auslandsaufenthalten gerecht wird.

Empfehlung 4: bessere Lehre – bessere Studienqualität

Die Qualitätsverbesserung des Studiums, insbesondere die Verbesserung der Studienbedingungen und -beratung, aber auch eine deutlich höhere Gewichtung der Lehre müssen im Mittelpunkt der Reformen an den Hochschulen stehen. Um dies zu erreichen, wollen wir allgemeine Kriterien zur Qualitätsmessung von Lehre und Studienbedingungen einführen. Ferner hängen Qualität und Exzellenz in der Lehre entscheidend von den didaktischen Kompetenzen und dem Engagement der Lehrenden ab. Die bisherigen Karriereanforderungen an den Hochschulen haben ein solches Engagement bislang allerdings nicht belohnt. Hier können durch die Einführung einer Bewertung der Lehrenden durch die Studierenden, ein erhöhtes Mitspracherecht der Studierenden insgesamt sowie ein neues Personalmanagement deutliche Verbesserungen erreicht werden.

Zudem fordern wir die Hochschulen auf, den Studierenden die Bewältigung der notwendigen Studienanforderungen in der geforderten Zeit zu ermöglichen. Konkret bedeutet dies die Zusage für studierbare Studiengänge, ein ausreichendes Angebot an freien Seminar- und Laborplätze, gesicherter Prüfungstermine sowie ange-

messene Betreuung. Dazu muss das System von Tutorien und die Beratung von Erstsemestern durch ältere Studierende ausgebaut werden. Zudem muss den einzelnen Studierenden eine regelmäßige Beratung mit Professorinnen und Professoren oder wissenschaftlichen Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern über Verlauf und Ziele des Studiums möglich sein. So können Verzögerungen und Frustrationen frühzeitig vermieden werden.

Bessere Beratung und Betreuung der Studierenden sowie verbesserte Studienbedingungen sind unserer Meinung nach auch ein Weg, um mehr Menschen aus bildungsfernen Schichten zu einem Studium zu motivieren. Denn die heutigen Strukturen an den Hochschulen wirken insbesondere auf diejenigen abschreckend, die nicht von zu Hause aus an selbständiges Lernen herangeführt wurden. Auch hier sehen wir in der Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse mit ihren klareren Strukturen einen positiven Aspekt.

Empfehlung 5: Autonomie und Eigenverantwortung der Hochschulen

Seit einiger Zeit scheint die Autonomie der Hochschulen zumindest rhetorisch vollzogen. Real kann von Autonomie aber zumeist keine Rede sein. So wird neben allen baulichen Maßnahmen auch die Besetzung von Professuren weiterhin von den Landesregierungen beschlossen. Häufig werden hierdurch grundsätzliche Entscheidungen der Hochschulen verzögert, unmöglich gemacht oder grundlegend verändert. Die Hochschulen leiden gleichzeitig unter erheblichen Effizienzproblemen. Die notwendige Steigerung der Mittel muss daher mit einer Verpflichtung zur Verbesserung der Effizienz verknüpft werden – insbesondere im Bereich der Lehrveranstaltungsorganisation und der Verwaltung. Ein professionelles Management muss effektiv mit der Selbstverwaltung der Wissenschaft kombiniert werden.

Wir treten für ein Modell ein, in dem die Landesregierungen den Hochschulen weit reichende Autonomie gewähren und gleichzeitig verpflichtende Maßstäbe setzen, deren Einhaltung sie überprüfen. Die Politik formuliert den gesellschaftlichen Rahmen, schließt mit den Hochschulen Leistungs- und Qualitätsvereinbarungen ab und steuert finanziell mit politisch festgelegten Parametern bestimmte Entwicklungen. Die Einhaltung der Ziele und Vereinbarungen wird über eine Evaluation und ein transparentes Berichtswesen überprüft.

Hochschulautonomie heißt für uns allerdings nicht, dass die Hochschulen mit ihren Entscheidungen allein gelassen werden. Die Länder müssen bei Entscheidungen, die den gesamten Hochschulraum betreffen, Absprachen und Ausgleiche zwischen den einzelnen Hochschulen forcieren.

Mehr Autonomie muss auch mehr Freiraum in der Personalverantwortung bedeuten. Dies meint insbesondere mehr Flexibilität bei Einstellungen und Ausbildung sowie ein höheres Interesse an einer selbst gesteuerten Personalentwicklung. Dies setzt voraus, dass die Hochschulen in Zukunft volle Personalautonomie erhalten und auch nicht mehr an die starren Vorgaben des Beamtenrechts gebunden sind. Professorinnen und Professoren sollen künftig nicht mehr verbeamtet werden. Wir wollen stattdessen, dass im Bereich der Wissenschaft statt des Tarifrechts des öffentlichen Dienstes ein wissenschaftsspezifischer und flexibler Tarifvertrag („Wissenschaftstarifvertrag“) eingeführt wird, der gerade jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufsmäßige Forschung und Lehre auch ohne Professur ermöglicht. Damit einhergehen muss eine leistungsorientierte Bezahlung, die sich an

der tatsächlichen Tätigkeit der Lehrenden und Forschenden ausrichtet und flexible Regelungen zur Arbeitszeit schafft. Auf diese Weise können antiquierte Regelungen wie z. B. Bewährungs- und Zeitaufstiege sowie das Anciennitätsprinzip wegfallen. Darüber wird auch Quereinsteigerinnen und Quereinsteigern sowie Juniorprofessoren die Möglichkeit gegeben, sich für einen Lehrberuf zu entscheiden. Gleichzeitig soll es möglich bleiben, Lebenszeitverträge abschließen zu können.

Die Verwirklichung der Chancengerechtigkeit für Frauen in allen Bereichen der Gesellschaft ist eines der zentralen Querschnittsthemen grüner Politik, dem sich auch Realismus & Substanz verpflichtet fühlt. Das Ziel, den Frauenanteil in allen Qualifikationsstufen zu erhöhen, muss daher auch bei autonomen Personalentscheidungen der Hochschulen Priorität haben. Darüber hinaus muss der gezielte Abbau struktureller Benachteiligung von Frauen durch Zielvereinbarungen und Sanktionen zu einem wichtigen Kriterium bei der Mittelvergabe gemacht werden.

Empfehlung 6: Demokratie als Leitprinzip

Gerade in einer autonomen Hochschule, bei der demokratische Kontrolle von außen eingeschränkt wird, müssen alle Hochschulmitglieder demokratisch in die Entscheidungsstrukturen eingebunden werden. Entscheidungen über das Budget, große Strukturänderungen und über die wissenschaftliche Profilbildung sollen über demokratisch gebildete Senate getroffen werden. Alltagsentscheidungen sollen aus Gründen der besseren Effizienz von den Hochschulleitungen getroffen werden. Zu einer Stärkung der demokratischen Strukturen an den Hochschulen gehört insbesondere, dass die Studierenden in angemessener Weise an Entscheidungsprozessen beteiligt werden. Entscheidungsgebende Gremien wie zum Beispiel der akademische Senat müssen stärker paritätisch besetzt werden. Die dort gegenwärtig bestehende professorale Übermacht ist angesichts der tatsächlichen Größe der anderen Statusgruppen, namentlich der Studierenden und des Mittelbaus, ein nicht hinnehmbares demokratisches Defizit. Vor diesem Hintergrund halten wir auch aus Gründen der Transparenz eine paritätische Besetzung der Präsidien mit Mitgliedern aus Studentenschaft und Mittelbau für erstrebenswert. Des Weiteren sollte über die Einrichtung von Senatsvorständen nachgedacht werden. Ein weiteres Mittel zur Demokratiestärkung an den Hochschulen stellt die Evaluation von Lehrveranstaltungen und die daran geknüpfte Mittelverteilung dar.

Insbesondere aber die grundsätzliche Vergabe der finanziellen Mittel innerhalb der Hochschule muss demokratisch unter Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure der Hochschule und transparent ausgehandelt werden. Demzufolge sollen die Senate über die Haushaltsplanung entscheiden und das Präsidium in ihrer Amtsführung kontrollieren. Budgetrecht und Kontrolle der Exekutiv-Organen ist Grundlage eines jeden parlamentarischen Systems. Künftig muss die hochschulinterne Verteilung der Mittel Aufgabe des Präsidiums sein. Diese legt dem Senat nach Verhandlungen mit den Fachbereichen und anderen Einheiten einen Haushaltsplan vor, der sich an den bundesweiten Richtlinien zu orientieren hat. Dem Senat schließlich obliegt kraft des ihm zustehenden Budgetrechtes die Genehmigung des Haushaltes.

Eingeworbene Drittmittel sind oft ungerecht auf die einzelnen Fachbereiche der Hochschulen verteilt. Einige Fachbereiche bekommen viel, andere nichts. Die Gremien der Hochschule sollen zukünftig einen Solidarausgleich schaffen, der die

Einwerbung von Drittmitteln attraktiv hält, aber auch drittmittelschwache Fachbereiche berücksichtigt.

Empfehlung 7: Für eine vielfältige Hochschullandschaft

Die Hochschulen sollen attraktive, gut ausgestattete Orte des Lehrens, Lernens und Forschens werden. Als selbständige, demokratisch verfasste Einrichtungen sollen sie eigene Schwerpunkte setzen und sich verstärkt international ausrichten können. Durch eine stärkere Autonomie, die Profilbildung und die Exzellenzinitiative wird es zu einer stärkeren Differenzierung und Diversifizierung unserer Hochschul- und Wissenschaftslandschaft kommen. Dieser Prozess birgt neue Gestaltungsmöglichkeiten, stellt uns aber auch vor neue Herausforderungen. Eine stärkere Ausdifferenzierung muss dabei nicht mehr Ungerechtigkeit bedeuten, sondern kann auch eine Chance für mehr soziale Gerechtigkeit sein. Die Realität einer arbeitsteiligen Wissensgesellschaft verlangt ein differenziertes Bildungssystem, das zugleich allen die Chance für sozialen Aufstieg eröffnet. Dazu gehören unterschiedliche Hochschulbildungsangebote, die etwa von eher anwendungsorientierten Studiengängen bis hin zu sehr abstrakt-theoretischen reichen, von sehr allgemeinen und interdisziplinären bis hin zu sehr spezialisierten.

Allerdings muss – parallel zu Profilbildung und Exzellenzförderung – die große Mehrzahl der Hochschulen in der Lage sein, hochwertige Forschung, Lehre und Nachwuchsförderung über die Breite der Fächer zu betreiben. Im Zuge der Diversifizierung wird sich auch das Bild vom Wissenschaftler bzw. der Wissenschaftlerin als Beruf wandeln. So kann z.B. das Profil des Lecturers für Professoren mit besonderen fachdidaktischen Begabungen ein neuer und sinnvoller Weg der Spezialisierung sein.

Ähnliches gilt auch für den Forschungsbereich. Hier wird es Hochschulen und Fachbereiche geben, die sich mehr mit Grundlagenforschung beschäftigen, und solche, die sich stärker der Anwendungs- und Auftragsforschung verschrieben haben. Prinzipiell sollte es auch möglich sein, Forschung und Lehre an Hochschulen unterschiedlich zu gewichten.

Differenzierung wird heute oft allein unter dem Schlagwort ‚Elite-Universitäten‘ diskutiert. Auch ist die Bildung von Exzellenz in einem solchen Prozess der Differenzierung selbstverständlich gewollt und sogar nötig. Bei der Gründung von Elite-Hochschulen sehen wir allerdings die Gefahr, dass der Ruf der Hochschule für die Exzellenzeinstufung ausschlaggebender sein könnte als die tatsächlich vorherrschenden Verhältnisse. Auf diese Weise drohte die Entwicklung hin zu einer Selbstrekrutierung von Eliten. Gerade die soziale Durchlässigkeit muss sich bei der Elitenbildung in Deutschland aber deutlich erhöhen. Daher muss gewährleistet werden, dass die Studierendenauswahl insbesondere in den Exzellenzbereichen der Hochschulen nicht von Herkunft, Zahlungsfähigkeit oder Geschlecht abhängig ist.

Eine Konsequenz der Entwicklung zu vielfältigen Hochschulen wird sein, dass die klare Unterscheidung zwischen Universitäten und Fachhochschulen an Bedeutung verliert. Wir brauchen ein Hochschulsystem mit verschiedensten Studienangeboten. Infolgedessen werden Arbeitgeberinnen und Arbeitgeber in Zukunft sehr viel stärker auf die einzelne Hochschule, die Inhalte und die Ausrichtung eines Studienabschlusses schauen.

Empfehlung 8: Reform des Lebensunterhalts

Für einen höheren Anteil an Akademikerinnen und Akademikern müssen wir auch die finanziellen Bedingungen für Studierende verbessern. Vor allem die Einführung allgemeiner Studiengebühren in einigen Bundesländern macht es erforderlich, die studentische Lebensunterhaltsfinanzierung zu optimieren. Zahlreiche Studierende sehen sich durch Gebühren dazu gezwungen, von den Möglichkeiten neuer Studienkredite Gebrauch zu machen. Darlehen von Landesbanken oder die bundesweiten Studienkredite seitens der KfW-Förderbank dürfen aus unserer Sicht nicht zu untransparenten und unverantwortlichen Verschuldungsrisiken der Studierenden führen. Daneben müssen wir die langfristigen Auswirkungen der Kredite auf das staatlich finanzierte BAföG im Blick haben.

Gegenwärtig bedeutet die Aufnahme eines Studiums für junge Erwachsene eine mindestens fünfjährige Verzögerung des ersten eigenen Gehalts bei gleichzeitig häufig ungeklärter Finanzierung des eigenen Lebensunterhalts. Mit der Einführung der Bachelor-Studiengänge sinken zwar durch die kürzere Studiendauer sowie durch die verbindlichere Studienstruktur die Opportunitätskosten. Gleichzeitig erhöhen sich aber in vielen Fällen die zeitlichen Anforderungen durch das Studium, so dass eine Erwerbstätigkeit nur noch in einem Teilzeitstudium möglich sein wird. Oft sind Studiengänge in Teilzeit aber gar nicht studierbar.

Insbesondere junge Menschen aus bildungsfernen Schichten sowie aus der Mittelschicht lassen sich von den undurchsichtigen finanziellen Belastungen eines Studiums von dem Gang an die Hochschulen abschrecken. Denn trotz der Erhöhung des BAföG durch die rot-grüne Bundesregierung decken die BAföG-Mittel oft nicht den Lebensunterhalt der Studierenden. Dieser wird heute überwiegend von den Eltern und durch Nebenjobs finanziert. Lediglich 13% der Abdeckung des Lebensunterhalts von Studierenden erfolgt über das BAföG. Und lediglich 1% derjenigen, die BAföG bekommen, kann ausschließlich davon leben.

Hinzu kommt, dass insbesondere Familien mit mehreren Kindern im Studium finanziell extrem belastet sind, während ihnen gleichzeitig die Vielfalt der Unterstützungsmechanismen und die tatsächlichen Kosten des Studiums unklar sind. Wir wollen deshalb ein grundlegend reformiertes Studienförderungsmodell, das allen Studierenden, unabhängig vom Einkommen der Eltern Förderungsmöglichkeiten eröffnet und dann nach dem Studium einkommensabhängig zurückgezahlt werden muss. Wir wollen die Reform des Lebensunterhalts in eine durchgängige und umfassende Konzeption einer neuen Bildungsfinanzierung einbetten.

7. Ausbildung – Chancengerecht und flexibel

Trotz der akademischen Expansion bleibt die berufliche Bildung für die Mehrheit der Bevölkerung der wichtigste Weg ins Arbeitsleben. Ein leistungsfähiges System der beruflichen Bildung, das befähigt, sich in der globalisierten Wirtschafts- und Arbeitswelt zu behaupten, ist daher unentbehrlicher Bestandteil eines gerechten Bildungssystems. An ihm entscheiden sich die beruflichen Perspektiven des Großteils der Bevölkerung sowie die Wettbewerbsfähigkeit der hiesigen Unternehmen, die von einem breiten Angebot qualifizierter und talentierter Fachkräfte abhängig ist.

Lange Jahre war das duale System der Berufsbildung ein von den Nachbarstaaten bewundertes Erfolgsmodell, mit dem der enorme Fachkräftebedarf der verarbeitenden

den Industrie gedeckt werden konnte. Heute steckt das duale System in der Krise, weil es der rasant sich wandelnden Wirtschafts- und Arbeitswelt nicht mehr gerecht wird: dem Übergang in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft, der Fragmentierung der Berufsbiographien und dem Niedergang der Beruflichkeit. Aus dieser Perspektive betrachtet gerät der allseits beklagte Mangel an betrieblichen Ausbildungsplätzen mehr zum Symptom der Krise als zu ihrer Ursache. Alle Vorschläge, die sich auf die schiere Zahl der Ausbildungsplätze versteifen, greifen zu kurz und gehen am Kern der Herausforderung vorbei.

Viel zu viele junge Menschen landen heute in Ersatzmaßnahmen, weil die Kluft zwischen ausbildungswilligen Jugendlichen und angebotenen Ausbildungsplätzen kontinuierlich wächst. Die Zahl der Schülerinnen und Schüler in Berufsvorbereitungsjahren und Berufsgrundbildungsjahren nahm in den vergangenen zehn Jahren um mehr als fünfzig Prozent zu. Nur ein Drittel von ihnen findet im Anschluss an die Warteschleifen einen betrieblichen Ausbildungsplatz. Viel zu viele Jugendliche starten somit ohne Ausbildung ins Berufsleben. Dabei ist das Risiko, dauerhaft arbeitslos zu werden, ohne oder mit nur geringer Qualifikation am größten. Der geringe Anteil von Jugendlichen mit Migrationshintergrund an höheren Schulabschlüssen schlägt auch beim Wettbewerb um die Ausbildungsplätze durch. Verdrängten früher die RealschülerInnen die HauptschülerInnen im Rennen um die besten Ausbildungsplätze, haben heute zusehends schon die RealschülerInnen das Nachsehen gegenüber den AbiturientInnen. Das durchschnittliche Alter zu Beginn der Ausbildung beträgt inzwischen 18,9 Jahren. Doch das deutsche Berufsbildungssystem tut noch immer so, als sei der Jugendliche, der nach der Hauptschule seine Lehre aufnimmt, der Normalfall.

Die bereits konstatierten Zeitverluste und die Kraft- und Mittelvergeudung setzen sich während der Ausbildung fort. Mehr als jeder fünfte Ausbildungsvertrag wird inzwischen vorzeitig gelöst, jeder achte nach über einem Jahr Ausbildung. Während viele Unternehmen die mangelnde Ausbildungsfähigkeit der Jugendlichen bemängeln, klagen viele Jugendliche und junge Erwachsene ebenso zu recht über die mangelnde Ausbildungsleistung der Ausbildungsstätten, fehlende didaktische Fähigkeiten und ihren überwiegenden Einsatz als billige Arbeitskräfte.

Bei den großen Unternehmen, die auch in Hinblick auf eine spätere Übernahme ihrer Lehrlinge geschulte Ausbilderinnen und Ausbilder beschäftigen und eigene Lehrgänge organisieren, sind in den vergangenen Jahren parallel zu den Arbeitsplätzen auch zahlreiche Ausbildungsplätze abgebaut worden. Viele kleine und mittlere Unternehmen sowie Handwerksbetriebe hingegen bilden überdurchschnittlich und über den eigenen Bedarf hinaus aus. Aber nicht jeder Ausbildungsplatz ist per se gut, sondern nur jene, deren Ausbildung anschließend auch zu verwenden ist. Von allen Azubis arbeiten ein Jahr nach dem Ende ihrer Ausbildung nur drei Viertel in einem Fachberuf. Noch geringer wird die Quote, wenn gefragt wird, ob sie noch in ihrem Ausbildungsberuf tätig sind. Nach Schätzungen werden vom Handwerk Jahr für Jahr bis zu 100.000 Schein-Facharbeiterinnen und Schein-Facharbeiter ausgebildet, die anschließend umgeschult oder für fachfremde Tätigkeiten umgelernt werden.

Um mit dem wirtschaftlichen Wandel und dem Übergang in die Dienstleistungs- und Wissensgesellschaft Schritt zu halten, sind im Rahmen des dualen Systems in den letzten Jahren immer neue Ausbildungsordnungen entwickelt worden. Heute

gibt es rund 350 anerkannte Ausbildungsberufe. Doch dieses vermeintlich breite Angebot täuscht über den Mangel an Diversifizierung hinweg. Über die Hälfte aller weiblichen Auszubildenden verteilen sich auf nur zehn Ausbildungsberufe. Bei den Jungen ist es immer noch ein Drittel.

Schließlich wächst vor allem im Dienstleistungsbereich ein heterogener Sektor von Betrieben, Unternehmen und Organisationen ohne Erwerbscharakter heran, denen faktisch die Ausbildungsfähigkeit fehlt, weil ihnen keine genauen Berufsbilder zuzuordnen sind. Viele von ihnen bieten Praktika oder Trainee-Programme an, die mancherorts sogar die Funktion der beruflichen Ausbildung übernehmen.

Wer die berufliche Bildung zukunfts- und chancengerechter gestalten will, muss sie unseres Erachtens grundlegend reformieren:

Angesichts der Unberechenbarkeit des technologischen und wirtschaftlichen Wandels ist es heute schlicht unverantwortlich, Jugendliche für ein enges Berufsbild auszubilden und ihnen zu suggerieren, diesen Beruf lebenslang ausüben zu können. Die Organisation der beruflichen Bildung muss sich vom Prinzip der Beruflichkeit verabschieden und einen kompetenzbasierten Ansatz verfolgen. Das meint weit mehr, als den einmal erlernten Beruf im Laufe der Karriere durch Zusatzqualifizierungen und Aktualisierungen jeweils auf den neuesten Stand zu bringen. Zukunftsfeste Aus- und Weiterbildung muss sich an Patchwork-Karrieren orientieren. Sie begreift vorhandene Qualifikationen nicht als unveränderlichen Ausgangs- und Endpunkt der Einsetzbarkeit, sondern als Bereicherung, die es zu nutzen gilt. Gleichzeitig werden auch fachfremde Kompetenzen – etwa ausgefallene Sprachkenntnisse – als Chance begriffen und der berufliche Seiteneinstieg nicht mehr als Scheitern einer Berufsbiographie gewertet, sondern als Zeichen von Flexibilität und Eigeninitiative verstanden.

Der Schlüssel für mehr Gerechtigkeit im Ausbildungsbereich liegt in der Ermöglichung von mehr Mobilität: mehr Mobilität zwischen verschiedenen Berufen, zwischen beruflicher und akademischer Bildung, zwischen verschiedenen Arbeitsplätzen im Inland sowie in Europa. In der sich wandelnden Welt schafft Mobilität Perspektiven und mindert Abhängigkeiten.

Ein gerechtes System beruflicher Bildung muss daher die Übergänge zwischen verschiedenen Berufen erleichtern und somit die Mobilität von Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmern erhöhen. Zwischen beruflicher und akademischer Bildung kommt es dagegen nicht nur auf erleichterte Übergänge an, sondern auf alternative Wege zu gleichberechtigten Abschlüssen.

Statt immer neue Ausbildungsberufe zu kreieren, die bis zur Regelung ihrer Rahmenbedingungen schon wieder veraltet sind, brauchen wir eine stärkere Konzentration auf tatsächliche Grundqualifikationen und eine größere Flexibilität bei Spezialisierungen und Vertiefungen. Unverzichtbar ist dabei, die Vergleichbarkeit der Qualifikationen zu gewährleisten. Die überbetriebliche Qualifikation sichert die notwendige Mobilität zwischen verschiedenen Arbeitgebern. In dem Maße aber, in dem der europäische Arbeitsmarkt zur Wirklichkeit wird, reicht es nicht mehr, die Überbetrieblichkeit an den Landesgrenzen stoppen zu lassen. Die in Deutschland erworbene Ausbildung muss europaweit vergleichbar werden, denn mit zunehmender Mobilität auch der Arbeitskräfte in Europa wird sie mit den Ausbildungsgängen anderer Staaten in Wettbewerb treten.

Empfehlung 1: Umfassende Ausbildungsfähigkeit durch bessere Schulen

Die Klage der Unternehmen über die mangelnde Ausbildungsfähigkeit vieler Jugendlicher ist berechtigt. Immer mehr junge Menschen verlassen die Schule ohne Schulabschluss. Jugendliche aus bildungsfernen Schichten und insbesondere solche mit Migrationshintergrund sind hier überproportional vertreten. Gerade in Zeiten hoher Arbeitslosigkeit haben diese jungen Menschen kaum Chancen auf dem Ausbildungs- und auf dem Arbeitsmarkt. Aber weder der qualifizierte Hauptschulabschluss noch der Realschulabschluss garantieren heute noch einen Ausbildungsplatz, weil immer mehr AbiturientInnen auch in den Ausbildungsmarkt drängen. Das führt dazu, dass zahlreiche junge Menschen – oft durch Mithilfe der Arbeitsverwaltung – nach Beendigung ihrer Schulzeit ohne berufliche Ausbildung direkt in Arbeitsverhältnisse oder Arbeitsmaßnahmen ohne Qualifikationsanspruch gehen.

Um Ausbildungsfähigkeit zu erreichen, müssen wir daher schon in der Schule ansetzen. Ziel muss es sein, dass möglichst alle Jugendlichen nach Beendigung der Schule über einen qualifizierten Abschluss und tatsächliche Ausbildungsfähigkeit verfügen. Jede auch noch so gut gemeinte „berufsvorbereitende Maßnahme“ der Arbeitsagenturen – von Berufsvorbereitungsjahren über Ein-Euro-Job, Deutsch-Kurse oder Vorbereitungen auf den Hauptschulabschluss bis zu allen anderen mehr oder weniger gut getarnten Warteschleifen – verweisen letztlich auf das Versagen der Schule. Auf die Jugendlichen wirken diese Maßnahmen bestenfalls wie Sitzbleiben, weil sie ein Jahr verlieren. Schlimmstenfalls demotivieren sie die Jugendlichen endgültig, weil sie kaum tatsächliche Berufsperspektiven eröffnen.

Unsere Empfehlungen zur Reform des Schulsystems sind daher auch für die Verbesserung der Ausbildungsfähigkeit von Jugendlichen von großer Bedeutung.

Empfehlung 2: Aufwertung der beruflichen Bildung durch Differenzierung

Die sich wandelnde Wirtschafts- und Arbeitswelt erfordert eine stärkere Differenzierung der beruflichen Bildung. Andernfalls droht diese gegenüber der akademischen Bildung auf das Abstellgleis zu geraten. Die Differenzierung muss weit über das hinausgehen, was bislang im Rahmen des dualen Systems möglich ist. Sie darf sich nicht länger auf Zusatzbausteine zur Erweiterung des Qualifikationsprofils beschränken, die im Rahmen des dualen Systems oder durch Zertifikate in vielen Ausbildungsberufen schon Wirklichkeit sind.

Vielmehr sind in ein und demselben Berufsfeld unterschiedliche Qualifikationsstufen anzubieten. Dabei soll die Differenzierung nach dem Niveau der tatsächlich erforderlichen Vorbildung, dem Verhältnis schulischer und arbeitspraktischer Anteile sowie dem Leistungsniveau nach erfolgreichem Abschluss erfolgen. Es ist zu berücksichtigen, dass für etliche berufliche Tätigkeiten keine dreijährige, selbst keine zweijährige Ausbildung notwendig ist, während für andere Facharbeitstätigkeiten der schulische Anteil eines dreijährigen Ausbildungsgangs bei weitem nicht ausreicht. Gleichzeitig muss der Impuls aus Europa, die Qualifikationsstufen transparenter und die Qualifikationssysteme der verschiedenen Staaten vergleichbar zu machen, gestärkt und befördert werden.

Das deutsche Ausbildungssystem muss sich nach den verschiedenen Berufsbildungsebenen ausdifferenzieren und sich dazu auch – wie dargestellt – aus der Starrheit des dreigliedrigen Schulsystems befreien. Noch immer schließt sich die

berufliche Ausbildung konzeptionell an den Hauptschulabschluss an und begreift alle anderen Schulabschlüsse als Ausnahme. Die Differenzierung der Ausbildung bietet die Möglichkeit, alternative Wege zu Bildungsabschlüssen zu implementieren, die den schulischen Abschlüssen entsprechen. Bisher gibt es keinen beruflqualifizierenden Bildungsgang in Deutschland, der fakultativ oder obligatorisch zum Abitur führt. Hier bekommt die viel beschworene Rede von der Gleichwertigkeit der verschiedenen Bildungsgänge tatsächliche Bedeutung.

Empfehlung 3: Flexibilität durch konsequente Modularisierung

Statt mit Hilfe der Berufsverbände immer neue, gleich wieder veraltete Ausbildungsordnungen zu entwickeln, schafft eine konsequente Modularisierung der Ausbildung die Voraussetzung, auf die Anforderungen des Arbeitsmarktes und der wirtschaftlichen Entwicklung schneller und flexibler zu reagieren. Sie bietet die Chance zu einer stärkeren Spezialisierung und legt zugleich den Fokus auf die Vermittlung von Grundqualifikationen, die diese erst ermöglichen. Ferner bildet sie den Übergang zur systematischen Integration der lebensbegleitenden Weiterbildung in das Berufsbildungssystem.

Die Aufteilung der Ausbildungsgänge in einzelne Module schafft die Voraussetzung für eine größere Flexibilität für die Auszubildenden selbst und die Ausbildungsbetriebe. Das Lerntempo kann den Fähigkeiten der Auszubildenden, aber auch ihren Lebensumständen angepasst werden, so dass auch der Spielraum für Halbtagsausbildungen steigt. Gleichzeitig sind verschiedene Ausbildungsstätten einfacher zu kombinieren, überbetriebliche und vollschulische Ausbildungsanteile leichter zu integrieren, und schließlich können die Prüfungszeiten flexibler festgelegt werden.

Unter dem Aspekt einer optimalen Allokation von Talenten, aber gerade auch unter Gerechtigkeitsgesichtspunkten ist der Wechsel zwischen den verschiedenen Berufsbildungsebenen entscheidend. Ein- und zweijährige Ausbildungsgänge dürfen gerade nicht zur Sackgasse werden, denn sie sind zwar ein Einstieg, aber keine dauerhafte Perspektive. Die Kompetenzen der Seiteneinsteigerinnen und Seiteneinsteiger dürfen gerade nicht entwertet werden. Wer seinen Beruf wechselt und wer eine höhere Berufsbildungsebene erreichen will, muss die Möglichkeit haben, dass seine bisherigen Lernerfolge und Qualifikationen bei einer neuen Ausbildung berücksichtigt und angerechnet werden. Hierbei hilft die konsequente Modularisierung der Ausbildungsgänge, indem sie die Vergleichbarkeit von Qualifikationen erhöht und bereits vorhandene Kompetenzen offen legt.

Empfehlung 4: Die Bildungsrevolution braucht eine Kulturrevolution

Um die Modernisierung der beruflichen Bildung zum Erfolg zu führen, dürfen wir die kulturellen Hindernisse nicht aus dem Blick verlieren, die in ihrem Umfeld wirken. Das Berufsprinzip ist nicht nur für erhebliche Bevölkerungsteile ein angestrebtes Ideal, sondern durchzieht auch die Gesetzgebung und prägt das Alltagsverhalten.

An erster Stelle gehören daher die rechtlichen und institutionellen Widerhaken auf den Prüfstand, die dem Berufsprinzip geschuldet sind – so etwa die strikten Altersbegrenzungen bei der Bildungsfinanzierung oder die Qualifizierungspolitik im Rahmen des Arbeitslosengeldes II. Die öffentliche Hand muss hier als Arbeit-

geber mit gutem Beispiel vorangehen, in dem sie Altersgrenzen bei Einstellungen abbaut, Seiteneinstiege ermöglicht, bei Beförderung und Bezahlung vom Anciennitätsprinzip abkehrt und die berufliche Umorientierung belohnt.

Von den Arbeitgeberinnen und Arbeitgebern verlangt die Modularisierung eine nicht minder hohe Veränderungsbereitschaft. Insbesondere müssen es sich die Personalabteilungen abgewöhnen, in erster Linie auf die formale Qualifikation und Linearität in der Berufsbiographie zu achten. Allzu viele Talente gehen auf diese Weise verloren. Es nützt wenig, wenn die Arbeitskräfte nicht länger auf ihrem ursprünglich erlernten Beruf beharren, ihre Eigeninitiative und Risikobereitschaft aber nicht honoriert wird.

Die Modularisierung und Flexibilisierung sowie der Abschied von der Beruflichkeit bieten für die berufliche Bildung die Chance, auf den Facharbeitsbedarf kurzfristiger zu reagieren, indem Ältere im Rahmen des dualen Systems aus- und weitergebildet werden. Das erfordert aber von den Ausbildungsbetrieben nicht nur die Bereitschaft, ältere Auszubildende einzustellen, sondern sich auch eine Vorbereitung auf die spezifischen Ansprüche älterer Auszubildender.

Genauso wichtig ist schließlich eine Kultur der zweiten Chance, insbesondere für die Un- oder Geringqualifizierten unter den Langzeitarbeitslosen. Hier können gerade die einjährigen Ausbildungsgänge im Rahmen des dualen Systems größere Perspektiven bieten als die Trainingsmaßnahmen und Ein-Euro-Jobs der Arbeitsagenturen. Viele Jugendliche, die keinen Ausbildungsplatz finden, drehen vielleicht noch das ein oder andere Jahr in den Warteschleifen der Arbeitsagenturen, und verschwinden dann erst einmal aus den Augen der Arbeitsverwaltung. Mit zunehmendem Alter nehmen die Möglichkeiten allerdings ab, sich mit Gelegenheitsjobs durchzuschlagen. Soll die Rente aber künftig erst mit 67 beginnen, lohnt sich die Investition auch in die Ausbildung eines Fünfunddreißig- oder einer Vierzigjährigen.

8. Lernen – Heute und morgen

Ebenso wie sich die Arbeitslebensläufe in den letzten Jahren gewandelt haben, entwickelt sich auch die Ausbildung zu einem lebenslangem Baukastensystem. Um im Beruf mit neuen Entwicklungen mitzuhalten, aber auch um sich persönlich weiterzuentwickeln zu können, gewinnt das lebenslange Lernen immer mehr an Bedeutung. Aber obwohl diese Notwendigkeit in allen Bildungsdebatten herausgestellt wird, entwickeln sich die Fort- und Weiterbildungsmöglichkeiten nur sehr schleppend. Das Weiterbildungssystem ist in seinem gegenwärtigen Zustand nicht nur extrem undurchsichtig, sondern auch insgesamt wenig geeignet, Defizite vorangegangener Bildungsgänge auszugleichen. Eher wird bestehende Selektivität verstärkt.

In Deutschland greift die staatlich regulierte Weiterbildung bisher erst bei der individuellen Förderung von Arbeitslosen. Insgesamt ist die Teilnahme an Weiterbildungsmaßnahmen von 48% im Jahr 1997 auf 43% im Jahr 2003 gesunken. Nur 15% der un- und angelernten Arbeiterinnen und Arbeiter nahmen im Jahr 2000 an beruflicher Weiterbildung teil. Bei den Facharbeiterinnen und Facharbeitern waren es immerhin 30% und bei leitenden Angestellten sowie Beamten mehr als die Hälfte.

Es gibt bisher kein Förderungskonzept für individuelle Weiterbildung, was vor allem im Hinblick auf bestehende Subventionssysteme wie staatliche Zinsgarantien

bei Krediten oder staatliche Zuschüsse zu Bausparverträgen nicht hinnehmbar ist. Ferner gilt das deregulierte Weiterbildungssystem hierzulande als untransparent, unkoordiniert und zu kurzfristig ausgerichtet. Zudem fehlt es an Zahlenmaterial zur Ermittlung eines zukünftigen Qualifikationsbedarfs und insgesamt an einem gemeinsamen Konzept für Weiterbildungsplanung und Erfolgskontrolle.

Während insbesondere gut ausgebildete Akademikerinnen und Akademiker in der Lage sind, ihre individuelle Qualifizierungsplanung selbst zu gestalten und zu finanzieren, bleiben Menschen aus armen und bildungsfernen Schichten, Migrantinnen und Migranten, Menschen über 50 Jahre, aber auch viele Beschäftigte in kleinen Betrieben der allgemeinen oder beruflichen Fortbildung meist fern – sicher auch aus individuellen, besonders aber aus strukturellen und finanziellen Gründen.

Von all diesen Schwierigkeiten sind insbesondere Frauen betroffen. Selbst erwerbstätige Frauen nehmen seltener an Weiterbildungsmaßnahmen teil als ihre männlichen Kollegen. Wesentliche Faktoren hierfür sind die immer noch vorherrschende Rollenverteilung in der Familienarbeit sowie frauenspezifische Merkmale der Erwerbsarbeit. Mit der Zahl der eigenen Kinder steigt für Frauen im Gegensatz zu Männern das Risiko, am lebenslangen Lernen nicht teilnehmen zu können.

Weiterbildung ist nicht nur ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, sondern ist insbesondere für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe derer von großer Bedeutung, die zuvor vom Bildungssystem nicht ausreichend profitieren konnten, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. In den letzten Jahrzehnten wurde es schlicht versäumt, der schleichenden Verarmung ganzer Bevölkerungsschichten in Deutschland etwas entgegenzusetzen. Als Ergebnis entstehen Familien, die über Generationen von den Transferleistungen des Staates zu leben haben. Diese Menschen haben oft das Lernen verlernt. So entsteht in Deutschland ein Teufelskreis von Armut und Bildungsferne, der sich laufend selbst verstärkt. Aufgabe einer erneuerten Weiterbildungspolitik muss es deshalb sein, für genau diese Menschen passende Bildungsangebote zu entwickeln. Die Weiterbildung muss zu einer zentralen öffentlichen Aufgabe werden. Dabei besteht die Herausforderung darin, den Gering- und Unqualifizierten eine neue Perspektive durch Bildung zu geben. Das kann nicht bedeuten, sie aus Prinzip einfach in alle möglichen Fortbildungsprogramme zu schicken, sondern verlangt individuell abgestimmte Angebote.

Ferner gilt es, die beschäftigungserhaltenden und -fördernden Wirkungen von Weiterbildung ins Zentrum zu rücken. Angesichts der Dynamik der Veränderungen in der Arbeitswelt verstärken sich Diskontinuitäten, erzwungene Mobilität, Arbeitsplatzwechsel und Arbeitsplatzverlust. Das klassische Bild der „Laufbahn“ wird durch den Zerfall in „Patchwork-Biographien“ ersetzt. Auch deswegen wird lebenslanges Lernen für jeden Einzelnen und jede Einzelne immer zwingender.

Bei der betrieblichen Weiterbildung entscheiden die einzelnen Betriebe über Zeitpunkt, Umfang, Standards und Kosten der Weiterbildung ihrer Beschäftigten. Sie ist auf meist kurzfristige betriebsnahe Qualifikationsanforderungen der Wirtschaft ausgelegt. Die historisch gewachsene Trennung von betrieblicher und staatlicher Weiterbildung ist aber nicht mehr zeitgemäß. Die Idee des lebenslangen Lernens verlangt unter Wahrung der Vielfalt vielmehr die Vernetzung der Systeme durch einen einheitlichen Rahmen, in dem Inhalte, Strukturen, die Anerkennung und nicht zuletzt die Finanzierung geregelt werden.

9. Finanzierung – Umsteuern für Bildung

Die „Bildungsrevolution“, die wir meinen, setzt die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel und ein gesamtgesellschaftliches Verständnis dafür voraus, dass Bildungsausgaben *der* richtige Ansatz zur Beantwortung der sozialen Frage in unserer Gesellschaft sind. Eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben und eine Veränderung der Bildungsstrukturen sind kein Gegensatz, sondern jeweils fundamental aufeinander angewiesen. Mit der einfachen Forderung nach „mehr Geld für Bildung“ müssen also strukturelle Reformen einhergehen, um Qualität und Ergebnisse zu steigern.

Von den gesamten Bildungsausgaben in Deutschland werden etwa drei Viertel vom Staat und ein Viertel von Privaten finanziert. Den größten Kostenblock tragen dabei mit den Gehältern und Pensionen des Lehrpersonals die Bundesländer. Der Stellenwert der Bildung lässt sich über den Anteil der Bildungsausgaben am Bruttoinlandsprodukt ablesen. Diese Anteilswerte liegen in Deutschland mit 4,35 % deutlich unter dem Mittelwert aller OECD-Länder, der bei 5 % liegt. Der Blick auf die deutschen Bildungsausgaben aus der international vergleichenden Perspektive macht also darauf aufmerksam, dass Deutschland einen eher geringen Teil seines nationalen Wohlstands dem Aufgabenfeld Bildung widmet. Für uns ist die Erhöhung dieses Anteils eine Voraussetzung, um im Zuge einer Bildungsreform mehr Chancengerechtigkeit und eine bessere Qualität aller Bildungseinrichtungen zu erreichen.

Bei der Neujustierung des bildungspolitischen Finanztableaus und der Entwicklung neuer Finanzierungsvorschläge beziehen wir uns auf die steuer- und abgabenpolitischen Ansätze unseres Papiers *Die neue soziale Frage beantworten*. Dort sind wir ausführlich auf Strategien zur Steigerung der steuerlichen Realerträge unter Globalisierungsbedingungen und auf eine veränderte Ausgabenpolitik eingegangen. Ohne eine neue Steuerarchitektur, einen umfassenden Subventionsabbau und ohne Umverteilungen im Gesamthaushalt kann es keine Bildungsoffensive geben. Wir empfehlen eine Strategie der globalisierungsbewussten Erhöhung der Einkommenssteuer an der Spitze statt einer ungerechten und konjunkturfeindlichen drastischen Mehrwertsteuererhöhung zu Gunsten einer Erhöhung der Mittel für Bildung und Wissenschaft. Eine Erhöhung der realen Steuereinnahmen braucht auch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, den Abbau ungerechtfertigter Ausnahmetatbestände und Abschreibungsmöglichkeiten. Ein weiterer Weg, um die notwendigen Mittel für eine gerechte Erneuerung des Sozialstaats zu Verfügung stellen zu können, besteht in dem Abbau von ungerechtfertigten Subventionen. Wir brauchen Bildung statt Beton. Generell sollte gelten, dass Subventionen zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet sind. Zudem wollen wir das heutige Ehegattensplitting reformieren, weil es in keiner Weise akzeptabel ist, die Hausfrauenehe, unabhängig von der Versorgung von Kindern zu subventionieren. Andere europäische Länder haben den Modernisierungsschritt des Übergangs von der gemeinsamen Besteuerung von Eheleuten zur Einzelbesteuerung bereits vor Jahren beschritten und zeigen, dass das Potenzial qualifizierter Frauen ein Motor für wirtschaftliche Dynamik sein kann. Auch in Deutschland führt langfristig kein Weg daran vorbei das Ehegattensplitting durch die getrennte Besteuerung der Eheleute zu ersetzen.

Wir empfehlen, mit dem Abschmelzen des Ehegattensplittings jetzt zu beginnen, um notwendige Investitionen in die Betreuungsinfrastruktur für die unter

Dreijährigen zu ermöglichen. Auch eine Reform der Erbschaftssteuer kann Mehreinnahmen für die Bundesländer bringen, die dort für die hier beschriebenen Bildungszwecke dringend benötigt werden.

Unter anderen Strukturen vor allem bei frühkindlicher, schulischer und universitärer Bildung könnten allerdings bereits heute eingesetzte Investitionen deutlich bessere Ergebnisse hervorbringen.

Da das Bildungssystem sehr personalintensiv ist und auch sein muss, fallen hier auch die höchsten Kosten an. Im Schulbereich werden wir zwar durch einige Umstrukturierungen, wie das Abschaffen des Sitzenbleibens und der Vorklassen, Effizienzgewinne erzielen, notwendige Zusatzausgaben etwa für Sozialpädagogen, werden diese Einsparungen aber übersteigen.

Moderne Schulen und Hochschulen können am besten selbst über ihre Strukturen und ihr Personal entscheiden. Auch deshalb treten wir für eine sukzessive Abschaffung des Beamtenstatus' bei Lehrkräften an Schule und Hochschule ein. Zudem wollen wir die Bezahlung des Lehrpersonals auf Basis- bzw. Einstiegsgehälter mit individuellen Leistungszulagen umstellen. Für Lehrerinnen und Lehrer sollen diese Basisgehälter zukünftig schulformübergreifend einheitlich sein. Das ist für die Verbesserung des Personalmanagements an den selbständigen Bildungseinrichtungen und auch zur Motivation der Lehrenden unabdingbar.

Neben neuen Strukturen im Personalbereich darf auch die Diskussion über eine Umschichtung von Mitteln innerhalb des Bildungssystems kein Tabu sein. Dabei geht es vor allem um die Verlagerung von Mitteln aus dem Bereich der gymnasialen Oberstufe in den Elementar- und Grundschulbereich. Ebenso gilt es in diesem Zusammenhang, das Missverhältnis zwischen Sekundarstufe I und II etwa hinsichtlich der Klassengrößen zugunsten der Sekundarstufe I zu verändern. Die so ersparten Lehrerstellen können bei den Jüngeren zugunsten kleinerer Lerngruppen eingesetzt werden. Je früher in Bildung und gleiche Startchancen investiert wird, umso höher ist die Wahrscheinlichkeit, dass die negative Verknüpfung zwischen sozialer Herkunft und Bildungsmisserfolg aufgebrochen wird. Die Kleineren sollen Vorrang vor den Größeren haben und diejenigen Kindergärten und Schulen, die mit mehr Kindern aus bildungsfernen Milieus und Risikostadtteilen arbeiten, müssen für die individuelle Förderung auch prozentual mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen. Denn Gleichbehandlung bedeutet auch Ungleiches ungleich zu behandeln.

Uns stört, dass die Diskussion um Strukturverbesserungen an den Hochschulen in den letzten Jahren fast ausschließlich auf die Frage von Studiengebühren reduziert wurde. Viele Studierende sehen darin zu Recht einen Angriff auf die soziale Durchlässigkeit in der Hochschulbildung, weshalb auch wir für ein gebührenfreies Erststudium eintreten. Gerade in Zeiten unsicherer und prekärer Lebensverhältnisse auch bei AkademikerInnen müssen wir vielmehr danach suchen, welche Fehlentwicklungen innerhalb unseres Steuersystems und unserer Ausgabenpolitik ein ausreichendes Budget für Bildung verhindern. Es bleibt eine zentrale Herausforderung der Bildungspolitik, ein schlüssiges Konzept der Bildungsfinanzierung zu entwickeln, das für die einzelnen Bildungsstationen einer Lernbiographie angemessene Finanzierungsmodelle bereithält. Einige Ansatzpunkte sind in dem vorliegenden Papier genannt.

10. Föderalismus – Bund und Länder für Bildung

Die von SPD und CDU/CSU beschlossene Föderalismusreform ist kein „Jahrhundertwerk“, sondern im Bildungsbereich ein Rückfall in frühneuzeitliche Kleinstaaterei. Bisher erfolgreich durchgeführte Programme, wie das Ganztagschulprogramm des Bundes, die Hochschulsonderprogramme oder das BLK-Modellprogramm SINUS zur Steigerung der Effizienz des mathematisch-naturwissenschaftlichen Unterrichts werden in Zukunft nicht mehr möglich sein. Ein Kooperationsverbot des Bundes mit den Ländern ist ein Schritt genau in die falsche Richtung und erschwert unnötig die dringend notwendige Bildungsoffensive für mehr Bildungsgerechtigkeit und Bildungsqualität.

Dabei wird übersehen, dass der Bund seiner Verantwortung gegenüber den Bürgerinnen und Bürgern gerecht werden und gem. Art. 72 Abs. 2 GG gleichwertige Lebensverhältnisse im Bundesgebiet herstellen muss. Eine Reform des Föderalismus darf deshalb den Bund nicht aus seiner bildungspolitischen Verantwortung nehmen. Im Gegenteil: Gerade die Definition von Bildungs- und Qualitätsstandards in Kindergärten und Schulen sowie Hochschulzugänge und -abschlüsse sollten bundeseinheitlich oder in einer reformierten KMK geregelt werden. Hier müssten sich die Länder stärker gegenseitig in die Pflicht nehmen und die einen Qualitätswettbewerb behindernden Vorgaben des Hamburger Abkommens der KMK aufheben. Nur so kann in Deutschland die Chancengleichheit aller Kinder hergestellt werden. Auch im Hochschulbereich muss der Bund über reine Forschungsförderung hinaus weiterhin in der Lage sein, die Länder durch Investitionen zu unterstützen und Anreize zu gewissen Entwicklungen zu geben.

Eine Föderalismusreform aber, die jedem Bundesland eine eigene Definition von Standards erlaubt, wird die Vergleichbarkeit von Bildungsabschlüssen weiter schwächen und führt damit die Ziele des Bologna-Prozesses ad absurdum. Eine weitgehende Verabschiedung des Bundes aus der Bildungsfinanzierung wird nicht zu den gewünschten Effekten eines fairen Wettbewerbs zwischen den Bundesländern führen, sondern finanzstarke Länder bevorzugen. Damit wird in Kauf genommen, dass ärmere Länder, vor allem im Osten der Republik, weiter an Innovationskraft und -potential verlieren. Dem Ziel eines chancengerechten Zugangs zu Bildungsangeboten wird damit ein Bärendienst erwiesen. Folge dieser Politik wird ein weiteres Abwandern von jungen Menschen aus finanziell schwachen Bundesländern und mit fortschreitender Bildungsbiographie aus Deutschland insgesamt sein.

Die notwendigen Schritte zu einer chancengerechten Bildungsreform, der Ausbau der frühkindlichen Bildung, die Reformen in Schulen und Hochschulen und der Ausbau des lebenslangen Lernens wird ohne eine nachhaltige Mitwirkung des Bundes nicht zu machen sein. Ohne eine Föderalismusreform, die dies als Grundvoraussetzung erkennt, ist der Umbau des gesamten Bildungssystems mit dem Ziel von mehr Chancengerechtigkeit und einer deutlichen qualitativen Verbesserung der Bildungsergebnisse auf allen Ebenen kaum zu leisten.

Fazit

Anstiftung zur Bildungsrevolution – 14 Thesen

1. In der Bildung wir die neue soziale Frage entschieden

Die reale Chance auf ein selbstbestimmtes Leben und ökonomische Teilhabe hängt untrennbar mit dem Zugang zu Bildung zusammen. Bildung ist die Grundvoraussetzung für ein Leben in Selbstbestimmung und Freiheit. Mit der Bildung werden bereits in frühen Jahren die Weichen für das weitere Leben, für soziale, kulturelle und ökonomische Teilhabe maßgeblich gestellt. Bildung ist eine Waffe gegen Bevormundung und Paternalismus, für ein schöpferisches Leben und einen wachen Verstand. Die Stärkung der Individuen durch Bildung ist damit auch eine Grundvoraussetzung unserer Demokratie.

2. Verteidigung und Transformation öffentlicher Bildungsinstitutionen

Wir wehren uns gegen eine Privatisierung gesellschaftlicher Probleme und die Abwälzung sozialer Risiken auf die Einzelnen. Deshalb meinen wir mit „Bildungsrevolution“ nicht den Abbau öffentlicher Bildungsinstitutionen, sondern deren Stärkung und Belebung. Die Parole „Institution matters!“ im Sinne einer Verteidigung von Demokratie und öffentlichen Gütern ist in der Bildungsdebatte von besonderer Bedeutung. Eine solche Stärkung wird uns jedoch nur gelingen, wenn wir die Bildungsinstitutionen mit Ausdauer und Fantasie transformieren. Wir müssen die Mechanismen der Ausgrenzung und Segregation durch neue Bildungsstrukturen und Bildungsformen institutionell durchbrechen. Wir müssen die Ressourcen der einzelnen Bildungseinrichtungen stärken und sie zugleich für neue Ideen und externes Engagement öffnen. Die herrschende Polarität der Debatte zwischen der Verteidigung des Status Quo einerseits und einer – ökonomisch oder zivilgesellschaftlich begründeten – Privatisierung von Bildung andererseits führt in die Irre. Die entscheidende Frage lautet vielmehr wie wir Bildung als öffentliches Gut in öffentlichen Institutionen verteidigen können und gleichzeitig eine Transformation der öffentlichen Bildungsinstitutionen hinbekommen, die mehr Gerechtigkeit, mehr Partizipation und mehr Qualität sichert. Wir brauchen eine neue Debatte über die Struktur öffentlicher Bildungsinstitutionen.

3. Menschen mit Migrationshintergrund in die Bildungsberufe

Damit sich die verheerende Entwicklung negativer „Bildungskarrieren“ der Kinder von Migrantinnen und Migranten nicht weiter verfestigt, müssen alle Bildungsebenen vom Kindergarten bis zur beruflichen Bildung und Weiterbildung verpflichtet werden, Instrumente zur Verbesserung der Chancengerechtigkeit insbesondere für Kinder mit Migrationshintergrund zu entwickeln. Wir plädieren daher erneut dafür, Migration in Deutschland endlich als Normalität anzuerkennen und wir appellieren an die Verantwortlichen, vermehrt Menschen mit Migrationshintergrund insbesondere in den Berufen mit Vorbildfunktion einzustellen.

4. Förderempfehlung und Kindergartenpflicht

Wir fordern einen verpflichtenden Entwicklungstest für alle Kinder im Alter von drei Jahren, der analog des Schuleingangstest erfolgt und in Kooperation mit den Kindergärten und unter Einbindung der Jugendhilfe durchgeführt werden soll.

Kinder mit Entwicklungsschwierigkeiten erhalten eine Förderempfehlung, die auch einen verpflichtenden Kindergartenbesuch zur Folge haben kann.

5. Stärkung der Kindertagesstätten als Bildungsfundament

Die Kindertagesstätten müssen zum Fundament unseres Bildungssystems werden, um bereits in der besonders bildungsbereiten frühkindlichen Phase noch vor der Schule Kindern Basiskompetenzen und positive Lernerfahrungen zu vermitteln. Für die Verbesserung der vorschulischen Bildung müssen die Erziehungskompetenz von Eltern gestärkt, Qualitätsstandards eingeführt, Kindergärten und Grundschulen enger verzahnt und die Aus- und Weiterbildung der Erzieherinnen und Erzieher deutlich verbessert werden.

6. Gemeinsames Lernen und individuelle Förderung in der Schule

Das derzeitige deutsche Schulkonzept, mit dem junge Menschen nach vermeintlichem Leistungsvermögen im Alter von zehn Jahren klassifiziert und auf fünf verschiedenen Schultypen abgeschottet voneinander verwaltet werden, hat offensichtlich versagt. Die Verlängerung der Zeit gemeinsamen Lernens in Verbindung mit einer Veränderung der Unterrichtskultur und individueller Förderung ist ein wichtiger Baustein für die Modernisierung unseres Schulwesens. Für den Weg von einer zwei-, drei-, vier- und fünfgliedrigen Schulstruktur, wie wir sie in Deutschland vorfinden, zu einer gemeinsamen Schule der Vielfalt und der Bildungsgerechtigkeit gibt es keine Patentrezepte. Eine Zwangsbeglückung von oben wird nicht funktionieren. Wir sind davon überzeugt, dass positive Modellbeispiele den Weg zu einem gesellschaftlichen Konsens über die Notwendigkeit längeren gemeinsamen Lernens ebnen werden. Wir plädieren für eine *Neue Schule*, in der die Schülerinnen und Schüler gemäß ihrer jeweiligen Begabung und ihrer jeweiligen Leistungsfähigkeit bestmöglich gefördert werden. Die Vermittlung der Fähigkeit, selbständig zu lernen, sich neues Wissen anzueignen, sich mit einer ständig veränderten Gesellschaft und Arbeitswelt auseinander zu setzen, steht dabei im Zentrum dieses Weges hin zu einem gerechten, emanzipativen und qualitativ hochwertigen Schulsystem. Eine neue Lernkultur muss Einzug in unsere Schulen halten. Schülerinnen und Schüler lernen selbständig allein und in Gruppen. Lehrerinnen und Lehrer nehmen stärker eine beobachtende und beratende Rolle im Lernprozess ein.

7. Mehr Selbständigkeit für die Institution Schule

Zur Erreichung von stärkerer sozialer Teilhabe, verbesserter individueller Förderung und gesteigerter Unterrichtsqualität brauchen wir selbständige und eigenverantwortliche Schulen, deren Leitung eigene Schwerpunkte und Kompetenzen in Abstimmung mit Schülerschaft, Lehrerschaft und Eltern setzt und weiterentwickelt. Dazu sollen auch Lehrkräfte eingestellt werden, die in anderen Berufen Erfahrungen gesammelt haben. Regelmäßige Evaluationen helfen beim Erkennen von Schwächen in Lernvermittlung und Schulorganisation. Mit dem Ziel einer ständigen Weiterentwicklung der Schulen haben auch die Schülerinnen und Schüler die Möglichkeit die Arbeit der Lehrkräfte zu bewerten.

8. Ganztagschulen sind der Schlüssel

Nur echte Ganztagschulen, in denen das qualifizierte Lernen ausgedehnt werden kann und in denen pädagogisch abgestimmter Projektunterricht stattfindet, können die Vereinbarkeit von Familie und Beruf herstellen und schlechte Bedingungen im Familien- und Sozialumfeld ausgleichen. Schulen sollen bei Kultur- und Freizeitangeboten mit den verschiedenen Jugendverbänden und auch mit der Jugendhilfe der Gemeinde oder des Stadtteils zusammenarbeiten. Die Kleineren sollen Vorrang vor den Größeren haben und diejenigen Kindergärten und Schulen, die mit mehr Kindern aus bildungsfernen Milieus und Risikostadtteilen arbeiten, müssen für die individuelle Förderung auch prozentual mehr Geld zur Verfügung gestellt bekommen.

9. Freiheit des Hochschul-Zugangs und Freiheit der Lehre

Für die Hochschulen ist zum einen die Freiheit des Zugangs und zum anderen die Freiheit der Lehre, des Studiums und der Forschung von besonderer Relevanz. Dafür brauchen wir mehr steuerfinanzierte Mittel und andere Hochschulstrukturen. Für eine deutliche Qualitätsverbesserung müssen die Autonomie der Hochschulen und die damit verbundenen Umsteuerungsprozesse weitergeführt, verbessert und beschleunigt werden. Angesichts der begrüßenswerten Entwicklung wachsender Studierendenzahlen müssen die Angebote an den Hochschulen aus- und nicht abgebaut werden. Hierfür muss ein gerechter und innovativer Lastenausgleich zwischen Bundesländern mit hohen und solchen mit niedrigen Ausbildungsleistungen geschaffen werden. Bei aller berechtigten Kritik halten wir dem Grunde nach eine Umstellung auf die Bachelor- und Masterabschlüsse für richtig, da durch die Internationalisierung der Bildungssysteme die Mobilität von Lehrenden wie Lernenden erleichtert und gleichzeitig die Transparenz bei der Anerkennung von Berufsqualifikationen und Studienleistungen erhöht wird. Im Zuge einer kontinuierlichen Evaluation des Bologna-Prozesses müssen zudem der ungehinderte und gebührenfreie Zugang zu konsekutiven Master-Studiengängen gewährleistet, das Akkreditierungssystem vereinfacht, und eine individuelle Studiengestaltung ermöglicht werden, die Phasen von Kindererziehung und Auslandsaufenthalten gerecht wird. Die Qualitätsverbesserung des Studiums, insbesondere die Verbesserung von Studienbedingungen und Studienberatung, aber auch eine deutlich höhere Gewichtung der Lehre müssen im Mittelpunkt der Reformen an den Hochschulen stehen und soll durch die Einführung von allgemeinen Kriterien zur Qualitätsmessung von Lehre und Studienbedingungen erreicht werden

10. Berufschancen statt Beamtenblockade in den Hochschulen

Die Hochschulen müssen in Zukunft volle Personalautonomie erhalten und dürfen nicht mehr an die starren Vorgaben des Beamtenrechts gebunden sein. Professorinnen und Professoren sollen künftig nicht mehr verbeamtet werden. Stattdessen sollen „Wissenschaftstarifverträge“ eingeführt werden, die gerade jungen Wissenschaftlerinnen und Wissenschaftler berufsmäßige Forschung und Lehre auch ohne Professur bei leistungsorientierter Bezahlung ermöglichen. Die grundsätzliche Vergabe der finanziellen Mittel innerhalb der Hochschule muss demokratisch unter Beteiligung aller Akteurinnen und Akteure der Hochschule und transparent ausgehandelt werden.

11. Modularisierung und Kontinuität der beruflichen Bildung

Statt immer neue Ausbildungsberufe zu kreieren, die bis zur Regelung ihrer Rahmenbedingungen schon wieder veraltet sind, brauchen wir im Bereich der Ausbildung eine stärkere Konzentration auf tatsächliche Grundqualifikationen und eine größere Flexibilität bei Spezialisierungen und Vertiefungen. Modularisierung und Flexibilisierung bieten für die berufliche Bildung die Chance, auf den Facharbeitsbedarf kurzfristiger reagieren zu können. Dabei geht auch darum, dass Ältere im Rahmen des dualen Systems aus- und weitergebildet werden. Dies erfordert von den Ausbildungsbetrieben nicht nur die Bereitschaft, ältere Auszubildende einzustellen, sondern auch eine Vorbereitung auf die spezifischen Ansprüche älterer Auszubildender.

12. Neue Perspektive durch Weiterbildung

Weiterbildung ist nicht nur ein arbeitsmarktpolitisches Instrument, sondern insbesondere für die soziale und gesellschaftliche Teilhabe derer von großer Bedeutung, die zuvor vom Bildungssystem nicht ausreichend profitieren konnten, um ein selbstbestimmtes Leben zu führen. Dabei besteht die Herausforderung darin, Gering- und Unqualifizierten eine neue Perspektive durch Bildung zu geben. Das bedeutet nicht, sie aus Prinzip einfach in alle möglichen Fortbildungsprogramme zu schicken, sondern verlangt individuell abgestimmte Angebote. Die historisch gewachsene Trennung von betrieblicher und staatlicher Weiterbildung ist nicht mehr zeitgemäß. Die Idee des lebenslangen Lernens verlangt unter Wahrung der Vielfalt die Vernetzung der Systeme durch einen einheitlichen Rahmen, in dem Inhalte, Strukturen, Anerkennung und nicht zuletzt die Finanzierung geregelt werden.

13. Umsteuern für Bildung

Die „Bildungsrevolution“, die wir meinen, setzt die Bereitstellung der notwendigen Finanzmittel und ein gesamtgesellschaftliches Verständnis dafür voraus, dass erhöhte Bildungsausgaben ein richtiger Ansatz zur Beantwortung der sozialen Frage in unserer Gesellschaft sind. Eine deutliche Erhöhung der Bildungsausgaben und eine Veränderung der Bildungsstrukturen sind kein Gegensatz, sondern jeweils fundamental aufeinander angewiesen. Mit der Forderung nach „mehr Geld für Bildung“ müssen also strukturelle Reformen einhergehen, um Qualität und Ergebnisse zu steigern. Ohne eine neue Steuerarchitektur, einen umfassenden Subventionsabbau und ohne Umverteilungen im Gesamthaushalt kann es keine Bildungsoffensive geben. Wir empfehlen eine Strategie der globalisierungsbewussten Erhöhung der Einkommenssteuer an der Spitze statt einer ungerechten und konjunkturfeindlichen drastischen Mehrwertsteuererhöhung zu Gunsten einer Erhöhung der Mittel für Bildung und Wissenschaft. Eine Erhöhung der realen Steuereinnahmen braucht auch eine Verbreiterung der Bemessungsgrundlagen, den Abbau ungerechtfertigter Ausnahmetatbestände und Abschreibungsmöglichkeiten. Ein weiterer Weg, um die notwendigen Mittel für eine gerechte Erneuerung des Sozialstaats zu Verfügung stellen zu können, besteht in dem Abbau von ungerechtfertigten Subventionen. Wir brauchen Bildung statt Beton. Generell sollte gelten, dass Subventionen zeitlich begrenzt und degressiv gestaltet sind. Zudem wollen wir das heutige Ehegattensplitting reformieren, weil es in keiner Weise akzeptabel ist, die Hausfrauen-

ehe unabhängig von der Versorgung von Kindern zu subventionieren. Andere europäische Länder haben den Modernisierungsschritt des Übergangs von der gemeinsamen Besteuerung von Eheleuten zur Einzelbesteuerung bereits vor Jahren beschritten und zeigen, dass das Potenzial qualifizierter Frauen ein Motor für wirtschaftliche Dynamik sein kann. Auch in Deutschland führt langfristig kein Weg daran vorbei, das Ehegattensplitting durch die getrennte Besteuerung der Eheleute zu ersetzen.

14. Den Bund in die bildungspolitische Verantwortung nehmen

Die notwendigen Schritte zu einer chancengerechten Bildungsreform, der Ausbau der frühkindlichen Bildung, die Reformen in Schulen und Hochschulen und der Ausbau des lebenslangen Lernens wird ohne eine nachhaltige Mitwirkung des Bundes nicht zu machen sein. Trotz der jetzt beschlossenen Föderalismusreform gilt: Wenn die Notwendigkeit der Mitwirkung und Mitgestaltung des Bundes im Bildungsbereich nicht erkannt wird, ist der Umbau des gesamten Bildungssystems mit dem Ziel von mehr Chancengerechtigkeit und einer deutlichen qualitativen Verbesserung der Bildungsergebnisse auf allen Ebenen nur schwer zu leisten.

Sarah Sorge, Wulfila Walter, Peter Siller, Ramona Pop, Tarek Al-Wazir, Klaus Müller, Frieder Dittmar, Mathias Wagner, Konstantin von Notz, Kai Gehring, Grietje Bettin, Anna Lührmann, Manuela Rottmann, Kerstin Andreae, Bastian Bergerhoff, Sebastian Bukow, Andreas Bühler, Olaf Bursian, Olaf Cunitz, Reiner Daams, Oliver Dalichow, Marek Dutschke, Christoph Egle, Anke Erdmann, David Fiedler, Jan Fries, Jan Fuhse, Ulrike Gauderer, Anna Godzik, Sabine Groß, Johannes Grün, Katja Günter, Robert Habeck, David Handwerker, Michael Hebenstreit, Nicole Hohmann, Daniel Holefleisch, Felix Holefleisch, Malte Hübner, Katja Husen, Dieter Janecek, Arndt Klocke, Rolf Lange, Aram Lintzel, Bene Lux, Volker Meisinger-Persch, Christian Neuner-Duttenhofer, Ralph Obermayer, Boris Palmer, Tim Rusche, Michael Schäfer, Michael Scharfschwerdt, Stephan Schilling, Gregor Simon, Malte Spitz, Christian Weiss, Nike Wessel, Stefanie Wolpert u.a.

R & S – Call for Papers

Grüne Paradoxien

3 Fragen – 23 Antworten

R & S – Call for Papers

Grüne Paradoxien

3 Fragen – 23 Antworten

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

2. Parteinahme für wen?

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Tarek Al-Wazir

Sebastian Basedow

Bastian Bergerhoff

Grietje Bettin

Franziska Brantner / Tim Rusche

Sebastian Bukow

Reiner Daams

Frieder Dittmar

Christoph Egle

David Fiedler

Kai Gehring

Katrin Göring-Eckardt

Johannes Grün

Robert Habeck / Konstantin von Notz

Felix Holefleisch

Katja Husen

Anna Lührmann

Bene Lux

Boris Palmer

Ramona Pop

Peter Siller

Malte Spitz

Mathias Wagner

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Wir sind DIE ökologische Partei, und die ökologischen Probleme sind in den 26 Jahren unseres Bestehens auch durch uns in den Industriestaaten in Teilbereichen gelöst, auf jeden Fall aber weniger offensichtlich geworden. Im globalen Maßstab ist die Bedrohung der Ökosysteme allerdings weiterhin größer als je zuvor in der Geschichte der Menschheit. Gerade die Länder, in denen die schlimmsten ökologischen Sünden begangen werden, zeigen: Die ökologische Frage ist im Kern eine soziale Frage. Der Wunsch nach einem besseren Leben drückt sich sehr unterschiedlich aus und ist oft direkte oder indirekte Ursache der schlimmsten Zerstörungen. Deswegen: Radikal ökologisch zu sein, ist nötig, aber ohne Schritte hin zu mehr Gerechtigkeit im Sinne unseres erweiterten Gerechtigkeitsbegriffs wird ökologische Politik im globalen Maßstab nicht funktionieren. Und schon bei uns würde das Ausblenden der sozialen Frage mindestens schwierig, was Mehrheitsfähigkeit angeht: Die Währung gibt es zwar nicht mehr, aber „Fünf Mark“ sagt uns noch etwas, oder?

2. Parteinarbeit für wen?

Nie vergessen, wer uns wählt. Aber auch nie vergessen, dass der Unterschied zwischen der FDP- und der GRÜNEN-Wählerschaft nicht Einkommen oder formaler Bildungsstand ist, sondern die Existenz oder Nichtexistenz nicht nur eines ökologischen, sondern auch eines sozialen Gewissens. Deshalb: Parteinarbeit für die Schwächsten, für das Zusammenhalten von Gesellschaft. Und Konfliktfähigkeit, um sowohl dafür zu sorgen, dass Ökonomie funktioniert als Voraussetzung dafür, dass Verteilung organisiert wird.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Mehr Staat, um Politik wieder handlungsfähig zu machen. Weniger Staat, um die Konzentration auf Kernaufgaben hinzubekommen.

Mehr Gesellschaft, um Selbstbestimmung und Befähigung zu erreichen. Weniger Gesellschaft, wenn Lobbyinteresse mit Allgemeininteresse verwechselt wird.

Mehr Markt, um Verteilungsspielräume zu vergrößern und positive Kräfte zu nutzen. Weniger Markt, wo er Demokratie gefährdet und unter Freiheit nur die Freiheit meint, unter Brücken schlafen zu dürfen.

Auf jeden Fall mehr Hirn, um das eine vom anderen zu unterscheiden.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Wie tarieren wir unseren Grundsatz, dass die Grundwerte unserer Gesellschaft unverhandelbar sind, und unseren Grundsatz, dass Pluralismus ein Wert an sich ist in Zeiten zunehmender irrationaler gesellschaftlicher Ängste und Irrationalitäten aus?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Gibt es eine sozialere Frage als die des Überlebens? Das gilt sowohl für jedes Individuum als auch global. Dieses Petitum spricht dafür, die Fragen umweltgerechten Handelns wieder stärker in den Mittelpunkt zu rücken. Doch die substanziellen „Ökologischen Fragen“ lassen sich nicht mehr durch Ölreste in der Nordsee, tote Robbenbabys oder anhaltendes Waldsterben verdeutlichen. Der Mangel an sauberem Trinkwasser, fruchtbarem Boden und der mit dem Artenrückgang gekoppelte Verlust eines großen Genpools sind die wirklichen Herausforderungen. Vom Klimawandel ganz zu schweigen. Deshalb bedarf es neuer, ausdrucksstarker Bilder, die den Handlungsdruck transportieren. Politisches Handeln braucht Mehrheiten. Auch deshalb können die sozialen Implikationen der Zerstörung unserer Lebensgrundlage gar nicht hoch genug auf der politischen Agenda stehen. Noch mal: Gibt es eine sozialere Frage als die des Überlebens?

2. Parteinahme für wen?

Manchmal vergisst die politische Elite, den sie im Kern legitimierenden Auftrag, der sich aus der modernen demokratischen Verfasstheit ergibt: Die wohlfahrtsichernde Ordnung als Minimierung sozialer Risiken und die Dämpfung sozialer Ungleichheiten. Die Parteinahme für sozial Benachteiligte hat somit quasi konstitutiven Charakter. Die zunehmenden Alltagserfahrungen des eigenen Wählerklientels mit sozialen Gefährdungen verleiten dazu, eine besondere „Staatsbedürftigkeit“ für die Mittelschicht in politischem Handeln zu manifestieren. Es spricht aber mehr dafür, durch eine starke Absicherung sozial schwächerer Schichten gerade der Mittelschicht die notwendige psychologische Sicherheit wieder zu geben, um zu investieren, sich zukunftsorientiert zu verhalten, Innovationen voranzutreiben und sich nicht zu letzt zivilgesellschaftlich zu engagieren.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Ein guter Boxer muss nicht zwangsläufig ein dickes Muskelpaket sein. Im Gegenteil, ein gut trainierter, beweglicher und mit exzellenter Technik und Taktik ausgestatteter Ringsportler hat größere Erfolgsaussichten. Der „starken Staat“ muss eben nicht naturgemäß ein „fetter“ Staat sein. Von den drei gestaltenden Säulen Staat, Zivilgesellschaft und Markt sind die staatlichen Organe diejenigen mit dem höchsten Grad an Legitimation. Werden, wie in der Vergangenheit an vielen Stellen geschehen, weiterhin relevante Machtinstrumente weg vom Staat hin zu Markt und Zivilgesellschaft verlagert, verliert politisches Handeln zunehmend den Ausweis zur Handlungsfähigkeit. Willensbildung würde Partikularinteressen gleich gesetzt. Die oft zitierte Regel, dass eine Leistung von dem Akteur erbracht werden soll, der am besten dazu geeignet ist, enthält keine Aussage darüber, was „am besten“ heißt. Dies zu definieren, ist ein immer währender Diskussionsprozess, den alle drei Säulen verhandeln müssen. Die Wahl der Instrumente zur Ausgestaltung sollten jedoch im Zweifel beim Staat liegen.

1. Wie sozial? Wie ökologisch?

So sozial wie möglich, so ökologisch wie nötig.

„So sozial wie möglich“: Dies ist selbstverständliche Grundlage des Handelns von Menschen in einer menschlichen Gemeinschaft.

„So ökologisch wie nötig“: Ökologie hat viele Aspekte. Soweit Rücksicht auf die Beschränktheit von Ressourcen und die Verletzbarkeit des Lebensraums gemeint ist, ist das Primat der Ökologie nicht diskutierbar – Ökologie ist nötig. Soweit außer dem Eigenwert der Natur tatsächlich kein anderer Aspekt relevant ist, steht dieser hinter echten sozialen Belangen allerdings zurück – da ist der Mitmensch, und zwar insbesondere der sozial weniger privilegierte, näher als die nicht-menschliche Natur. In einer Abwägung zwischen dem Existenzrecht jeglicher Natur und der reinen Bequemlichkeit oder dem simplen Gewinnstreben geht allerdings das Existenzrecht vor.

2. Parteinahme für wen?

Die Grünen sollten – sofern keine anderen relevanten Kriterien vorliegen – auf der Seite der jeweils Schwächeren sein. Dies sind übrigens mitnichten immer dieselben. Dies ergibt sich direkt aus zwei Grünen Ansprüchen: 1. Dem Anspruch, einen vernünftigen Gerechtigkeitsbegriff zu haben, der realisierbar und anzustreben ist und an dem sich die relative Stärke oder Schwäche bemisst. 2. Dem Anspruch, keine Klientelpolitik zu betreiben.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

So viel Gesellschaft wie möglich, so viel Staat wie nötig.

So viel Markt wie möglich, so viel Staat wie nötig.

So viel Gesellschaft wie möglich, so viel Markt wie nötig.

(Zivil-)Gesellschaft als Organisationsform und Paradigma hat generell Vorrang vor Markt und Staat. Gesellschaft ist unmittelbar, natürlich' und per se inkludierend.

Markt als Organisationsform ist dem Staat als Organisationsform wo möglich vorzuziehen, da aufgrund der Struktur des Marktes der Anreiz zu Eigeninitiative und Effizienz größer ist. Markt ist allerdings sozial blind mit einem Hang zur Verstärkung vorhandener Ungleichverteilungen von Chancen und Status. Außerdem ist er tendenziell kurzfristig und nicht nachhaltig. Daher gehört er durch Gesellschaft und Staat flankiert.

Staat als Organisationsform ist an einigen Stellen nicht ersetzbar. Der Staat hat das Gewaltmonopol, er ist die einzige Instanz, auf der demokratische Kontrolle möglich ist und die durch ihre Supra-Individualität langfristig verlässliche Strukturen garantieren kann. Damit ist ein starker Staat zum Beispiel im sozialen und ökologischen Bereich nötig – zum einen als Leitplanke für den Markt, zum anderen als Ergänzung zu zivilgesellschaftlichen Strukturen.

4. Weitere Paradoxien für eine Grüne Debatte

Wie lokal? Wie global? Im Zeitalter der Globalisierung von immer größeren Teilen der Märkte (Gütermarkt, Finanzmarkt, Arbeitsmarkt) stellt sich verstärkt die Frage,

ob und in wie weit die nationalen Grenzen relevante Grenzen für das praktizierte Gerechtigkeitsverständnis sind. („In Deutschland hergestellte T-Shirts kaufen wegen der Arbeitsplätze?“)

Wie liberal? Wie fordernd? Die Frage, ob und in wie weit soziale/solidarische Leistungen an Wohlverhalten gebunden sein sollen ist nicht endgültig beantwortet. Hat man ein Recht auf Grundsicherung, auch wenn man keine Gegenleistungen erbringt? Gibt es ein gesellschaftliches Recht auf individuelles „Wohlverhalten“ jenseits des Strafrechtlich geregelten Mindestmaßes?

Wie tolerant? Wie egalitär? Besonders an Schulen, in öffentlichen Einrichtungen und an Arbeitsstätten ist die Frage, wie mit kultureller und religiöser Differenz umzugehen ist nicht endgültig geklärt. Gibt es ein Recht auf die Verweigerung der Teilnahme am Sportunterricht? Gibt es eine Pflicht zur Anpassung? Gibt es kulturelle und religiöse Neutralität in Schulen und Gesellschaft? Sollte es sie geben? Wie weit kann sie gehen?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Die Sozialpolitik wurde bei den Grünen in den letzten Jahren nicht so erkennbar in den Mittelpunkt gestellt. Gerechtigkeit ist sicher ein zentrales Anliegen der Menschen, die sich bei den Grünen engagieren, allerdings zu wenig mit praktischen politischen Konzepten ausgefüllt worden. „Sozial ist, was Arbeit schafft“ ist keine These, der wir uns angesichts der Situation am Arbeitsmarkt uneingeschränkt anschließen sollten. Die Frage muss vielmehr lauten: Wie viel von welcher Art von Arbeit soll und kann es künftig geben?

Leider sind der Umweltpolitik regionale Grenzen gesetzt. Die Grünen können sich innerhalb Deutschlands noch für viele umweltpolitische Belange stark machen, z.B. die Ausweisung neuer Naturschutzflächen, und allgemein als starker Lobbyist für Natur- und Umweltschutz eintreten. Dies ist angesichts der alles dominierenden Wirtschaftsinteressen wichtiger denn je. Angesichts des Klimawandels sind aber gerade internationale Umweltschutzstandards entscheidend. Hier muss noch stärker angesetzt werden. Zumindest auf europäischer Ebene klappt die Kooperation der Grünen m.E. aber schon ganz gut.

2. Parteinahme für wen? Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Angesichts des kurzfristig nicht erreichbaren Ziels der Vollbeschäftigung müssen wir über ganz neue Arbeitsmodelle und ihre Finanzierung diskutieren. Wie schaffen wir es, Menschen in unserer Gesellschaft wieder zusammen zu bringen? Ihnen einen Sinn im Leben zu geben? Es geht nicht nur um die Höhe der Summe der Unterstützung zum Lebensunterhalt, sondern auch darum, „gebraucht zu werden“. Hier ist mehr Kreativität als bisher gefragt. Der abgenutzte Begriff der Solidarität muss neu mit Leben gefüllt werden. Solidarität einer Gesellschaft lässt sich nicht allein über den Geldbeutel regeln. Und auch der Staat kann diese Solidarität nur eingeschränkt von oben verordnen. Es muss deutlich gemacht werden, dass es im Sozialstaat nicht nur darum geht, was andere für mich machen können, sondern genauso gleichwertig auch darum, welchen Teil ich zum Funktionieren unserer Gesellschaft beitragen kann. Der Begriff der Solidarität findet sich in den knallharten Gesetzen der globalen Marktwirtschaft an keiner Stelle wieder. Am ehesten vielleicht noch in Stiftungsmodellen der Industrie.

3. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunftsdebatte außerdem stellen?

Wie schaffen wir es der Wirtschaft Chancen zu ermöglichen, gleichzeitig aber auch Grenzen zu setzen? Wir wollen Vielfalt ermöglichen, denn darin sehen wir besondere Innovationspotentiale. Gleichzeitig konnte die Monopolisierung unter Rot-Grün nicht eingeschränkt werden sondern hat sich eher noch ausgeweitet. Weitere Frage, der sich auch die Grünen stellen: Was erwarten wir von den Gewerkschaften? Sind diese historisch bedeutsamen Institutionen modernisierungsfähig? Wie ermöglichen wir z.B. zivilgesellschaftlichen Gruppen und anderen Non-Profit-Interessenverbänden gleichberechtigte gesellschaftliche Mitsprachemöglichkeiten? Hier ist auch bei den Grünen noch Verbesserungsbedarf.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Wie frei? Wie friedlich und sicher? So ökologisch, dass die Lebensbedingungen dieser Welt langfristig gesichert sind. Dies so sozial, dass dadurch nicht Teile der Welt unterentwickelt bleiben oder Teile unserer Gesellschaft unmobil, ohne finanzierbar gesundes Essen etc. So sozial und solidarisch, dass alle ihre Freiheiten wahrnehmen können und in Würde leben. So ökologisch, dass Gefährdungen unserer Sicherheit durch Abhängigkeit von nuklearen oder fossilen Energiequellen ausgeschlossen sind. Im Zweifel immer für die Freiheit.

2. Parteinahme für wen?

Die Frage muss sein: Können die heutigen Parteien in unserer demokratischen Ordnung noch die Artikulation und den Ausgleich von partikularen Interessen ermöglichen? NGOs zeigen eine andere Realität, wenn dies also absolut nicht mehr gültig ist, müssen wir die Mandatslegitimation neu denken und definieren.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Zielen die Fragen auf die Staatsordnung: der Staat hat die individuelle Freiheit jedes Einzelnen zu garantieren, so fern es die Freiheit des Anderen nicht einschränkt. Zielen sie auf unseren Sozialstaat und seine Finanzierung: „So viel Staat wie nötig, so wenig wie möglich“.

Aber in Wirklichkeit geht es nicht um das „Wie viel“. „Mehr oder weniger“ führt in die momentane Sackgasse Deutschlands und Frankreichs. Weder der liberal-angelsächsische noch der sozialdemokratische skandinavische Sozialstaat sind gescheitert, aber der Eurokontinentale konservative beitragsfinanzierte Sozialstaat Bismarckscher und Gaullistischer Prägung ist offensichtlich nicht zukunftsfähig. Es geht also um das Wie. Welche Gesellschaft wollen wir? Was für einen Staat und was für einen Markt brauchen wir für deren Realisierung?

Wenn wir grundsätzlich eine offene, freiheitlich, solidarische Gesellschaft wollen, dann brauchen wir Umverteilungsmechanismen und Abwendung des Risikos Armut (Staat); demokratische, laizistische Rahmenbedingungen für die Institutionen der Bildung und Gesundheit ihrer Bürger (Staat); Produktion von Wohlstand (Markt), und einen demokratischen und sicheren Rahmen der Willensbildung (Staat). Für das Wie gibt es ein paar Anhaltspunkte: „Der“ Markt hat mittlerweile bekannte Fehler, Stiglitz bekam den Nobelpreis für deren Erforschung. „Der“ Staat hat auch Fehler. Aber generell sollte als Regel gelten, dass der Staat positive Externalitäten des Marktes fördert und negative begrenzt und deren Kosten auf die Verursacher zurückführt, so fern dies möglich und wünschenswert ist; letzteres ohne ersteres zu beschränken.

Wir werden angebliche Binsenweisheiten wie z.B. die Höhe der Staatsquote hinterfragen müssen. Um die Form der Umverteilung bestimmen zu können, müssen wir entscheiden, wie viel Eigenverantwortung wir von Bürgern erwarten. Außerdem zwischen wem wir umverteilen wollen, zwischen den „Deutschen“, den „Europäern“ oder weiter gedacht? Wenn wir dabei zu der Entscheidung kommen sollten, dass wir Umverteilungsmechanismen wollen, die mehr Solidarität erfordern, als wir

momentan in Deutschland vorfinden, dann wäre die richtige Frage: Wie können wir die Teile der Gesellschaft und der Welt, die sich entsolidarisiert haben oder seit jeher waren, „solidarisieren“ (und hier geht es nicht nur um „die Reichen“)? Geht das über den (National-) Staat (die EU, die UN?) oder braucht dies nicht eine ganz andere Vision? Wir sollten ein originales Angebot formulieren, das die Aufmerksamkeit und Diskussion so prägt, dass wir einen gesellschaftlichen Konsens ermöglichen – wie wir es in zahlreichen Auseinandersetzungen der letzten 20 Jahre geschafft haben.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Wohin mit der EU – wie viel Nationalpartikularismen, wie viel Europatriotismus, wie viel Transatlantismus? Unser universeller Wertekanon im Spannungsfeld der Zivilisationen. Wie viel individuelle Freiheit und wie viel Recht sein Glück zu suchen? Unser Anspruch auf Solidarität mit dem Süden und Ansprüche an Sozialpolitik in Deutschland. Unser Staat-Religion-Verhältnis und unsere Integrationspolitik. Unser Demokratieverständnis und unsere Verpflichtung auf Multilateralismus (in der UN). Ist diese UNO noch zeitgemäß?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Diese Frage ruft in einer ökonomisch immer stärker gespaltenen Gesellschaft – diesen Trend konnte bislang keine bundesrepublikanische Regierung ernsthaft aufhalten – nach einer alten Antwort. Ganz nach Brecht kommt erst die ökonomische Absicherung, bevor der Luxus eines moralisch guten – sprich: ökologisch-nachhaltigen – Lebens für die arrivierten, postmaterialistischen, grün-wählenden Mittelschichten möglich wird.

Doch halt: Die letzten Monate (Stichwort: Ölpreis und Nebenkosten) zeigen, dass ökologische Lösungen gerade ökonomisch schwachen Haushalten zu Gute kommen *könnten*. Grüne Politik muss hier ansetzen: Energieeffizienzförderung nicht nur für den süddeutschen Häuslebauer sondern auch für den Berliner Mietshausbewohner mit ALG II-Bezug, etwas pointiert formuliert. Umweltpolitik ist daher in diesem Fall als Anknüpfungspunkt für eine nachhaltige Sozialpolitik zu verstehen.

Die soziale Frage neu zu beantworten hat Vorrang, nicht nur aus Wähler/-innensicht. Die Grünen haben hierbei das Potenzial, sich von einer sozialdemokratischen Umverteilungsrhetorik zu lösen. So kann auch ein reduzierter Staat politisch handlungsfähig bleiben.

2. und 3. Parteinahme für wen? Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Wie umfassend der Staat in die Belange seiner Bürgerinnen und Bürger eingreifen soll, wird derzeit fast ausschließlich unter ökonomischen Gesichtspunkten diskutiert. Diese Fragestellung („Wie viel Staat können wir uns noch leisten?“) ist schon im Ansatz wenig überzeugend, weil sie jede Politik unter einen Finanzierungsvorbehalt stellt (so wichtig der Finanzaspekt auch ist, droht immer ein vermeintlicher „Sachzwang“). Die Antwort auf die Frage nach dem Umfang der Staatstätigkeit muss aber vorrangig politisch-normativ geklärt werden.

Ziel muss dabei sein, individuelle Freiräume im liberalen Rechtsstaat wieder auszuweiten und die Staatstätigkeit schlank zu halten – ohne dabei sozial Schwache oder Benachteiligte in marktliberaler Unsitte fallen zu lassen.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Fast fünf Jahre nach 9/11 rollt eine Skandalwelle über die westlichen Länder, wie sie noch in den 1990er-Jahren unvorstellbar gewesen wäre. US-Präsident Bush versinkt immer tiefer in einem Sumpf aus Menschenrechtsverletzungen á la Guantánamo und der Überwachung von Millionen US-Bürgern. Die deutschen Regierungen unter Kohl und Schröder übten sich in missverstandener uneingeschränkter Solidarität: BND-Bespitzelung von Journalisten, fragwürdige Vorkommnisse im BND-Außeneinsatz, mögliche Verwertung von Folterverhören, Ausweitung der Telekommunikationsüberwachung in Deutschland und Europa...

Bali, Djerba, Madrid, London: Verschärfte Ermittlungsmaßnahmen haben nur wenige Anschläge verhindern können. Dennoch setzen (neo-) konservative Hardliner auf weitere Verschärfungen: Generalverdacht, Rasterfahndung, präventive Sicherheitsverwahrung, restriktive Grenzkontrollen, allumfassende Überwachung,

Bundeswehr im Inland... Die Gegenreaktion von linker, liberaler und alt-konservativer Seite beschränkt sich auf eine reflexartiges „Es reicht!“. Überzeugende Antworten auf Fragen wie „Wie viel Sicherheit können wir überhaupt erreichen?“, „Wie viel Sicherheit können wir uns überhaupt leisten, ohne die Freiheit zu verlieren?“ oder „Wie unsicher ist unsere Gesellschaft wirklich?“ wurden bislang nicht gefunden.

Die Grünen halten sich hier seit der Regierungsbeteiligung wie ein gebranntes Kind zurück, zu sehr schmerzen noch die eigenen, teils bewussten, teils unbewussten Sündenfälle. Dabei kommt den Grünen – nein: muss kommen – in Deutschland die zentrale Rolle zu. Denn während die Linkspartei in diesem Feld der Bürgerrechte kaum Glaubwürdigkeit besitzt, re-positioniert sich die FDP hier außerordentlich geschickt, aber wenig innovativ.

Die Analyse der Bedrohung ist weitgehend bekannt, allein eine umfassende, dauerhaft tragfähige und unter dem Gesichtspunkt der Freiheitssicherung akzeptable Abwehrstrategie steht noch aus. Eine komplexe Antwort unter Berücksichtigung der unterschiedlichen Akteurs- und Handlungsebenen ist dabei eine hochgradig spannende Debatte mit normativen wie auch problemorientierten Perspektiven.

Es fehlt – bei allen in Frage kommenden Parteien – eine taugliche Konzeption bürgerrechtlicher Sicherheitspolitik, die auch im Regierungshandeln Bestand haben kann. Diese zu entwickeln ist ebenso komplex wie spannend – aber dringend notwendig.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Radikal ökologisch, aber mit menschlichem Maß. Radikal sozial, und das heißt für mich: Armut zerstört die Menschenwürde, aber „all en das Gleiche“ zerstört jede Initiative! Und: radikal liberal! Nur in einer freien /und/ gerechten Gesellschaft kann und wird der Mensch den Mut finden, Verantwortung zu übernehmen – für sich, für den Mitmenschen, für die Gemeinschaft und auch für den dauerhaften Fortbestand seiner Lebensgrundlagen.

2. Parteinahme für wen?

Politik für eine bestimmte Gruppe? Für ein grünes Klientel? Für unsere Wählerinnen und Wähler? Ganz sicher nicht! Für Demokratie, für Gerechtigkeit, für die Freiheit und Selbstbestimmung aller Menschen! Und also? Für das altmodische „Gemeinwohl“, immer und ausschließlich! Wer bestimmt, was das sei? Jede und jeder von uns – und wir gemeinsam, denn das ist der Kern jeder politischen Zukunftsdebatte – hoffentlich!

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Wo reichen die Gesetze des Marktes nicht aus, um eine zukunftsfähige Entwicklung im Sinne des Gemeinwohls zu ermöglichen – wo führen die Anreize, die der Markt setzt, sogar zu das Gemeinwohl schädigenden Entwicklungen? Immer dann jedenfalls muss die Gesellschaft eingreifen, intervenieren – möglichst vor dem Schadensfall - entweder durch sicher gestelltes gesellschaftliches Engagement oder, wenn das nicht ausreicht, durch staatliches Handeln.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

1. Viele sind arm, weil manche reich sind – ? – ohne Reichtum ist nur Armut.
2. Immer mehr Informationen führen zu immer mehr Uninformiertheit.
3. Vielfalt gedeiht nur in Einheit.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ökologische und soziale Orientierung stehen sich nicht per se gegenüber, können aber auch nicht einfach addiert werden (das war der Traum von Rot und Grün, Rot-Grün). Das Soziale definiert sich seit gut hundertzwanzig Jahren in seiner Frontstellung gegen das Kapital. Beschränkt sich das Ökologische auf die Nachahmung dieser Frontstellung, ist die Konkurrenz zwischen ökologischen und sozialen Zielen impliziert. Das Ökologische durch das Soziale hindurch zu denken und vice versa das Soziale durch das Ökologische, wird wohl nur gelingen, wenn die dominante Konfliktkonstellation quer zur alten Frontstellung läuft.

2. Parteinahme für wen?

Es zeichnet die Grünen seit jeher aus, für all jene Partei zu ergreifen, die sich nicht oder nur schwer artikulieren können: von der Umwelt über die Marginalisierten bis zu den Generationen, die noch nicht einmal geboren sind. Der Altruismus findet seine Grenzen, wo der eigene Verzicht nicht mit sicht- und greifbaren Ergebnissen in Verbindung gebracht werden kann.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Staat und Markt verhalten sich nicht alternativ zueinander, sondern bezeichnen verschiedene Regulierungsmodi. Welcher Modus jeweils der bessere ist, kann nur an den konkreten Gegenständen beurteilt werden, wobei dezentrale Entscheidungsstrukturen jedem Monopol vorzuziehen und zu entwickeln sind. Mehr Selbstbestimmung findet jenseits der Regulierungsmodi Markt und Staat statt und setzt die Erfindung neuer gesellschaftlicher Formen des Zusammenlebens voraus. Das ist eine sehr langfristige Angelegenheit, speziell wenn sie nicht in die Repressivität der traditionellen Formen gesellschaftlicher Selbstorganisation zurückfallen sollen.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Umweltpolitik ist das grüne Markenzeichen, es wäre ein Fehler, mit diesem Pfund nicht zu wuchern. Allerdings hat das Ökologie-Thema seit den 80er Jahren stark an Bedeutung verloren. Wenn die Grünen wieder Regierungspartei werden wollen, müssen sie auch zu sozialen Themen eine erkennbare Position vertreten. Sonst geht es ihnen wie den West-Grünen, die 1990 mit dem Slogan „Alle reden von Deutschland, wir reden vom Wetter“ aus dem Bundestag ausgeschieden sind.

Auch inhaltliche Überlegungen sprechen dafür, die „soziale Frage“ gegenüber der Ökologie nicht nachrangig zu behandeln. Im Grundsatzprogramm von 2002 nehmen die Grünen bewusst eine humanistische Position ein, die den Menschen in seiner Würde in den Mittelpunkt ihrer Politik stellt. Konsequenterweise bedeutet dies, dass Umweltschutz kein Selbstzweck ist, sondern ein Mittel zum Zweck, die Lebensbedingungen des Menschen zu erhalten oder zu verbessern. Auch wenn man von der Ästhetik eines Alpengletschers oder der Vielfalt der belebten Natur emotional ergriffen sein kann, sollten die Grünen Umweltthemen vorrangig unter dem Aspekt „Steigerung menschlichen Wohlbefindens“ aufgreifen. Aus dieser Perspektive kann der Kampf um die Verhinderung einer Klimakatastrophe, um sauberes Wasser, gesundes Essen und die Abwesenheit von Krankheit, Lärm und Gestank lebensnah und ohne naturphilosophische Klimmzüge geführt werden.

2. Parteinahme für wen?

Die Grünen treten ihrem Selbstverständnis nach für die Interessen von Menschen ein, die dazu selbst (noch) nicht in der Lage sind und die sie oftmals auch nicht wählen (können). Dies steht in einem krassen Missverhältnis zu dem Vorurteil, Parteien begünstigten lediglich ihre spezielle Klientel. Gerade hier besteht ein entscheidender Unterschied zwischen den Grünen und der FDP, obwohl sich deren Anhänger sozialstrukturell nur wenig unterscheiden. Diese Eigenheit, nicht an das partikuläre Interesse ihrer Wähler zu appellieren, sondern an deren Bereitschaft, sich für das Gemeinwohl einzusetzen, könnten die Grünen als Alleinstellungsmerkmal sogar noch ausbauen. Sie müssen aber dafür Sorge tragen, dass diese advokatorische Politik nicht als ein Paternalismus der Besserverdienenden erscheint.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Die Grünen sind eine liberale Partei im besten Sinne, da sie den Bürger vor Bevormundungen und Zumutungen des Staates schützen wollen. In der Wirtschafts- und Sozialpolitik vertreten sie bezüglich der Forderung, die Rolle des Staates zurückzunehmen, keine einheitliche Position. Anstelle des traditionellen Dualismus „mehr“ vs. „weniger“ Staat wäre es besser, zwischen „strong state“ und „big state“ zu unterscheiden, denn der deutsche Staat ist durchaus „big“, aber nicht stark genug, umfassende soziale Integration zu gewährleisten und diejenigen Einnahmen zu erzielen, die er bräuchte, seine Ausgabenversprechungen einzuhalten. Die skandinavischen Länder hingegen machen vor, dass man die Logik des Marktes akzeptieren (z.B. bei der Unternehmens- und Kapitalbesteuerung) und gleichzeitig sehr hohe Steuereinnahmen erzielen kann. Außerdem weisen diese Länder einen umfangreichen

Sozialstaat auf und gehören dennoch zu den wettbewerbsfähigsten der Welt. Ein „starker Staat“ muss weder für die Gesellschaft, noch für den Markt ein Problem sein, wenn er nur richtig zugeschnitten ist.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich die grüne Zukunftsdebatte außerdem stellen?

Die Grünen sind in vielerlei Hinsicht die „linken Kinder“ des Bürgertums. In der Überwindung des vermeintlichen Gegensatzes, irgendwie „links“, im Grunde genommen auch „bürgerlich“ zu sein, könnte eine Chance für das grüne Profil liegen. Eine freiheitliche Linke sollte gegenüber einem toleranten und sozial verantwortlichen bürgerlichen Lager jedenfalls nicht mehr Berührungspunkte aufweisen als gegenüber strukturkonservativen Traditionslinken.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Im Mittelpunkt sollte weiter die Politik für das urgrünste Klientel stehen: alle Menschen nach unserer Zeit. Die Erhaltung der Natur und die ihrer Schätze, aber ohne Naturschutz im romantischen Sinne, sondern radikale Begrenzung des Weltverbrauchs. Zurück zu „5 Mark pro Liter Sprit“ – aber auch pro Kilo Dünger und für jede Tonne Kohlendioxid. „Weltbesitz“ und Naturverzehr soll alle viel, viel teurer kommen.

Radikale Begrenzung heißt auch: die Grenze zwischen arm und reich zu ziehen. Ein höherer Preis für die einen darf nicht der Ausschluss für die anderen sein. Dazu muss die Begrenzung an alle zurückverteilt werden – am besten bedingungslos, am Staat vorbei – als Pacht an unsere Kinder. Ein Nullsummenspiel zu Lasten der Weltübernutzer. Ein Grundrecht auf ein Stückchen Erde.

2. Parteinahme für wen?

- Für alle, die den Raubbau ausbaden müssen, insbesondere die, die nach uns kommen – durch die radikale Begrenzung
- Für die familiär, ehrenamtlich und kulturell-Schaffenden; für die „ArbeiterInnen der Zukunft“ – durch bedingungslose Teilhabe
- Für die, die sparen – weil sie wollen, oder weil sie müssen – durch das Nullsummenspiel von begrenzen und verteilen

3. Wie viel Staat? Wie viel Markt? Wie viel Gesellschaft?

Weniger Staat im Markt. Weniger Subventionen – auch in grünen Bereichen – unter der Bedingung hoher Preise für Natur; dafür aber mehr Staat in der Gesellschaft – mehr Sozialstaat.

Weniger Markt in der Gesellschaft, weniger Leistung für soziale Teilhabe; dafür mehr Markt im Staat – mehr „Konkurrenz unter den Institutionen“, mehr leistungsorientierte Bezahlung.

Weniger Gesellschaft im Staat- weniger Einfluss von Interessengruppen auf die Politik; dafür mehr Gesellschaft im Markt – mehr „Mitbestimmung“ der Verbraucher, mehr solidarische Ökonomie.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Ich finde, die Debatte sollte sich gerade diesen Paradoxien stellen. Wie besteuern, ohne dass es zu einem „Bürgerschröpfen“ des Staates wird? Wie alle einzuschränken, ohne manche auszuschließen? Wie „soziale Teilhabe“ sichern, ohne ein Mindestmaß an Konsumfreiheit zu gewährleisten?! Durch einen stärkeren, schlankeren Staat?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ökologie und Soziales stehen auf einer Augenhöhe und sollten nicht gegeneinander ausgespielt werden. Nur selten widersprechen sich ökologischer und sozialer Anspruch. Und nur dann ist jeweils zu entscheiden, was Vorrang hat. Viele soziale Fragen resultieren aus ökologischen Problemen – und umgekehrt. Ökologisches Umsteuern ist zur globalen Existenz- und Gerechtigkeitsfrage geworden. Ressourcenbegrenzung wird zur sozialen Frage. Die Verteilung von Ressourcen steht künftig viel stärker unter dem Vorzeichen der Verknappung und wirft damit Verteilungs- und Teilhabeprobleme auf. Unsere Ansätze in der Umweltpolitik dürfen diese sozialen Folgewirkungen nicht außer Acht lassen.

2. Parteinahme für wen?

Die Parteinahme für Schwache und deren Empowerment gehören ins Zentrum unserer Politik. Nicht paternalistisch, sondern um das Recht auf Selbstbestimmung jedes Einzelnen zu gewährleisten. Ich sehe Grüne als Anti-Exklusionspartei. Unsere Politik muss schlüssige Lösungen anbieten, wie wir Teilhabe, Integration sowie Gerechtigkeit bei Zugängen und zwischen Generationen verwirklichen. Dieser Fokus schärft den Blick auf reale Problemlagen, z.B. bei Arbeit, Bildung und Demografie. Ein stringentes Gesamtkonzept gegen soziale Exklusion und für solidarische Modernisierung organisiert Zuspruch in unseren Wählermilieus und eröffnet neue. Klientelpolitik ist dagegen ungrün.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Wo kann eine Aufgabe am besten erledigt werden? Nur mit der Beantwortung dieser Gegenfrage lassen sich Zielkonflikte zwischen Staat, Gesellschaft und Markt auflösen. Grüne sehe ich dabei als Gegenpol zur totalen Ökonomisierung. Unreflektierte Privatisierung weckt Skepsis. Dagegen trauen wir staatlichen Institutionen viel zu („Institution matters!“), wissen aber gleichzeitig um deren Ineffizienzen. Wichtig ist mir, die Potenziale zivilgesellschaftlicher Akteure zu stärken. Unsere emanzipative Gesellschaftspolitik zielt ab auf eine aktive Bürgergesellschaft. Meine Vision: Eine starke emanzipative Gesellschaft und ein aktiver Staat, der den Rahmen für eine nachhaltige Ökonomie setzt.

4. Welchen Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunftsdebatte außerdem stellen?

Beim Thema Demografie brauchen wir eine ehrliche Debatte über den Interessenausgleich zwischen Jung und Alt. Alle Generationen müssen gemeinsam solidarische Antworten auf die demografische Alterung finden. Genauso klar geht es darum, Partei für künftige Generationen zu ergreifen. Knapper werdende Ressourcen müssen generationengerecht verteilt werden. Jugendliche werden immer mehr zur gesellschaftlichen Minderheit, ihre Interessen dürfen nicht marginalisiert werden. Unsere Rolle als ihre Ansprechpartner und Anwälte gilt es weiter auszubauen.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Die „postmaterialistischen“ Themen Ökologie und soziale Gerechtigkeit sind für unsere Wähler besonders wichtig.

Die Frage nach dem, was die Gesellschaft zusammenhält, wird gerade in Zeiten der ökonomischen Krise immer wichtiger. Immer mehr Menschen sind von sozialer Exklusion betroffen, auch Menschen mit guten Abschlüssen. Immer mehr Menschen machen die krisenhafte Erfahrung, dass die eigene wirtschaftliche und soziale Existenz gefährdet ist. Ziel einer wertorientierten grünen „Sozial-Agenda“ muss es deshalb sein, gesellschaftliche Ausgrenzung zu bekämpfen und die Teilhabechancen aller zu erhöhen.

Anstatt Ökologie vorschnell und ausschließlich ökonomischen Imperativen unterzuordnen, sollten wir uns gestatten, unsere natürliche Umwelt eben auch als Selbstzweck zu begreifen. Schließlich ist die Bewahrung des vom Aussterben bedrohten Eisbären nicht deshalb wünschenswert, weil sie Arbeitsplätze schafft.

2. Parteinahme für wen?

Wenn sich die gesellschaftliche Ordnung immer mehr entlang der Frage „Wer ist drinnen, wer ist draußen?“ organisiert, dann ist es unsere Aufgabe, uns für die sozialen Zugangschancen derjenigen einzusetzen, die am gesellschaftlichen Leben kaum noch oder gar nicht mehr teilnehmen. Das Gefühl, draußen zu sein, haben längst nicht mehr nur die so genannten „bildungsfernen Schichten“. Auch AkademikerInnen, die sich von Praktikum zu Honorarvertrag hangeln, fühlen sich überflüssig und nicht wirklich gebraucht. Es braucht deshalb eine gute Balance aus Parteinahme für die „neuen Unterschichten“ – jedoch ohne bevormundenden Paternalismus – und einer Politik, welche die Unsicherheiten, Abstiegsängste und realen Exklusionserfahrungen bürgerlicher Mittelschichten ernst nimmt.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Grüne müssen skeptisch bleiben gegenüber den Fürsorge-Versprechungen des allmächtigen „Vater Staat“ als auch gegenüber dem Pathos des neoliberalen Individualismus. Staatspaternalismus und ökonomische Deregulierung sind beides einfache *materialistische* Antworten; beide Modelle meinen, gesellschaftliche Probleme allein durch die Steuerung von Geldflüssen lösen zu können. Im Sinne eines solidarischen Individualismus' sollten wir Grüne zeigen, dass Eigenverantwortung und gesellschaftliche Verantwortung zusammen gehören. Wie die Zugangschancen zu Bildung, Erziehung und Kultur gerechter verteilt werden können, lässt sich nicht nach einem einfachen Muster beantworten- im Falle der Bildung hat der Staat für die Infrastruktur zu sorgen, bei der Kultur sind aber wie in anderen Bereichen auch zivilgesellschaftliche Initiativen wichtige Ergänzungen. Wo und wie wir mehr Markt brauchen, lässt sich nur von Fall zu Fall entscheiden. Zu vermeiden sind die oben angesprochenen materialistischen Lösungsmodelle. Grüne reden immer über mehr als nur über Geld.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Gerade in der Sozialpolitik gibt es Widersprüche und Zielkonflikte, denen sich die grüne Debatte zu stellen hat. Wie lässt sich soziale Gerechtigkeit erreichen? Für die eine gesellschaftliche Gruppe können monetäre Zuwendungen richtig sein, in anderen Fällen ist es sinnvoller, dass der Staat die Infrastruktur bereitstellt, damit die Hilfe an den richtigen Stellen landet bzw. richtig eingesetzt wird. Beispiel Bildung: Nicht alle Eltern nutzen entsprechende Gelder im Sinne ihrer Kinder. Es muss also über unterschiedliche Instrumente diskutiert werden. Im Extrem könnte diese Debatte zu dem Ergebnis führen, dass man zwei unterschiedliche Hilfesysteme braucht. Doch könnte eine solche Lösung nicht wiederum als ungerecht empfunden werden? Und ist es überhaupt praktikabel?

Auch in der Umweltpolitik stehen wir heute vor einer komplexeren Situation als noch vor ein paar Jahren. Aus der Perspektive der alten grünen Fortschrittsskepsis oder gar -feindlichkeit erscheint es paradox, dass Verantwortung für die Umwelt und technologisch-wissenschaftlicher Fortschritt sich heute keineswegs ausschließen müssen. Zur Bewältigung der ökologischen Zukunftsprobleme bedarf es eher mehr als weniger Innovation und Technologie. Aber wie kann gewährleistet werden, dass dieser Prozess tatsächlich im Sinne umweltpolitischer Zielsetzungen stattfindet?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ökologische Politik ist kein Widerspruch zur, sondern ein Lösungsangebot für die soziale Frage. Nachhaltigkeit ist entsprechend eine der zentralen Antworten auf zum Beispiel die Frage nach Generationengerechtigkeit. Nur nachhaltiges und ressourcenleichtes Wirtschaften schafft überhaupt erst die Möglichkeit der sozialen Teilhabe. Global wie lokal bedeutet das nichts anderes, als dass wir im Bereich der natürlichen Ressourcen mehr Verteilungsgerechtigkeit brauchen!

2. Parteinahme für wen?

Parteinahme für diejenigen, die im gesellschaftlichen Abseits stehen und nicht aus eigener Kraft herauskommen. Parteinahme für die, für die keiner sonst sich der Anwaltschaftlichkeit verpflichtet fühlt. Parteinahme aber nicht im Sinn von Paternalismus, sondern im Ermöglichen von Partizipation. Dafür muss die eigene Klientel (die sich hauptsächlich aus der Mittelschicht rekrutiert) auch begreifen, dass sie bei fortschreitender Prekarisierung der Mittelschicht nur Solidarität erwarten kann, wenn sie diese selbst auch zeigt, anstatt zugunsten einer vermeintlich „sichereren“ (und damit konservativeren) Politik ihre Offenheit und Liberalität aufzugeben.

3. Wieviel Staat? Wieviel Gesellschaft? Wieviel Markt?

Da, wo der Staat in das Agieren transnationaler Konzerne nicht mehr direkt eingreifen kann, ist er dennoch durchaus in der Lage, durch Rahmenbedingungen auf staatlicher Ebene damit umzugehen. Chancengleichheit und Teilhabegerechtigkeit für alle müssen der Maßstab für diesen Umgang sein. Instrumente können z. B. sein: Gleiche Bildungschancen für alle, solidarische Bürgerversicherung gerade in Zeiten einer stärkeren Ökonomisierung im Gesundheitssystem, Stärkung der Zivilgesellschaft und der Verbrauchermacht, kurz: Durch staatliche Rahmenbedingungen zivilgesellschaftliche Souveränität stärken!

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Die GRÜNEN müssen sich der sichtbaren Diskrepanz zwischen Selbstwahrnehmung und Außenwirkung sehr ehrlich stellen. In der vorgelegten Publikation heißt es im Teil „Grüne Paradoxien“ auf Seite 17: „Dafür [für grundlegende Reformen, Anm.: JG] braucht es jene institutionelle Fantasie und konzeptionelle Quergeistigkeit, die am ehesten den Grünen zuzutrauen ist.“ Dieser Hauch des Nonkonfirmismus hat die Grünen lange Zeit für viele WählerInnen attraktiv gemacht. Dieses Markenzeichen müssen wir wieder beleben. Nicht im Sinne eines fundamentalen „David-gegen-Goliath“-Opponierens gegen den Rest der Welt, sondern im Sinne eines kreativen und unkonventionellen Blickes nach vorn. Dazu gehört auch, Opposition nicht als Rückschritt zu begreifen, sondern gerade in Zeiten einer großen Koalition (und damit abseits von politischen „Blöcken“) die interessanteste und nicht die ambivalenteste Oppositionspartei zu sein.

Felix Holefleisch

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ohne sich um die Frage zu drücken, aus welcher Richtung eine Parteinahme durch Grüne stattfinden soll, kann man, wenn man die bei Realismus und Substanz in den vergangenen Jahren geführten Debatten ernst nimmt, nur von der Ökologie als einem Teil der sozialen Frage sprechen. Da das Ökologische immer auch eine soziale Dimension besitzt, ist es davon auch nicht unabhängig betrachtbar.

2. Parteinahme für wen?

Links neu formuliert die Verpflichtung zur Parteinahme für die Schwächsten der Gesellschaft. Aus keinem anderen Grund als dem parteilichen Eintreten für die Rechte der Schwächsten bin ich Mitglied der Grünen geworden. Eine Hinwendung zur Klientelpolitik für unseren „Mittelstand“ durch die Grünen lehne ich aus inhaltlichen Gründen ab und halte ich auch aus strategischer Sicht für einen Fehler. Wer diesen Weg ernsthaft einschlägt und sich, „wenn es drauf ankommt“ auf die Seite des Grünen „Mittelstands“ schlägt, gefährdet das entscheidende Alleinstellungsmerkmal der Grünen in der politischen Landschaft.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Soviel Staat wie nötig um soviel Gesellschaft wie möglich und soviel Markt wie kontrollierbar zu haben. Starke, transparente und Demokratische Institutionen sind notwendig um legitimierte Entscheidungen über die Gesellschaft und Spielregeln des Marktes zu treffen. In der derzeitigen Situation ist es notwendig, dass der Staat und seine Institutionen sich eine verbesserte Handlungsfähigkeit im Sinne der Bürger zurückerobert.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Demografischer Wandel: Krise oder Chance? Ein Recht auf Faulheit: Grundeinkommen pro/contra? Lasst uns über Geld reden, wie kann all das Gute was wir uns wünschen auch bezahlt werden? Demokratie von unten in Kommunen und Regionen vs. Zentralismus in Ländern und Bund

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ob das grüne Primat der Politik im Sozialen oder im Ökologischen liegt, ist nur auf den ersten Blick eine kontroverse Fragestellung. Denn beides ist untrennbar miteinander verbunden. In der gesellschaftlichen Auseinandersetzung haben die Grünen immer auch mit sozialen Argumenten gestritten. Jede politische Entscheidung bedarf einer Berücksichtigung mehrerer Überlegungen bzw. Kriterien. Das trennt demokratische Entscheidungen von ideologiebestimmten bzw. diktatorisch gefällten. In der Definition grüner Ziele haben wir der Bedeutung ökologischer Kriterien unter dem Gesichtspunkt des Sozialen (Nachhaltigkeit) immer ein besonderes Gewicht gegeben. Die Erforderlichkeit der Nachhaltigkeit politischer Entscheidungen wird immer dringender, was eine noch konsequentere Betonung ökologischer Kriterien in Abwägungsprozessen unabdingbar macht. Vermutlich wird sich der gegenwärtige Trend, dass Umwelt eher ein Thema unter vielen ist, in den nächsten drei Jahren vollständig umdrehen. Den Grünen kann und muss es gelingen, ausgehend von der Umweltfrage ihr soziales, wirtschaftliches, bürgerrechtliches, ja sogar wieder pazifistisches Standing zurück zu gewinnen.

Das wäre allerdings auch eine neue Form des Umwelt-(politik-)verständnisses.

Eine starke und gewinnbare ökologische Diskussion ist eine, die den Wert der Umwelt für die Menschen einsichtig macht. Besonders stark wäre sie, wenn sie von einem Rechtsanspruch der Menschen auf eine intakte Umwelt ausgeht, d.h. von einem Verständnis gelingenden Lebens, das sich nicht nur materiell, kurzfristig und lokal definiert.

2. Parteinahme für wen?

Die Grundfrage, die zu klären wäre, ist, ob sich die Grünen weiterhin für viele, nebeneinander herlaufende Gruppen/Fragen einsetzen, oder ob sie versuchen, ihre Politik auf eine konsistente Idee zurückzuführen. Wenn wir uns für letzteres entscheiden, und die „Idee“, wie in 1. skizziert, einen Rechtsanspruch auf intakte Umwelt, Bildung, soziale Teilhabe umfasst, ergreifen wir die Wortführerschaft für all diejenigen, die sich einmischen und verändern wollen, die mit dem Status Quo nicht zufrieden sind und die sich politisch nicht über die Vertretung einzelner Individualinteressen definieren, sondern einen gesamtpolitischen Ansatz vertreten.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Die Grünen sollten sich nicht in die undifferenzierte Diskussion *fetter Staat – schlanker Staat* verwickeln lassen, ebenso wenig, wie in einen Streit *Staat gegen Markt*. Konsens sollte sein, dass ein globalisierter, freier Markt weder selbstregulierende noch selbstheilende Kräfte entwickelt, was den Staat als ordnungspolitische Kraft fordert. Andererseits ist Staat kein Selbstzweck und seine Grenze ist die gestalterische Kraft des Einzelnen. Gegenüber seinen BürgerInnen muss der Staat zwei Kriterien gerecht werden: 1.) Der Staat muss die Selbstentfaltungsmöglichkeiten der Menschen gewährleisten und er soll 2.) einem positiven Menschenbild folgend von der Mündigkeit der Bürgerinnen und Bürger ausgehen.

Daraus folgt ein ordnungsliberaler Staatsaufbau, der sich einerseits grundsätzlich

umfassende und neue Umverteilungsmechanismen nicht nur in Form von Steuerpolitik zutraut und damit tatsächliche Partizipationsmöglichkeiten gewährleistet (z.B. in postmateriellen Bereichen wie Arbeitszeit, Bildungsförderung, Anerkennung von sozialen Tätigkeiten, Umweltrechten, etc.). Auf der anderen Seite muss dem Individuum aber das Vertrauen entgegengebracht werden, diese Möglichkeiten selbständig und verantwortungsbewusst wahrzunehmen. Eine starke Ordnungspolitik ermöglicht eine Deregulierung individueller Vorschriften (Kündigungsschutz, Sozialbeiträge, Sitzen bleiben etc.)

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Zwei Vorwürfe treffen die Grünen besonders schwer: 1. Eine staatliche Regulierungspartei zu sein und 2. als die Partei eines akademischen, gutverdienenden Bevölkerungsausschnitts zu gelten. Beide Beobachtungen sind nicht falsch widersprechen sich aber, denn „Besserverdienende Freigeister“ stehen ja eigentlich nicht für etatistische Strukturpolitik. Der Ausweg aus diesem Dilemma liegt in einer Individualisierung des Gerechtigkeits- und einer Differenzierung des Freiheitsbegriffs. Das Konzept „Dimensionen der Gerechtigkeit“ ist also zu einem des Rechtsanspruchs der Menschen auf Teilhabe an sozialem Zugang, Bildung, Mobilität, Umwelt etc. zu erweitern. Die veränderten Bedingungen der sozialen Marktwirtschaft machen die Erweiterung eines solchen Bürgerrechtsverständnisses dringend geboten. Die Globalisierung und der entfesselte Markt führen zu einer Kommerzialisierung praktisch aller Lebensbereiche und damit auch zu einer finanzkraftabhängigen Teilhabe bzw. der Exklusion von Menschen. Der Staat muss daher seine Verpflichtung zur Gewährleistung individueller Freiheit durch das Vorhalten einer bestimmten Infrastruktur gewährleisten.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Sozial nicht in einer bevormundenden, sondern in einer unterstützenden, freies Handeln fördernden Weise. Dazu gehört, dass „Wissensgesellschaft“ und „lebenslanges Lernen“ keine Worthülsen bleiben, sondern Bildung breit und kostenlos allen Menschen in Deutschland zur Verfügung gestellt wird. Um Investitionen in diesem Bereich zu ermöglichen, ist eine neue Definition des Investitionsbegriffes zwangsläufig nötig.

Staatliche Institutionen müssen in denjenigen Lebensphasen die Handlungsfähigkeit der BürgerInnen erhalten oder wiederherstellen, die das Individuum überfordern. Dazu gehören psychische und physische Krankheiten, Pflegebedürftigkeit und Behinderungen genauso wie Verschuldung, Wohnungs- oder Arbeitslosigkeit. Die finanziellen, emotionalen und intellektuellen Ressourcen der und des Einzelnen müssen über das Maß der staatlichen Unterstützung entscheiden.

Ökologisch nicht im Sinne einer Politik, die sich am Kuscheligen oder Knopf-ägigen abarbeitet, sondern eines auf Gegenwart und Zukunft gerichteten Interesses für Kreisläufe und die Endlichkeit von Ressourcen, eines Engagements für die Natur, nicht allein als Heimat des Menschen und dessen Nachkommen, sondern auch anderer Spezies.

2. und 3. Parteinahme für wen? Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Parteinahme für diejenigen, denen es – aus welchen Gründen auch immer – an den vielfältigen Ressourcen mangelt, um eine als belastend empfundene Situation aus eigener Kraft zu ändern. Armut und ihre vielfältigen Folgen zu bekämpfen, um Menschen verlorene Handlungsspielräume wieder zu geben, ist staatliche Aufgabe, die nicht an den Markt delegiert werden kann.

Der Staat organisiert die Grundversorgung seiner BewohnerInnen – vor allem mit nicht marktfähigen Gütern – durch Umverteilung, bestimmt die Grenzen des Marktes und garantiert weitestgehend die Entscheidungsfreiheit des Individuums. Die BürgerInnen sind angehalten, freie Ressourcen zum Wohle ihnen nahe stehender Menschen oder gesellschaftlicher Ziele einzusetzen. Dafür schafft der Staat Anreize, aber er verzichtet auf Instrumente wie Zwangsdienste oder die Heranziehung von Bedarfsgemeinschaften. Der Markt tut das, was er am Besten kann: Im Wettbewerb stellt er seinen KundInnen Produkte und Dienstleistungen zur Verfügung. Der Staat vergisst nicht, dass es dem Markt alleine um Gewinne geht, dafür vergisst der Markt nicht, dass der Staat in erster Linie dem Wohl seiner BewohnerInnen, nicht kurzfristigen Quartalszahlen verbunden ist.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunftsdebatte außerdem stellen?

- Obwohl niemand mehr an eine Vollerwerbsgesellschaft glaubt, sichern alleine Vollzeitstellen die eigene Existenz, gesellschaftliche Teilhabe und Anerkennung.
- Der Investitionsbegriff zwingt selbst schrumpfende Kommunen in den Ausbau von Infrastruktur zu investieren.
- Die einzigen Ressourcen, die in Deutschland im Überschuss vorhanden sein

- könnten: Bildung und Wissen, werden zunehmend verknappt und ökonomisiert.
- Ausgerechnet diejenigen, die auf der ganzen Welt deutsches Brauchtum pflegen, regen sich über Parallelgesellschaften in Deutschland auf.
 - Demokratie und Freiheit werden angeblich durch den Abbau von Demokratie und Freiheitsrechten geschützt.
 - Die verbale Aufgeschlossenheit von Frauen und Männern für eine geschlechtergerechtere Arbeitsteilung bei gleichzeitiger Verhaltensstarre.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Irreversible Schäden an den natürlichen Lebensgrundlagen sind das Asozialste, was eine Gesellschaft überhaupt hinterlassen kann. Denn im schlimmsten Fall führen Umweltschäden zum Ende jeder sozialen Struktur. Aber selbst wenn dieses Horrorszenario nicht eintritt, werden Ressourcenknappheit und Klimawandel sowohl soziale Ungleichheit als auch außenpolitische Konflikte im 21. Jahrhundert dramatisch verschärfen.

Die Auswirkungen der gestiegenen Rohölpreise sind nur ein Vorgeschmack darauf, wie sehr energie- und umweltpolitische Fragen den Mainstream in Deutschland in naher Zukunft umtreiben werden.

Daraus folgt, dass der Zugang zu natürlichen Ressourcen und einer gesunden Umwelt die soziale Frage des 21. Jahrhunderts sein wird. Leider – muss man hinzufügen. Schön waren die Zeiten, als über steigende Ressourcenpreise und Kriege um knapper werdendes Wasser noch abstrakt philosophiert werden konnte. Daher müssen wir die ökologische Frage mit neuer Radikalität in den Mittelpunkt unserer politischen Konzepte stellen.

2. Parteinahme für wen?

Vor allem für die, die nicht stark genug sind, für sich selbst Partei zu nehmen. Für die, die ohne Unterstützung nicht selbst bestimmt leben können.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Die Gesellschaft braucht den Staat da, wo privates Handeln und Markt(kräfte) nicht zum Gemeinwohl führen. Gemeinwohl bedeutet, dass die größtmögliche Anzahl von Menschen ein Leben führen kann, das so selbst bestimmt wie möglich ist.

Ausgangspunkt muss nicht die Frage sein „wie viel Staat?“ sondern „welcher Staat?“ und „in welchen Bereichen kann das Handeln welcher staatlichen Ebene überhaupt zu Ergebnissen führen?“.

Gerade in der Wirtschaftspolitik fehlt eine solche Analyse oft, weil jede politische Ebene der jeweils anderen die Schuld für ökonomische Probleme in die Schuhe schiebt. Mit der Gießkanne werden direkte und indirekte Subventionen von EU, Bund, Ländern und Kommunen auf ganze Branchen (Landwirtschaft, Schiffbau, Luftfahrt, Energie) und einzelne Unternehmen (prominentestes Beispiel: Holzmann; aber auch ein großer Teil der außeruniversitären Forschung) verteilt. Eine Strategie dahinter – oder auch nur die Debatte über eine Strategie – fehlt. Dadurch erscheint der Staat insgesamt ohnmächtig. Dabei könnte ein reorganisierter Staat trotz Globalisierung mehr bewirken als viele glauben.

Eine nachhaltige Wirtschaftspolitik hat deshalb eine klare Richtschnur: Die Konzentration auf Branchen, Technologien und Märkte, wo das Risiko für Private (noch) zu groß ist, Investitionen sich aber für die Volkswirtschaft rentieren würden.

Im Mittelpunkt grüner Wirtschaftspolitik müssen neue Technologien und Dienstleistungen stehen, die weniger natürliche Ressourcen verbrauchen. Nicht nur, weil die Beschleunigung des Marktzugang für umweltschonende Technologien eine der Kernaufgaben des Staates nach oben stehender Definition ist. Sondern auch, weil es

weltweit in naher Zukunft eine enorme Nachfrage nach ressourcenschonenden Technologien geben wird.

„Think global – act local“ war nie aktueller. Mit der Stärkung der Kommunen erreichen wir mehr Gemeinsinn und neue „Orte von Demokratie“ entstehen: Einbindung der Firmen am Standort. Über Lebensqualität direkt mitentscheiden.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Wie können wir die Verbraucherinnen und Verbraucher dazu auffordern, ihre gestiegene Macht auf dem Weltmarkt für soziale und ökologische Ziele zu nutzen, ohne wieder mit dem erhobenen Zeigefinger zu kommen?

Mehr als die Hälfte der Deutschen werden in naher Zukunft von staatlichen Transfereinkommen leben. Wie können wir den Bedürftigen einen möglichst unbürokratischen Zugang zu staatlichen Leistungen gewährleisten und gleichzeitig genügend Geld in den öffentlichen Haushalten für Investitionen in Zukunftsausgaben (Bildung, Forschung, Umwelt) aufbringen?

Wozu braucht es in Zeiten des europäischen Föderalismus noch Bundesländer?

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Das Dilemma nachhaltiger Politik ist: Das Kind muss erst im Brunnen liegen, damit die Leute schreien. Einen neuen Frühling kann Umweltpolitik dann erleben, wenn permanent aufmerksam gemacht wird. Das ist keine Anstiftung zum Alarmismus, sondern rational, ja notwendiger denn je. Der fortdauernde Raubbau, unüberschaubare Risikofolgen bestimmter Technologien sind eine konkrete, nur mittelbar wahrnehmbare Bedrohung. Umweltpolitik verschläft Globalisierung, ist gesetzlich zu unverbindlich. Die Ö-Frage kann nicht beantwortet werden, indem nur die beitragen, die sich ein umweltverträgliches Leben leisten wollen. Langfristig dürfen Verbote kein Tabu sein, wenn Anreize und Freiwilligkeit nicht reichen. Ein erster Schritt ist, Folgekosten von Produkten und Dienstleistungen sukzessive im Preis widerzuspiegeln.

2. Parteinahme für wen?

Parteinahme grundsätzlich für Alle. Mehr für Schwächere. Weniger für Stärkere. Entschlossen für zukünftige Generationen.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Nur ein Idiot fürchtet sich vor dem, was unausweichlich ist: Die Balance von Gesellschaft, Staat und Markt steht gegenwärtig rücklings zu Wohlstand, bezahlter Arbeit und sozialer Sicherheit. Internationaler Druck und langjähriges Leben über den Verhältnissen verstärken diesen Zustand. Die Bedeutung des Marktes nimmt zu, Staat und Gesellschaft müssen auf ihrem Rückzug klar definieren, was unveräußerliche, öffentliche Aufgaben sind: Garantie muss neben der materiellen Existenzsicherung sein, das Befriedigen postmaterieller Bedürfnisse als zweite Säule zu etablieren: Gesundheit, Bildung, Kultur, Sicherheit und ein Altern in Würde sind zentrale Bausteine. Die Gesellschaft ist hier Henne und Ei zugleich: Sie war zuerst da. Aus ihr kommen wir, sie verändern wir, ohne sie als Mittelpunkt dieser Balance können wir ein Gemeinwesen, in dem sich jeder frei verwirklichen kann, nicht erhalten.

Wir werden die sozial Schwachen nicht stärken, indem wir die Starken schwächen. Als einzige politische Couleur können wir aber den Mut aufbringen, harte und zukunftsorientierte Wege zu beschreiben: Eine Abkehr vom Faktor Arbeit, eine Definition neuer Beschäftigungsverhältnisse, eine gerechtere Verteilung knapper Güter und eine Stärkung öffentlicher Institutionen sind der Weg, damit sozial nicht egal wird.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Privatisierung von Sicherheit und Freiheit. Effektiver Föderalismus und föderale Gewaltenteilung. Leben ohne bezahlte Arbeit. Haushalten in der Misere. Menschenwürde und Bioethik.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Ökologische und soziale Ziele können oft in Übereinstimmung gebracht werden. Schlechte Umweltbedingungen treffen die Armen viel härter als die Reichen. Wer es sich leisten kann, zieht weg, wenn die Luft schlecht ist. Politik zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen ist deshalb auch Politik für die Schwächeren und Benachteiligten.

Doch es kann auch Konflikte geben. Man muss es sich finanziell leisten können, beim Bio-Bauern einzukaufen oder Ökostrom zu bestellen. Ökologisch wahre Preise sind häufig höher als die heute bezahlten. In diesem Konfliktfall hat Ökologie Vorrang vor sozialen Fragen, weil eine soziale Gesellschaft ohne eine gesicherte Existenzgrundlage nicht denkbar ist.

Wo Umweltgüter knapp oder gefährdet sind, müssen ihre Nutzung auf ein verträgliches Maß reduziert werden. Bei der sehr ungleichen Verteilung des Reichtums in unseren Gesellschaften hat dies zwangsläufig zur Folge, dass auch der Zugang zu Umweltgütern ungleich verteilt wird.

Wer das nicht akzeptieren will, muss für eine andere Verteilung von Vermögen und Einkommen streiten, also für ein soziales Anliegen. Wir dürfen Ungleichheiten und soziale Disparitäten nicht auf Kosten der Natur lösen.

2. Parteinahme für wen?

Die Grünen unterscheidet von der FDP nicht der soziale Status, sondern das soziale Gewissen. Deshalb müssen die Grünen für die Schwachen in der Gesellschaft Partei ergreifen. Zugleich müssen Sie aber die Interessensvertretung ihrer eigenen Wählermilieus sein. Das ist ein Spagat, weil die Überschneidung zwischen beiden Gruppen sehr gering ist.

Parteinahme für die Schwachen können auch die Grünen nur so lange praktizieren, wie das nicht den elementaren Interessen ihrer Wählerinnen und Wähler widerspricht. Etwas höhere Steuern für bessere Bildung von Migrantenkindern? Kein Problem. Aber bis zu einer skandinavischen Bildungsrevolution sollen die eigenen Kinder dann doch lieber auf Schulen gehen, in denen nicht gerade 80% der Kinder aus Einwanderungsfamilien stammen.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Die Erfahrungen der letzten Jahre mit einer Überbetonung des Marktes zeigen, dass wir das Verhältnis von Staat, Markt und Bürgergesellschaft neu justieren müssen. Grundsätzlich gilt: Wenn eine Aufgabe in einer der drei Sphären am besten erledigt werden kann, dann soll sie dort angesiedelt sein. Ist das jedoch nicht eindeutig zu klären, sollten öffentliche Lösungen dem Markt und gesellschaftliche dem Staat vorgezogen werden. Je weniger Staat, desto weniger demokratische Einflussmöglichkeiten auf den Gang der Dinge. Kommunale Stadtwerke sind nicht weniger wirtschaftliche als Energiegiganten, aber bessere Partner bei einer ökologischen Energiepolitik als Atomkonzerne. Was die Menschen selbst oder mit öffentlicher Förderung erledigen können, soll ihnen der Staat nicht wegnehmen.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Die Umweltfrage ist unsere Gretchenfrage. Und in der sind wir unentschieden. Ist unsere Umweltpolitik eine Politik, die die natürlichen Ressourcen als Voraussetzung menschlichen Lebens schützt? Oder stellt unsere Umweltpolitik die Natur selbst als schützenswert in den Mittelpunkt und zwar ohne jegliche Bezugnahme auf den Menschen? Haben wir „der Natur“ gegenüber die moralische Verpflichtung diese zu schützen oder haben wir diese Verpflichtung uns selber und den nachfolgenden Generationen gegenüber? Der erste Satz des Berliner Programms lautet: *Im Mittelpunkt unserer Politik steht der Mensch mit seiner Würde und seiner Freiheit.* Zumindest im Grundsätzlichen haben wir uns für die Auflösung dieses Zielkonfliktes entschieden.

2. Parteinahme für wen?

Eine zunehmende Anzahl von Menschen ist von gesellschaftlicher Teilhabe – verstanden als Teilhabe an Bildung, Arbeit, Wohlstand und gesellschaftlicher Mitbestimmung – ausgeschlossen. Doch diese soziale Frage lässt sich nicht auf Randgruppen abschieben, denn sie trifft mit der Massenarbeitslosigkeit und der Flexibilisierung des Erwerbslebens in die Mitte der Gesellschaft. Prekarisierung hat sich als Begriff etabliert. Die zentrale Gerechtigkeitsfrage lautet, ob es gelingt, diejenigen, die heute in prekären Verhältnissen leben, Chancen auf Teilhabe (an Bildung, Arbeit und Wohlstand) zu eröffnen und dauerhaft zu sichern. Weite Teile der Gesellschaft werden inzwischen weder von der einen noch von der anderen Seite unseres Sozialstaates repräsentiert. Die Grünen sind die Partei, die jenseits der klassischen Sozialpartner diese neue soziale Frage erkennt und Partei ergreift für diejenigen, die draußen sind.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Besitzstandswahrung und Anspruchsdenken gelten nicht mehr, aber auch neoliberaler Sozialstaatsabbau und Turbokapitalismus sind keine Rezepte. Die Solidarsysteme stehen vor der Herausforderung, die neuen Lebensverhältnisse und Risikolagen zu berücksichtigen. Mit unseren Konzepten einer sozialen Grundsicherung sowie der Bürgerversicherung haben wir Antworten jenseits der Forderung „Angestelltenverhältnis für alle“ auf der einen und „Privatversicherung für alle“ auf der anderen Seite.

Und: Diejenigen, die den Rückzug des Staates aus der sozialen Verantwortung predigen, irren. Es gilt eine neue Balance zu finden. Eine Balance zwischen einerseits mehr Eigenverantwortung bei bislang kollektiv abgesicherten Risiken (Alterssicherung, Gesundheit) und andererseits mehr solidarische Unterstützung und Absicherung bislang individualisierter Risiken (Kinderarmut, Bildungsmangel).

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Was ist die Herzkammer grüner Politik? Von welchem Zentrum aus kommt Blut in die einzelnen Themenbereiche? Die Antwort kann einem nicht die Partei geben, kein Parteistrategie und schon gar kein Demoskop, denn sie zielt auf die eignen politischen Gründe, die am Anfang stehen. Hier bleibt erstmal jeder für sich allein. Antwort der Selbstbefragung: Politik sollte für die Menschen da sein, ihre Nöte und Hoffnungen, ihre Würde – für ihre Freiheit in diesem tiefen Sinn. (Hinzu kommt eine irgendwie geartete Rücksichtnahme auf das menschenverursachte Leiden anderer Kreaturen.) So verstanden kann die Frage nur lauten: Wie sozial? Und die Herzkammer kann nur heißen: Gerechtigkeit! Im Sinne einer Politik für die Menschen und ihre freiheitlichen Verwirklichungsansprüche – und zwar jeden Menschen gleichermaßen. Die auf den ersten Blick nahe liegende Alternative lautet: Ökologie. Aber so kommt das Blut nur in bestimmte Organe, andere sterben ab. Die Natur braucht den Menschen nicht und wird ihn in jedem Fall überleben. Soviel steht fest. Aber der Mensch braucht eine natürliche Umwelt, als Lebensbedingung und als Bedingung für ein Leben in Freiheit. Deshalb wird die ökologische Frage durch die soziale Herzkammer erst voll durchblutet. Soziale Frage und der Gerechtigkeitsfokus sind nicht nur das normativ richtige Zentrum, sie sind auch in der Lage, den ökologischen Ansatz zu stärken und zu verbreitern. Da lachen dann auch wieder Parteistrategen und Demoskopen.

2. Parteinahme für wen?

Parteinahme für die, die sie brauchen – also für die Benachteiligten und Schwächeren. Zuallerst für die Schwächsten. Benachteiligungen zu erkennen, Sensibilität dafür zu entwickeln und politische Antworten zu geben ist die daraus folgende Aufgabe. Das kann sich mit eigenen Interessen decken – tut es aber oft auch nicht. Bildung und Einkommen sind dafür kein Gegenargument sondern ein Potential, das genutzt werden will. Das in der Gesellschaft glaubhaft zu vertreten, gelingt nur, wenn es auch im eigenen Milieu gelingt. Die Chancen dafür im grünen Milieu sind nicht die Schlechtesten. Da lachen dann auch wieder Parteistrategen und Demoskopen.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Die zu wenig diskutierte Frage nach den Orten des Politischen kann sinnvoller Weise nur meinen: die Frager nach den Orten der Demokratie und des Rechts. Demokratie und Recht brauchen individuelles und gesellschaftliches Engagement: richtig. Demokratie lässt sich nicht trennen von einer Ordnung des Eigentums und auch des Marktes: auch das hat sich herumgesprochen. Was aber wieder betont und diskutiert gehört, ist: die Frage, wo demokratische Entscheidungen getroffen werden, unter welchen Regeln sie erfolgen und wer diese Entscheidungen umsetzt, können weder der Markt noch die viel beschworene Zivilgesellschaft selbst beantworten. Unter Bedingungen zerfaserter Staatlichkeit kommt es vielmehr darauf an, die Bedeutung und die innere Struktur öffentlicher Institutionen neu zu reflektieren. Institution Matters! Der viel beklagte „Staat“ in diesem Sinn ist der Demokratie nichts äußeres, sondern als Gesamtheit der öffentlichen Institutionen „unser“ Staat,

„unser“ Ort des politischen Entscheidens und Handelns. Alles hat seinen Platz. Es geht aber darum, den demokratischen und rechtsstaatlichen Sinn dieser Anordnung zu begreifen, anstatt alles einfach Nebeneinanderzustellen: Staat, Markt, Gesellschaft. Da sollten wir uns von noch so viel „New Governance“ oder „Public Private Partnership“ nicht die Sinne vernebeln lassen. Die öffentlichen Institutionen zu verteidigen und zu stärken, kann nur gelingen, wenn wir sie transformieren, ihre innere Struktur neu bedenken. Wir brauchen eine neue Politik der öffentlichen Institutionen – von der Kommune bis zu den Vereinten Nationen, von der Schule bis zur Arbeitsagentur. In diesen Zusammenhang gehört auch die Frage nach der Aufgabe von Parteien. Wer auf dieses Feld heute seine konzeptionelle und operative Kraft konzentriert, könnte morgen ganz vorne sein. Eine Aufgabe für die Grünen. Da lachen dann auch wieder Parteistrategen und Demoskopen.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

- Emanzipation – Freiheitsverdruss
- Kosmopolitischer Blick – Kulturpessimismus
- Internationale Perspektive – Nationale Interessen
- Menschenrechte – Gewaltfreiheit
- Werteuniversalismus – Kulturrelativismus
- Gleichheit – Differenz
- Mobilisierung – Entschleunigung
- Wagnis – Sicherheit
- Veränderung – Bewahrung
- Kontroverse – Mitte
- Hier und Jetzt – Übermorgen
- Stadt – Land
- Kultur – Natur
- Punk – Panflöte

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Beides darf nicht gegeneinander ausgespielt werden. Es bedarf eines Mixes in der Fokussierung, lediglich das Ökologische als Gerechtigkeitsfrage einzubringen wird unserem Leitbild nicht gerecht. Daher bedarf es einer schärferen Zielrichtung unserer Umweltpolitik und einer Stärkung der Perspektive unserer Sozialpolitik. Der Kurzfristigkeit des Handelns muss eine Vision des Ziels entgegengesetzt werden, dies bedarf starker Institutionen genauso wie mehr Unabhängigkeit des Einzelnen.

2. Parteinahme für wen?

Für die Selbstbestimmtheit jedes Einzelnen, egal ob schwach oder stark.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Ein starker Staat ist nichts Schlechtes und sogar nötig, wenn es dabei ermöglicht wird, dass sowohl die Gesellschaft ihre Ideen entfalten und ausleben kann, als auch der Markt in den weiten Grenzen agieren kann.

4. Welchen grundlegenden Paradoxien sollte sich eine grüne Zukunfts-Debatte außerdem stellen?

Grundsätzlich kommen Grüne, wenn es um die Formulierung von Antworten auf globale Fragen geht, schnell in die Versuchung zu phantasieren. Umso weiter entfernt, umso weniger konkret und auch widersprüchlich werden die Antworten. Darf es in Deutschland einen Abbau von sozialen Transfers geben, um damit die internationale Gerechtigkeit auszubauen? Darauf haben Grüne keine Antwort, sie wollen die internationale Gemeinschaft und Institutionen stärken, Gleiches aber auch auf nationaler Ebene. Es bedarf einer Diskussion, welches Nationalverständnis Grüne haben, wo liegen die Hürden, die zu überwinden sind? Häufig wird sich in Antworten geflüchtet, die niemanden schmerzen. Ist Grün das Verständnis des starken Nationalstaats, der sich im Zweifel zur Wahrung von Ökologie- und Gerechtigkeitsinteressen gegen jegliche Verbrüderung zu Wehr setzt, wie in Frankreich seit de Gaulle zu sehen, oder ist Grün vielmehr der Motor, der die nationalen Strukturen abbauen möchte, um global diese Strukturen wieder für alle Menschen zugänglich aufzubauen? In Wirklichkeit müssen die wahren Härten herauskristallisiert werden und dann auch angesprochen werden. Grüne Politik muss sich ihrer globalen Verantwortung bewusst sein, auch wenn dies gegebenenfalls zur Beeinträchtigung eigener nationaler Ziele führt.

1. Wie ökologisch? Wie sozial?

Der Reichtum auf der Welt ist ungleich verteilt. Wenn alle Chinesen so viel Auto fahren wie wir, ist der Klimawandel überhaupt nicht mehr zu stoppen. Diese beiden Sätze aus frühen GRÜNEN Tagen sind aktueller denn je. Mit dem Fall des eisernen Vorhangs 1989 und der immer stärker werdenden Teilnahme Chinas, Indiens und weiterer Ländern am Weltmarkt hat das spürbare Teilen im internationalen Maßstab begonnen (auch wenn innerhalb der Länder der Wohlstand höchst ungleich verteilt ist). Rund drei Milliarden Menschen in diesen Ländern fordern immer stärker und zu Recht ihren Anteil vom Wohlstand der Welt ein. Das erzeugt Druck auf unseren Wohlstand, unsere Sozialsysteme und das Ökosystem. Die gute Nachricht für die Menschen in diesen Ländern und für uns ist, dass sich die Sozial- und Umweltstandards auch dort in Richtung unserer Systeme entwickeln werden und somit ein wesentliches Argument für reale oder angedrohte Arbeitsplatzverlagerungen wegfällt und sich die ökologischen Probleme abschwächen. Die schlechte Nachricht ist, dass viele Menschen in unserem Land bis dahin massiv von den Folgen einer beschleunigten Globalisierung betroffen sein werden und die ökologischen Schäden enorm und irreversibel sein könnten. Hierauf muss Politik Antworten finden und darf trotz und wegen der Globalisierung den Anspruch nicht aufgeben, einen sozialen Ausgleich zu schaffen und zu ökologisch verantwortbaren Lösungen zu kommen. Allerdings stellen sich viele Fragen anders, wenn man angesichts von Milliarden neuer Arbeitskräfte auf dem Weltmarkt für unser Land von einer dauerhaften Knappheit von Arbeit statt von Vollbeschäftigung ausgehen muss. Verstärkt würden die sozialen Folgen zusätzlich durch die ökologischen Folgen eines entfesselten Kapitalismus. Hier muss es gelingen, dass die aufstrebenden Länder unsere Fehler nicht wiederholen, sondern von Anfang an auf eine nachhaltige Wirtschaftsweise setzen. Aber auch das setzt beispielhaftes Handeln und ein anderes Denken voraus, als von Planungszeiten wie in China zu träumen, wie es beispielsweise der hessische Ministerpräsident tut.

2. Parteinahme für wen?

Für diejenigen, die nicht auf der Sonnenseite des Lebens stehen und die ohne Unterstützung durch die Gesellschaft oder den Staat keine fairen Chancen haben.

3. Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt?

Gesellschaft und Markt können viel, aber eben nicht alles. Da, wo die Gesellschaft oder der Markt aus sich heraus zu keinen sozial, ökologisch und ökonomisch verantwortbaren Lösungen kommen, ist der Staat gefordert.

Realismus & Substanz

Al-Wazir, Tarek, Fraktionsvorsitzender der Grünen im Hessischen Landtag
Andreae, Kerstin, Mitglied des Bundestags
Bergerhoff, Bastian, Mitglied des Parteivorstandes Frankfurt a. M.
Bettin, Grietje, Mitglied des Bundestags
Bukow, Sebastian, Sozialwissenschaftler, Wiss. Mitarbeiter an der HU Berlin
Bühler, Andreas, KV Stuttgart
Bursian, Olaf, KV Düsseldorf
Cunitz, Olaf, Fraktionsvorsitzender und Vorstandssprecher Frankfurt a. M.
Daams, Reiner, KV Solingen
Dalichow, Oliver, KV Bremen
Dittmar, Frieder, Referent für Wirtschaft und Arbeit Bürgerschaftsfraktion Bremen
Dutschke, Marek, KV Berlin Steglitz-Zehlendorf
Egle, Christoph, Politikwissenschaftler, KV Heidelberg
Erdmann, Anke, KV Kiel
Fiedler, David, Birkenfeld
Fries, Jan, Landesvorstand Bremen
Fuhse, Jan, KV Stuttgart
Gauderer, Ulrike, Stadtverordnete Frankfurt a.M.
Gehring, Kai, Mitglied des Bundestags
Godzik, Anna, KV Lauenburg
Groß, Sabine, Stadtverordnete Offenbach
Grün, Johannes, Studentischer Senator der Philipps-Universität Marburg
Günter, Katja, Vorsitzende KV Kiel
Haak, Michael, KV Wetterau
Habeck, Robert, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen Schleswig-Holstein
Handwerker, David, KV Berlin-Pankow
Hebenstreit, Michael, KV Odenwald
Hohmann, Nicole, KV Frankfurt a. M.
Holefleisch, Daniel, Bündnis 90/Die Grünen Berlin
Holefleisch, Felix, Geschäftsführer der Bürgerschaftsfraktion Bremen
Hübner, Malte, Wirtschaftswissenschaftler, KV Mannheim
Husen, Katja, Mitglied der Hamburgischen Bürgerschaft und des Bundesvorstands
Janecek, Dieter, Landesgeschäftsstelle Bayern
Klocke, Arndt, Landesvorsitzender Bündnis 90/Die Grünen NRW
Lange, Rolf, Politikwissenschaftler, KV Berlin-Pankow
Lintzel, Aram, Wissenschaftlicher Mitarbeiter Büro Katrin Göring-Eckardt
Lührmann, Anna, Mitglied des Bundestags
Lux, Bene, ehem. Vorstandssprecher der Grünen Jugend
Meisinger-Persch, Volker, Geschäftsführer Rathausfraktion Wiesbaden
Müller, Klaus, ehem. Minister für Umwelt und Landwirtschaft Schleswig-Holstein
Neuner-Duttenhofer, Christian, Politikwissenschaftler, KV Berlin-Pankow
Obermaier, Ralph, Journalist, Philosoph
Palmer, Boris, Mitglied des Landtags Baden-Württemberg
Pop, Ramona, Mitglied des Abgeordnetenhauses Berlin

Rottmann, Manuela, KV Frankfurt a. M.
Rusche, Tim, KV Rhön-Grabfeld
Schäfer, Michael, KV Berlin-Mitte
Scharfschwerdt, Michael, Leiter Öffentlichkeitsarbeit Bundespartei
Schilling, Stephan, Sprecher Grüne Jugend
Siller, Peter, Geschäftsführender Vorsitzender der Grünen Grundsatzkommission
Simon, Gregor, KV Bergstraße
Sorge, Sarah, Mitglied des Landtags Hessen
Spitz, Malte, Politischer Bundesgeschäftsführer Grüne Jugend
von Notz, Konstantin, KV Lauenburg
Wagner, Mathias, Mitglied des Landtags Hessen
Walter, Wulfilä, KV Frankfurt a. M.
Weiss, Christian, Kulturmanager, Stadtrat Heidelberg
Wessel, Nike, KV Friedrichshain-Kreuzberg
Wolpert, Stefanie, KV Hamburg-Altona

Ausgangspunkt und Plattform der vorliegenden Intervention ist das bundesweite Netzwerk „Realismus & Substanz“, bestehend aus ca. 50 jüngeren Grünen, deren Ziel es ist, grundsatzprogrammatische Fragen zu stellen und zu diskutieren. Seit dem Beschluss des neuen Grundsatzprogramms wollen wir dazu beitragen, dass die drängende Frage nach Orientierung und Ausrichtung grüner Politik weiter bearbeitet wird. Realismus & Substanz diskutiert flügelübergreifend und oft auch jenseits der real existierenden Flügel.

In der zweiten, hier vorliegenden Publikation „Grün wohin? Interventionen zur Zukunft grüner Politik“ ist der Fortgang unseres Diskussionsprozesses dokumentiert. Die beiden aufeinander aufbauenden grundsatzprogrammatischen Papiere „Grüne Paradoxien“ und „Zwischen den Orten“ konzentrieren sich auf die grundlegenden inhaltlich-strategischen Fragen, vor denen die Grünen in der jetzigen Phase stehen. Dabei beschäftigen wir uns mit drei großen Paradoxien und plädieren für eine genauer beschriebene Politik der Anordnung statt des bloßen Nebeneinanderstellens. Im Zentrum der zweiten Intervention steht ein umfassendes Positionspapier „Anstiftung zur Bildungsrevolution“, das zum einen Anstöße zur Klärung grüner bildungspolitischer Positionen geben will und sich zum anderen der Anstrengung aussetzt, aus der Perspektive von Gerechtigkeit und Selbstbestimmung Bildungsinstitutionen, Bildungsinstrumente und Bildungsfinanzierung in allen Lebensphasen in einem Gesamtkonzept zusammenzudenken. Am Ende der Publikation steht das Ergebnis eines „Call for Papers“ zu den drei Fragen, die wir inhaltlich wie strategisch für zentral halten. Mit Blick auf die Ausrichtung grüner Politik könnte man noch viel mehr Fragen und Details diskutieren und erörtern. Aus unserer Sicht kommt es aber darauf an, sich auf die zentralen Paradoxien zu konzentrieren und hier einen gemeinsamen Diskussionsfokus zu setzen.

Erstens: Aus welchem ideellen Zentrum heraus beschreiben die Grünen ihre Politik in den einzelnen Bereichen? Wo liegt die – metaphorisch formuliert – Herzkammer? Mit dem „erweiterten Gerechtigkeitsbegriff“ liegt hier ein gutes Angebot auf dem Tisch.

Zweitens: Parteinahme für wen? Das grüne Wählermilieu ist in Hinblick auf Bildungsgrad und Einkommensniveau mehrheitlich eher am oberen Rand der Skala beheimatet. Das birgt einerseits die Chance einer bewussten Parteinahme für sozial Schwache und Gefährdete – andererseits aber auch die Gefahr, Klientelpartei zu werden.

Drittens: Wie viel Staat? Wie viel Gesellschaft? Wie viel Markt? Lange war „Zivilgesellschaft“ für viele das Zauberwort, doch das Bewusstsein für die Bedeutung verfasster Demokratie, öffentlicher Institutionen und öffentlicher Güter steigt – und damit auch für ihren Erneuerungsbedarf.

Die vorliegende Intervention ist gedacht als Stein des Anstoßes, als Aufforderung zu inhaltlicher Auseinandersetzung und öffentlicher Debatte. Wir laden Euch herzlich ein, Euch daran zu beteiligen. Wir hoffen auf eine rege Resonanz und eine interessante Diskussion, von deren Notwendigkeit wir überzeugt sind.

www.realismus-und-substanz.de